

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Post“

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatt-Post“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Pfg. monatlich, 2.- vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frangente. — Vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, ausschließlich Briefmarken. — Bezugs-Verhältnisse nehmen ausserdem entgegen: in Wiesbaden die Postämter 19, sowie die Buchhandlungen in allen Teilen der Stadt; in Dieblich: die dortigen Buchhandlungen und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“ in einseitiger Spalte; 20 Pfg. in davon abweichender Spaltenführung, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Mtl. für lokale Werbeflächen; 2 Mtl. für auswärtige Werbeflächen. Ganze, halbe, viertel und viertel Seiten, durchlaufend, nach beiderseitiger Berechnung. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entsprechende Rabatte.

Anzeigen-Kategorie: Für die Abend-Ausg. bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausg. bis 9 Uhr nachmittags.

Verleger-Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Wilmersstr. 66, Fernspr.: Amt Umland 450 u. 451.

Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgedruckten Tagen und Wochentagen wird keine Gebühr erhoben.

Mittwoch, 17. Juni 1914.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 275. • 62. Jahrgang.

Russische Wünsche und Sorgen.

(Von unserem Petersburger Mitarbeiter.)

M.-H. St. Petersburg, 13. Juni.

Die Verstimmung über das ablehnende Verhalten Englands gegen eine Umwandlung der Tripel-Entente ist kaum vorüber, kaum hatte man sich in Petersburg erteilt, daß man die bekannte gute Miene zum bösen Spiel zu machen vermochte, als der Rücktritt des Kabinetts Ribot die Freude an der Entente wieder verjagte. „Die äußerste Rechte bekommt auch in der auswärtigen Politik Oberwasser“, sagte mir ein oppositioneller, fadettischer Abgeordneter in den Wandelgängen der Reichsduma. Die äußerste Rechte ist nämlich die schärfste Gegnerin der politischen Verbindung Russlands mit England und auch mit Frankreich. Sie empfindet diese Verbindung mit den demokratischen Weststaaten als eine große Gefahr für die russische Monarchie und verweist darauf, daß eine Trennung der inneren und der äußeren Politik in der Theorie zwar sehr verlockend klinge, in Wirklichkeit aber undurchführbar sei und daß die Idee des englischen Parlamentarismus und das Schicksal einer sozialistischen Regierung in Frankreich zu verführerisch auf die russische Gesellschaft wirke. In der Tat sind die Sympathien, die in Russland England und Frankreich entgegengebracht werden, nur in nationalistischen Kreisen auf die Gegenseite dieser Staaten zu Deutschland zurückzuführen, in liberalen, aber auch in linksnationalistischen Kreisen ist es von jeher der demokratische Zug der Weststaaten, der die Sympathien erweckt. Wer die Geschichte Russlands kennt, dem ist auch die Tatsache nicht entgangen, daß während des deutsch-französischen Krieges die russische Gesellschaft zu keiner der kämpfenden Parteien ausgesprochen Stellung nahm (der Deutschenhaß war da, aber Alexander II., der Kaiser, hielt zu Deutschland), als aber nach dem Sturz Napoleons III. das deutsche Heer auch gegen die französische Republik weiterkämpfte, einmütig gegen Deutschland Partei ergriffen wurde. Der Kaiser und die oberste Volksschicht wurden zu zwei feindlichen Lagern, der Türkenkrieg änderte nichts, der Kaiser fiel von Mordhand. Jetzt bestimmt die äußerste Rechte in Russland die innere Politik, die meisten Minister gehören zu ihr, und immer mehr klammern sich die oppositionell-liberalen Kreise an den Gedanken, daß die Verbindung mit den Westmächten schließlich doch ihren Einfluss auf die innere Politik Russlands ausüben wird. Der Russe ist in seiner Waffe ein schlechter Außenpolitiker, er vermag nur nach den Richtlinien seiner vertrauten inneren Politik zu denken; er erhofft wie die Tscheden und die oppositionellen Maggaren von den außenpolitischen Komplikationen auch innerpolitische Vorteile. Es ist ja kein Geheimnis, daß die revolutionärsten Russen, die den Krieg zu den größten Freveltaten zählen, den Weltkrieg herbeisehnen und her-

beiführen möchten, damit sie im kriegserlöschten Lande ihre Ziele erreichen können. Dieselbe Hoffnung finden wir auch in linksnationalistischen Kreisen, während die Rechten klar aussprechen, daß sie diese Hoffnung durchschauen und sie durch ein Zusammengehen mit Deutschland und Österreich vereiteln möchten.

Auf Russlands innere Politik ist das Bündnis mit der sozialistischen Republik bisher ohne Einfluss geblieben, in Frankreich sehen wir dagegen das Staatsoberhaupt in den größten Nöten, weil seine Kammer einen russischen Gesetzesentwurf, die von Russland gewünschte dreijährige Dienstpflicht, ablehnt. Der Zweibund ist somit schon zu intim geworden, beide Staaten voneinander zu abhängig geworden, es fragt sich jetzt nur, ob Herr Poincaré wirklich der „Statthalter des Jaren in einer russischen Provinz“ ist. In Petersburg kann man sich wieder an den französischen Gedanken nicht gewöhnen, daß die russischen Truppen „Soldatruppen der französischen Rentner“ seien. Tief verlekt hat es in Petersburg, daß die französischen Generale sehr viel an den russischen Truppen auszuheben hatten und in Sachen der russischen Landesverteidigung Vorschriften machten. Als unerträglich empfindet man es in Frankreich, daß Russland von den Franzosen verlangt, sie sollten ihre letzten Kräfte hergeben, damit der Soldnergedanke aus der Welt komme. Das Petersburger Parlament befindet gerade in diesen Tagen wieder eine außerordentliche Militärfreundlichkeit; es wird nicht gerechnet, das Geld geben die Franzosen und das Menschenmaterial kostet in Russland nicht viel. Schließlich hat Russland von seinem militärischen Erstarken nur Vorteil, und die Revancheidee ist ja französische Liebhabelei; für Liebhabeereien muß man zahlen.

Die russisch-französische Diplomatie geht darauf aus, Deutschland und Österreich zu isolieren und die kleinen Staaten Europas an sich zu fesseln. Die Arbeit in der Türkei, auf dem Balkan, in Ungarn ist bereits viel besprochen worden. Mit Dänemark werden sehr intensive Verhandlungen gepflogen, man spricht in Petersburg auch von den Niederlanden und Belgien und einem Bündnis der kleineren Mächte usw. Kurz man treibt unter der Maske des Schutzes des europäischen Gleichgewichts zum Weltkrieg. Unter diesen Umständen macht sich jede militärische Schwächung Frankreichs überaus unangenehm bemerkbar. Sie erlegt Russland die Pflicht auf, die Lücke durch seine Streitkräfte auszufüllen. Auf liberaler russischer Seite hört man immer dringlicher davon sprechen, daß Frankreich endlich einmal seinen Revanchegedanken ins Archiv tun solle, damit die Kriegstreibererei aufhöre. In nationalistischen Kreisen aber fürchtet man, daß mit der Revancheidee die Pumpe für den französischen Goldstrom nach Russland verfallen könnte. ... Ohne die Revancheidee würde Russlands Wirtschaftsleben der langbefürchteten Katastrophe entgehen.

Eine Umfrage im Offizierkorps über das Dreijahresgesetz.

* Paris, 16. Juni. Der Petersburger Korrespondent des „Matin“ hat unter hervorragenden russischen Militärs eine Umfrage gehalten, um ihre Ansicht über die Frage der dreijährigen Dienstzeit zu erfahren. Die übereinstimmende Meinung der Offiziere ging dahin: Wir verlangen keineswegs von Frankreich, daß es neue militärische Anstrengungen macht, sondern nur, daß es die dreijährige Dienstzeit aufrechterhält, die von den französischen und russischen Generälen als erforderlich erachtet wird. Wir haben seinerzeit alles getan, was General Joffre sowohl in technischer wie strategischer Hinsicht von uns verlangte. Die erforderlichen Kredite hierzu sind von der Duma ohne weiteres bewilligt worden, und die Genehmigung eines neuen großen Militärprogramms durch die Volksvertretung steht unmittelbar bevor. Wir kennen unseren Verbündeten zu gut, um nur einen einzigen Augenblick zu glauben, daß Frankreich sich den Verpflichtungen zu entziehen versucht, die es auf sich genommen hat. Der „Petersburger Kurier“ bringt ebenfalls in einem längeren Artikel die augenblickliche innerpolitische Lage in Frankreich zur Sprache und kommt in Bezug auf das Dreijahresgesetz zu dem Schluss: Die französische Regierung kennt den hohen Wert des Friedens zu gut, um Maßnahmen aufzuheben, die von der politischen Lage diktiert worden sind.

Politische Übersicht.

Unsere Bureaukratie.

○ Berlin, 16. Juni.

In den preussischen Ministerien mit Ausnahme derjenigen des Auswärtigen und des Krieges sind vom Minister und dem Vortragenden Räten 236 bürgerliche und 30 adelige Beamte beschäftigt. Diese Ziffer veranlaßt die „Köln. Volksztg.“ zu der Bemerkung: „Man wird augenscheinlich annehmen, daß nach den hier mitgeteilten Ziffern sich die Behauptung nicht mehr aufrechterhalten läßt, als werde der Adel in der oberen Verwaltung ungebührlich berücksichtigt.“ Das ist richtig, mit Ausnahme allerdings der beiden Ministerien des Auswärtigen und des Krieges, die das genannte Blatt bei seiner Schlussfolgerung vergessen hat. Die „Köln. Volksztg.“ fügt dann noch hinzu: „Außerordentlich interessant würde es sein, wenn es möglich wäre, die obere Verwaltungshierarchie auf ihre politische Zugehörigkeit zu kontrollieren. Der behauptete Grundzug würde sich dann als ein völliges Mäuschen erweisen.“ Der letzte Satz ist ebenso willkürlich als wunderbar. Wo zeigt sich in den Ministerien etwas von liberalem Geist? Verkappte Zentrumsleute gibt es schon mehr. Einen national-liberalen Oberpräsidenten hatte Dammer einmal in Rudolf v. Bennigsen. Er war ein weicher Kake, und er lebt nicht mehr. Liberale Regierungspräsidenten würden der Öffentlichkeit sehr schnell als solche bekannt werden, wenn sie existierten. Oder will die „Köln. Volksztg.“ uns glauben machen, unsere Kreise würden auch nur zu einem kleinen Teile von liberalen Rändern

Die Flottenreise nach Westafrika und Südamerika.

XI.

Abchied von Chile. — Antritt der Rückreise.

Nach einer, zwei Bilder aus dem bunten Kaleidoskop unserer prachtvollen zwölf Balseparaiso-Tage.

Grunddonnerstagvormittag füllte eine nach Tausenden zählende bunte Menge die große Cancha, den Sportplatz bei Plaza del Mar, einem Villendort von Balseparaiso. Einen Sportplatz, wie man ihn in Europa nicht schöner finden kann — sind doch Pferderennen das erste Vergnügen des Chilenen, in dessen Landen das Pferd als Hauptverkehrsmittel den ersten Platz unter den Haustieren einnimmt, wo, wie eine Chilenin versicherte, „man wirklich im allgemeinen geradezu zu Pferde geboren wird“. Diesmal aber spielten Pferde nicht die Hauptrolle. Tausend unserer blauen Jungens waren von den Turnvereinen Santiagos und Balseparaisos zum friedlichen Kampfe dorthin gebeten worden. In tatkräftiger Weise waren unsere in athletischen Sports immerhin wenig geübten Matrosen nicht zum Wettkampf von den Turnern herausgefordert, sondern man hatte ihnen ihre Konkurrenz überlassen, und die Turner wechselten zwischendurch mit vorzüglichem Schauturnen, Reigen und „Leichtgymnastik“, wie sie bei der Enthüllung des Völkerschlachtdenkmals vorgeführt worden sind.

Sein buntes Gepräge erhielt der Festplatz dadurch, daß neben den abgesteckten, den Wettkämpfen zugewiesenen Bahnen für Springen, Laufen, Kugelschleudern, Diskuswerfen usw. die große grüne Cancha für Tausende verschiedener Spiele und Befestigungen eingerichtet worden war, denen sich die Einheimischen und unsere Matrosen mit großem Vergnügen hingaben, so daß auch die weniger Gewandten zu ihrem Rechte kamen. Da gab es Rutschbahnen, Karussells, Gelschichten, Pommes, Schokolade, kurz alle erdenklichen Arten von

turnerischen Vergnügungen, die gar zu verführerisch auf die Seeleute wirkten. Wer müde, hungrig, durstig war, fand sich reichlich und freundlich bewirtet in einladenden Holzstuben, in denen Limonade, Bier, Brötchen, Würstchen, „für Uniform unentgeltlich“, in ungeheuren Quantitäten verabfolgt wurden. Die Zahl der festlich gekleideten Zuschauer — Chilenen und deutsche Landsleute — war ganz bedeutend; viele Tausende trugen in frühlichem Treiben durcheinander, und als zum Schluss, am frühen Nachmittag, die Hornisten der konzentrierenden Musikkapellen zum Sammeln und zur Preisverteilung bliesen, war es dem freundlichen Vorpresenden des Turnvereins, der die glänzenden Arrangements ins Werk gesetzt hatte, schier unmöglich, mit seiner Stimme durchzudringen. Seine Begrüßungsworte und der Dank des Admirals wurden mit Beifallsjubel hingenommen, und nachdem alles entblühten Hauptes die chilenische Nationalhymne angehört hatte, brauste das „Deutschland, Deutschland über alles“ über den Platz, daß unsere Landsleute daheim die Ohren geklungen haben mögen!

Auch in Santiago, das so wunderbar, fast am Fuße der Andenbilleren fünf Stunden Bahnfahrt über seinem Hafen Balseparaiso liegt, waren fortgesetzt Anstalten getroffen, die es den Unteroffizieren und Leuten möglich machten, wenigstens zum Teil die Landeshauptstadt mit ihren Schönheiten zu besuchen. Die chilenische Heeresverwaltung hatte in einem Saal 100 Betten bereitgestellt, und in aufopfernder Weise hatten sich chilenische Offiziere und deutsche Herren angeboten, den Befehlungen die Stadt zu zeigen, und chilenische und deutsche Familien, sie zu verpflegen.

Für die Offiziere waren Einladungen nicht nur zu dem üblichen Ball in Santiago, sondern auch zur Befestigung einer Reihe sehr interessanter Güter in der Umgebung ergangen, wo eine hochentwickelte Bodenkultur und Veredelung aus trockenen, brachliegenden Feldern in kurzer Zeit weite Strecken schönsten Wiesenlandes und fruchtbarer Weinlände geschaffen hat. Dort aßen wir die würzige Cassuela-suppe und den saftigen Ajado (Spießbraten), der uns trenn-

lich ist von Ausflügen jeder Art in Chile, dort sahen wir die famosen Reiterpiele der chilenischen Gaucho, und manch einem war es gar vergönnt, die Landleute ihre wilden Gucatanzen zu sehen und mit ihnen die Chicha (spr. Tschitscha) zu trinken, diesen gefährlich berausenden, süßen, mousfieren den Most.

Einen eigenartigen, neuen Reiz hatte Balseparaiso für uns, der seine erstaunliche und erfrischende Wirkung besonders auf die ersten Offiziere, die leitenden Ingenieure, die jüngeren Herren und die Befehlungen ausübte; es wurde nicht gekostet! Man denke, ein richtiger Hafen mit elf Tagen Liegezeit, und nicht einmal Kohlen nehmen! Das war auf der ganzen Reise nicht dagewesen und trug von vornherein erheblich zur Auflockerung der Stimmung bei. Sonst hatte uns in jedem Hafen zunächst unser alter Freund, der Kohlen-dampfer, dienstbereit qualmend willkommen geheißen und der Leitung des Geschwaders ein zufriedenes Kopfnicken, manchem Offizier, Matrosen und Heizer aber einen tiefen Seufzer entlockt. War es auch immer ein anderer Dampfer, er brachte doch jedesmal die gleiche gewaltige Arbeit, denselben Schmutz, dieselbe zwei Tage währende Anstrengung und Anspannung aller Kräfte, die gleiche Hitze, die sich in den möglichst luftdicht nach außen abgeschlossenen Räumen und Kammern sammelte. Und da immer nur ein Schiff nach dem anderen an die Reihe kommen konnte und vor der Erledigung des Kohlennehmens weder beim ersten Offizier, noch beim Wachmeister, noch auch bei den Leuten viel Urlaubslaute bestand, so waren oft genug in den nur für wenig Tage angefahrenen Häfen fast täglich die Verurlaubungen im ganzen doch knapp geworden. — Hier kam man mal ganz zu seinem Recht! Zwar konnte auch in Balseparaiso als einem bei plötzlich eintreffendem Nordwind überaus gefährlichen Hafen nicht unbeschränkt beurlaubt werden, aber die Reihe kam hier doch an jeden. Und wenn auch für die Offiziere von der Möglichkeit, eigenen Reigungen zu folgen, nicht viel die Rede sein konnte, da offizielle Einladungen und Festlichkeiten täglich eine große Anzahl von Kommandierungen notwendig machten — im

regiert? Der Einfluss des Landrats in der Verwaltung ist besonders groß, und bei den Landräten wird daher sehr auf die politische Gesinnung und Zuverlässigkeit gesehen. Eine Statistik über politische Gesinnungen ist zwar, darin hat die „Köln. Volksztg.“ Recht, nicht möglich. Aber wenn ein Landrat eine andere als konservative Politik trieb, so würde er wegen der allgemeinen Aufmerksamkeit werden. Nur vorübergehend freilich; denn seine Tätigkeit selbst würde höchst wahrscheinlich nur vorübergehend sein. Bei dieser Sachlage hatten wir den Mangel einer Statistik über die politische Zugehörigkeit der Landräte und Regierungspräsidenten für entzählig.

Integraler Triumph.

An der Spitze seiner „Macht und Wahrheit“ läßt Graf Oppersdorff in lateinischem und in deutschem Text den Wortlaut des Dekretes prägen, das die Index-Kongregation über den bekannten Aufsatz des Pfarrers Wader erlassen hat. Im Hochgefühl seines Triumphes über die „politischen“ Zentrumsführer veranschaulicht Graf Oppersdorff alsdann die „Zentrums-Entwicklung“ durch die Ausgrabung einer Anzahl Zentrums-Entwicklungen aus den Jahren 1884 bis 1890. In diesen Ausgrabungen treten Zentrumsführer und Zentrumsblätter, die heute die politische Natur der Zentrums-Partei verteidigen, dafür ein, daß die Zentrumsfraktion „auf dem Boden rein katholischer Prinzipien, ohne Sympathisierung mit den Grundtendenzen der Rechten und der Linken, die Freiheit und die Rechte der katholischen Kirche in energischer Weise verteidigte.“ — Der Vorstand der Zentrumsfraktion, gez. Dr. Freiherr von Schorlemer-Mes, hat sich am 31. Januar 1884 auf denselben Standpunkt gestellt und es dabei als „Mißdeutung“ zurückgewiesen, daß die Zentrumsfraktion ihren Prinzipien untreu geworden sei oder werden könne. Da sich die Auffassung der Zentrumsfraktion inzwischen tatsächlich geändert hat, ist das vom Grafen Oppersdorff ausgegrabene Material im Sinne der Quertreiber nicht ungeschickt zusammengestellt. Zum mindesten erscheint es den „politischen“ Zentrumsführern den Gebrauch der beliebten Formel, daß das Zentrum grundsätzlich stets eine politische Partei gewesen sei. — Ein anderer Artikel des Oppersdorffschen Organs bekämpft die Darstellung der Zentrumsfraktion, als ob die Entscheidung der Index-Kongregation sich in keiner Weise gegen die Zentrumsabwehr der Quertreiber richte. „Macht und Wahrheit“ macht in dieser Beziehung geltend: „Der Titel der Broschüre heißt: „Gegen die Quertreiber. Rundgebung der deutschen Zentrums-Partei.“ Diese Broschüre enthält einen einzigen Artikel grundsätzlicher Natur, der zwei Drittel der ganzen Broschüre füllt und dessen Überschrift lautet: „Zentrum und kirchliche Autorität. Rede des Führers des Zentrums in Baden, Starres Th. Wader.“ Und dieser Aufsatz, der einzige grundsätzliche Aufsatz, wurde von der gesamten Zentrums-Presse als eine Meisterleistung ersten Ranges gepriesen und — steht auf dem Index! Endlich wirft das Oppersdorffsche Organ die Frage auf, warum die Index-Kongregation Waders Rede nicht nur verurteilt, sondern unbedingt verboten habe, und beantwortet sie folgendermaßen: „Weil das hohe Kollegium der Überzeugung war, daß die durch die ganzen Waderschen Ausführungen gehenden Grundgedanken, einzeln wie in ihrem Zusammenhange, so bedenklich seien, daß mit einer ihr Wesen nicht erfassenden Umgehung in eine andere Form der katholischen Kirche, ihrer Lehre und ihren Rechten kein Gedanke werden könne. Wir wissen es nicht; und halten uns nur an Tatsachen. Die aber sind nicht wegzutragen; und könnten, sollten und müßten allen, die es angeht, eine Mahnung sein.“

Wie man sieht und wie es nicht anders zu erwarten war, hat die Entscheidung der Index-Kongregation den Kampfesieger der integralen Quertreiber befähigt, sie zu neuen Schlägen auszuheilen lassen. Die Antwort des „politischen“ Zentrums dürfte entsprechend ausfallen.

Deutsches Reich.

* Die Trauerfeier für den Großherzog von Mecklenburg-Strelitz. Die Häuser der Stadt Neustrelitz zeigen Trauerschmuck; die umflossenen blau-gelb-roten Fahnen wehen halbstoch. Aus dem ganzen Lande ist die Bevölkerung zusammengezogen. Im Laufe des gestrigen Vormittags trafen die letzten zur Trauerfeier angelegten Kutschkutschen und Vertreter ein. Auf dem Wege vom Bahnhof zum Schloß bildete sich ein Spalier von Truppen der Garnison, von Vereinen und Schulen der Stadt sowie von Kriegervereinen des ganzen

Landes. Die Schloßkirche war schwarz ausgeschlagen, um den Altar standen Baumgruppen; davor ruhte zwischen brennenden Kerzen und einer Fülle von Blumenpenden in dem Sarkophag die Leiche des vereinigten Großherzogs in der Uniform des 2. Bataillons des Grenadier-Regiments Nr. 89. Auf Taboretts lagen die großherzogliche Krone und andere Insignien und Orden. Die Totenwache hielten Offiziere, Wärter und Mitglieder der Ritterschaft des Landes.

* Ausstehende Reichstagswahlen. Nachdem am 25. Mai sämtliche 397 Reichstagsmandate besetzt waren, stehen jetzt bereits wieder drei Nachwahlen aus. Am 26. Mai legte der bisherige Vertreter für Koburg, Dr. Quast (natl.) sein Mandat infolge Ernennung zum Chef der Koburger Ministerialabteilung nieder. Die Ersatzwahl findet am 10. Juli statt. Am 6. Juni starb der konservative Abg. v. Rastow, Vertreter von Labiau-Wehlau, und am 10. Juni der Zentrums-geordnete Dehn Lejer, Vertreter von Ravensburg-Soultgau. Während Ravensburg dem Zentrum sicher ist, ist das Mandat in den beiden anderen Bezirken stark gefährdet, Labiau-Wehlau durch die Fortschrittler und Koburg durch die Sozialdemokraten.

* Religion und Feuerbestattung. Über die Persönlichkeit des Herrn Hans Kirchsteiger, der in einem Artikel „Religion und Feuerbestattung“ in Nr. 256 des „Wiesbadener Tagblattes“ als Anhänger der Feuerbestattung zitiert war, sind in verschiedenen Zentrumsblättern Zweifel darüber laut geworden, ob er wirklich ein katholischer Priester sei. Dazu wird uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt, daß Hans Kirchsteiger in der Tat, und zwar in der uralten Bischofsstadt Salzburg öffentlich wirkt. Sein letzter Roman „Wie heißt das 8. Gebot?“ hat eine sehr große Verbreitung gefunden, und auch seine übrigen Werke, wie z. B. „Das Weichsel“, „Der Weltkaiser“, werden viel gelesen. Hans Kirchsteiger ist nicht im Besitz einer seelsorgerischen Pfründe und an Ausübung seiner geistlichen Würde behindert, aber er betrachtet sich insofern noch immer als katholischen Priester, als die römisch-katholische Priesterweihe nach römisch-katholischem Glauben und nach kanonischem Recht einen „Character indelebilis“ verleiht, d. h. unentziehbar ist, so lange der Empfänger der Würde der römisch-katholischen Kirche angehört. Ausgetreten aus der römisch-katholischen Kirche ist H. K. nicht, und auch das große Anathema wurde über ihn nicht gesprochen. Er schreibt selbst: „Es ist eine aufgesetzte absichtliche Lüge der liberalen Presse, mich als abgefallenen Priester zu verächtlichen. Im Gegenteil bin ich stolz darauf, ein wahrer katholischer Priester zu sein und zu bleiben.“

* Zur Schiffarmachung des Rheins von Straßburg bis Basel. In der gestrigen Vormittags-Sitzung der Zweiten badischen Kammer zog das Zentrum seine vorgestern eingebrachte Resolution, welche die Regierung ersucht, mit der Ausarbeitung eines Entwurfs für die Schiffarmachung des Rheins von Straßburg nach Basel nicht eher zu beginnen, als bis die an der Schiffahrt interessierten Staaten zu den Vorarbeiten einen Kostenbeitrag geleistet hätten, zurück. Der Minister des Innern Frhr. von und zu Bodmann präziserte nochmals die Stellungnahme der Regierung dahin, daß sie mit künftiger Beschleunigung sich dessen vergewissern wolle, ob sie die Mitwirkung von Elbschiffahrts- und Rheinschiffahrt an dem Projekt erlangen könne. Im Falle dieser Zustimmung wolle die Regierung sofort mit der Projektarbeit beginnen. Das Haus nahm darauf die geforderte Position von insgesamt 40 000 R. einstimmig an.

* Über die Landung des russischen Militärflugzeuges in der Nähe von Lyd wird noch berichtet: Das Flugzeug war um 4 Uhr früh in Grodno aufgestiegen, um nach Suwalki zu fliegen. Infolge eines Schadens an der Maschine war der Führer gezwungen, eine Notlandung vorzunehmen. Nach seiner Aussage bemerkte er erst nach der Landung, als er einen Bauern nach der Lage des nächsten Ortes fragte, daß er sich auf preußischem Gebiet befand. Die von Lyd herbeigeholten Behörden stellten fest, daß ein absichtliches Überfliegen der Grenze, wie auch Spionageverhandlungen offenbar nicht vorliegen, doch waren sie gezwungen, bis zum Eintreffen der Entscheidung der vorgesetzten Behörden, die telegraphisch eingeholt wurde, das Flugzeug und den Führer festzuhalten; da in Anbetracht des Sonntags eine Entscheidung nicht sofort zu erwarten war, wurden die Flieger in einem Automobil nach Lyd gefahren und bis zu ihrer Entlassung am Montag im Offizierskasino des Dragoner-Regiments Nr. 11 untergebracht. Das Flugzeug wird wohl abmontiert werden müssen, da es infolge einiger Beschädigungen bei der Landung augenblicklich nicht flugfähig ist. Nachdem bei dem Generalkommando in Allenstein die Entscheidung ein-

getroffen ist, daß die Insassen des russischen Militärflugzeuges, das nahe bei Lyd eine Notlandung vornehmen mußte, freigelassen sind, sind die beiden russischen Militärflieger abgereist.

* Die erste deutsche Kinderschutztagung fand am Montag in Halle a. d. S. statt. Der Vorsitzende, Justizrat Dr. Wederer (Berlin), konnte einleitend die Vertreter der Behörden und eine große Teilnehmerzahl begrüßen. Nach den Begrüßungen sprach Dr. Franz Rebe über „Kinderschutz und Fürsorgeerziehung“. Mit kurzen Worten streifte der Redner die Geschichte der Kinderschutzbewegung und führte dann aus: Der Verband erstrebt ein Zusammenwirken mit ähnlichen Organisationen. Nicht Beamte fürs Bureau, sondern Männer und Frauen für die Praxis brauche der Kinderschutz, statt der Anstalten und Vereine Menschen, die das Familienleben unterstützen und festigen. Es müsse ein Einbringen in gefährdete Familien ermöglicht werden, um körperliche und sittliche Verwahrlosung noch mehr bekämpfen zu können. Private Ergänzung der öffentlich-rechtlichen Fürsorge, vorbeugende Kinderfürsorge will der Verband treiben, statt obrigkeitlicher Gewalt, persönliche Einwirkung. Sein Hauptziel sei aber, die gefährdeten Kinder nicht aus der Familie zu reißen und das Einschreiten des Staates auch bei fortschreitender Gefährdung möglichst unnötig zu machen. Der Verband möchte den Kinderschutz mehr und mehr unnötig machen, und eine umfassende Familienfürsorge an ihre Stelle setzen.

* Der Deutsche Drogisten-Verband von 1873, E. V., hielt dieser Tage seine 33. Delegierten-Versammlung in München ab. Nach dem Geschäftsbericht, der besonders das Wachstum des Verbandes, der jetzt beinahe 4000 Mitglieder in ganz Deutschland zählt, wurden einzelne wichtige Ständesfragen beraten. Zum Arzneimittelvertrieb fand eine Resolution Annahme, in der gegen eine Einschränkung des freien Verkehrs mit Arzneimitteln Stellung genommen wurde. Die Wünsche des Drogistenstandes deden sich dabei mit denen der arzneiverbrauchenden Bevölkerung. Als Vorsitzender des Verbandes wurde Herr Stadtrat Ernst Dreher (Dresden), als sein Stellvertreter die Herren F. Goltz (Königsberg i. Pr.) und O. Sporleder (Dresden) wiedergewählt.

* Aus dem roten Kreuz. In seiner am 7. Juni in Paderborn abgehaltenen Delegiertenversammlung hat der Provinzialverband der Westfälischen Sanitätskolonnen beschlossen, für seine 4500 Mitglieder eine Verbandskassenkasse im Anschluß an die Lebensversicherungsanstalt und Sterbekasse des Deutschen Kriegerbundes einzurichten. Vor kurzem hat auch der Verband der Sanitätskolonnen der Provinz Brandenburg ein ähnliches Abkommen mit der Versicherungsanstalt des Kriegerbundes getroffen, und bei weiteren Provinzialverbänden schweben bereits Erwägungen im ähnlichen Sinne.

* Deutscher Zionistentag. Der 14. Delegiertentag der „Jüdischen Vereinigung für Deutschland“, der am Sonntag in Leipzig zu seiner angekündigten Tagung zusammentrat, war von 153 Delegierten aus 80 Ortsgruppen besucht. Nach dem Geschäftsbericht des Reichsamts Hanske ist die Mitgliederzahl der Vereinigung in zwei Jahren von 8700 auf 9900 gestiegen.

* Gewerblicher Genossenschaftstag. In Hildesheim findet vom 6. bis 7. Juli der 11. deutsche gewerbliche Genossenschaftstag statt.

Rechtspflege und Verwaltung.

* Gebührenordnung der Anwälte. Einer Blättermeldung zufolge ist jetzt das Ergebnis der Enquete des Deutschen Anwaltsvereins über die Einkommen der Anwälte aus bürgerlichen Rechtswissenschaften beim Reichsjustizamt eingegangen, so daß die Frage, ob und inwieweit die Gebührenordnung der Anwälte einer Revision zu unterwerfen ist, nunmehr einer eingehenden Prüfung unterzogen werden kann.

ganze Welt uns beneidet und die man insbesondere hier in Chile sich zum Vorbild genommen hat. Und der Wahrheit gemäß müßt Ihr weiter erzählen, daß gegen Kaiser Wilhelm und seine Politik hier in Südamerika kein Mißtrauen existiert, daß vielmehr von keinem lebenden Menschen mit so viel Achtung und Liebe berichtet wird, wie von dem „Emperador“. Lebt wohl! Glückliche Fahrt!

Und nun ging es wirklich heimwärts. Wenn auch der Kurs dazu erst noch ein paar Tage nach Süden abgelenkt werden mußte, wenn auch noch manche Zwischenstation zu machen, mancher Kohlendampfer zu leeren war, es ging doch ein frischer, frohlicher Zug durchs Schiff, als wir Valparaiso verlassen hatten und die Ruff auf dem Verdeck spielte: Soldados, jetzt geht's zur Heimat.

W. T. B.

Aus Kunst und Leben.

* Wissenschaft und Technik. Gestern früh 7 Uhr ist Geh. Rat Professor Dr. Ferdinand Rehrer in Heidelberg, der frühere Leiter der Frauenklinik der Heidelberger Universität, im Alter von 77 Jahren gestorben.

* Professor Gast zu Tode. Vorsitzender des Deutsch-Amerikanischen Instituts, hat von der chilenischen Nationaluniversität in Santiago die Einladung zur Abhaltung von Vorträgen über deutsche Kultur erhalten. Professor Gast reist im August über Panama nach Chile.

Im Klettgaugebiet (Schweiz), in der sogenannten Rhoden, wurden durch Oberlehrer Wildberger eine große Menge von Feuersteingeräten aus der neolithischen Zeit gefunden. Die Fundstellen lassen auf eine große Ansiedlung schließen. — Auf dem Hämning, einem Berggrat von 800 Metern, entdeckte Lehrer Stamm viele Tonfischerbecken mit Ornamenten aus der späteren Bronzezeit. Man nimmt an, daß dort ein Refugium bestanden haben muß. Es handelt sich hier nicht um eine Opferstätte, sondern um eine größere Niederlassung. Die Grabungen, so berichtet das „N. Z.“, die so viel wertvolles Material zutage gefördert haben, werden weiter fortgesetzt.

Kirche und Bildungswesen.

Die kommende brandenburgische Provinzialsynode. Die Wahlen zur nächsten brandenburgischen Provinzialsynode, die sich mit der Frage der Agendenreform und den Wahlen zur preussischen Generalsynode befassen wird, sind für Berlin beendet. Sie haben eine kleine Verschiebung nach links ergeben, so daß Berlin voraussichtlich mit einer stärkeren liberalen Vertretung eingeleitet wird, als vor drei Jahren.

Änderung des kirchlichen Wahlrechts. In der Forderung der Abänderung des kirchlichen Wahlrechts, das bekanntlich erhebliche Mängel und Lücken aufweist, fanden sich erfreulicherweise auf der Kreisynode Berlin Stadt 1, beide Parteien zusammen. Es wurde einstimmig ein Antrag nach v. Hallensleben angenommen, wonach dem Konfessionsrat und der Provinzialsynode von einer siebengliedrigen Kommission Vorschläge auf Änderung des gesamten kirchlichen Wahlrechts gemacht werden sollen. Die Vorschläge werden sich in der Hauptsache in der Richtung hin bewegen, daß Söhne im ersten Grade mit eigenem Einkommen, ebenso Chambregarnisten und Schloßknechten, die sich selbst erhalten, als selbstständig und wahlberechtigt angesehen sind (Antrag der Liberalen), und daß den Frauen das Wahlrecht verliehen werden soll (Antrag der Positiven).

Heer und Flotte.

Die militärische Stellung des neuen Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz. Großherzog Adolf Friedrich VI. hat bisher, als Erbprinz, zu den Offizieren à la suite der Armee gehört. In dieser Eigenschaft war er Rittmeister (mit einem Patent vom 13. September 1911) und trug die Uniform des 1. Garde-Mann-Regiments, bei dem er als Leutnant und Oberleutnant in Potsdam lange Dienst getan hat. Ebenso wird der neue Großherzog à la suite des Großherzoglich Mecklenburgischen Grenadier-Regiments 89 geführt, und zwar unter dem Diensttitel: Hauptmann. Nach der preussisch-mecklenburgischen Militär-Konvention ist der Strelitzer Herrscher Chef des 2. Bataillons dieses Regiments, jedoch erst, wenn er zum Generalmajor befördert wird. Großherzog Adolf Friedrich VI. wird vom Kaiser jetzt zum Obersten befördert und zunächst, ohne Bezeichnung der Oberstellung, in der preussischen Rangliste ebenso an der Spitze des neuerrichteten Bataillons des Grenadier-Regiments 89 geführt werden, wie Oberst Ernst August Herzog zu Braunschweig und Blümling beim Braunschweigischen Infanterie-Regiment Nr. 92 und bei den 17. Jägern. Ferner wird seine à la suite-Stellung beim 1. Garde-Mann-Regiment in Potsdam erfolgen.

Ein neuer Truppenübungsplatz. Die Militärverwaltung beabsichtigt in Schlesien (Reg.-Bez. Oppeln) die Anlage eines großen Truppenübungsplatzes, der sich zwischen den Ortsteilen Lublitz und Rostschmied auf der einen Seite und zwischen Kirsch, Jatzowitz und Colonowiska auf der anderen Seite erstrecken soll. Bereits seit geraumer Zeit finden Befestigungen des Geländes statt, und es schweben auch schon Verhandlungen wegen des Ankaufs des erforderlichen Areals.

Ausland.

Niederlande.

Die Opiumkonferenz. Haag, 15. Juni. Die Opiumkonferenz wurde mit einer Ansprache des Ministers des Äußeren eröffnet, in der er u. a. sagte, die Türkei und Serbien hätten es abgelehnt, sich dem Abkommen anzuschließen. Griechenland hätte für die neuen Gebiete Vorbehalte gemacht. Österreich-Ungarn hätte im Grundgesetz zugestimmt. Großbritannien und alle seine Besitzungen hätten unterzeichnet. Griechenland werde in wenigen Tagen mitteilen, ob es seine Vorbehalte aufgeben könne.

Frankreich.

Einführung einer grau-blauen Uniform. Paris, 16. Juni. Die „France militaire“ meldet, daß der Kriegsminister den Antrag des Uniform-Ausschusses auf Verwendung des grau-blauen sogenannten Tricolore-Luchés für die Mannschafteuniformen genehmigt. Dieses Tuch wird vom Jahre 1915 ab zunächst für die Uniformen der Fußtruppen verwendet werden.

England.

Bischof Luder gestorben. London, 16. Juni. Der frühere Bischof von Uganda, Dr. Luder, ist gestern hier gestorben. Der Tod Dr. Luder's erweckt in Deutschland Erinnerungen an längst verballte Reichstags- und Reichsdebatten, die einst viel Staub aufwirbelten. Vebel hatte sich durch einen angeblichen Brief des Bischofs Luder aufs Glattsteins laden lassen und schwere Beschuldigungen gegen Dr. Peters vorgebracht.

Die wilden Weiber von London. London, 16. Juni. Die Polizei hat erfahren, daß die Anhängerinnen des Frauenstimmrechts den Plan gefaßt haben, das städtische Wasserreservoir in Woolwich in die Luft zu sprengen.

Die Marineoffiziere in Persien. London, 15. Juni. Im Unterhause erwiderte Parlamentsuntersekretär Acland auf die Frage, ob die Regierung eine formelle Annexion oder ein Protektorat über den neutralen, blühenden Landstrich in Persien beabsichtige, die Antwort laute nein. Ferner wurde Acland gefragt, ob, falls Unruhen in Persien ausbrächen, die eine Gefahr für die Offiziere mit sich brächten, in denen über zwei Millionen Pfund öffentliche Gelder angelegt werden sollen, diesen ein ausreichender militärischer Schutz gewährt werden könnte, wenn nicht, welche Maßnahmen die Regierung für den Schutz dieser Vermögenswerte der Admiralität ermögen habe. Acland erwiderte: Ich bin nicht vorbereitet, eine Erklärung abzugeben, da die Beratung über den Gegenstand für den 17. Juni angesetzt ist, wo eine ausführliche Erklärung abgegeben werden kann.

Spanien.

Der Kronprinz von Italien als Zuschauer beim Stierkampf. Madrid, 15. Juni. Der zehnjährige italienische Kronprinz Umberto, der auf dem Kreuzer „Duilio“ infanterie reist, wohnte gestern in Palma auf der Insel Mallorca einem Stierkampf bei. Als er sah, wie der Stier einem Pferde den Bauch aufschlitzte,

wurde der Prinz ohnmächtig; kurz darauf verließ er heftig weinend den Zirkus.

Russland.

Abreise des Kaiserpaars nach Kischinew. Odessa, 16. Juni. Der Kaiser und die Kaiserin sowie die kaiserlichen Kinder sind heute gegen Mitternacht nach Kischinew abgereist.

Balkanstaaten.

Der griechisch-türkische Konflikt. Athen, 16. Juni. Der Ministerrat besprach gestern die Lage und nahm von mehreren kleinasiatischen Telegrammen Kenntnis, wonach die Verfolgungen der Griechen, anstatt nachzulassen, heftiger wurden. Selbst unter den Augen Talatts würden die Griechen erdarmungslos verfolgt. Auf die griechische Note ist noch keine Antwort der Pforte eingegangen. Die Lage wird weiter als ernst angesehen. — Der griechische Konsul in Noworossik fordert die im Schwarzen und Asowschen Meere befindlichen griechischen Schiffe auf, unverzüglich nach Griechenland zurückzufahren.

Nordamerika.

Die Wirren in Mexiko. New York, 16. Juni. Nach einem Telegramm aus El Paso scheint sich zu bestätigen, daß Guertta die Rebellen bei Zacatecas geschlagen habe. Der Rebellenführer Matena hat die Verhörungen der Bundesstruppen in den Bergen diesmal verweigert, wurde aber mit ungewöhnlich schweren Verlusten zurückgeschlagen. Die Rebellen zählen 7000, die Bundesstruppen 8000 Mann. General Villa hat starke Hülfsträfte zur Unterstützung der Rebellen abgefordert.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Entwertung der Invalidenbeitragsmarken.

Bischof herrscht in den Kreisen der Arbeitgeber noch Unklarheit über das Entwerten der Invalidenbeitragsmarken. Es wird daher darauf hingewiesen, daß nach einer Mitteilung des Reichsversicherungsamts vom 25. April 1913 durchweg der Sonntag als Entwertungstag für die Marken gilt. Dabei ist es unerheblich, ob die Marken wöchentlich, vierzehntägig, monatlich oder vierteljährlich geliefert werden und ob Einwochen-, Zweiwochen- oder Dreiwochenmarken (Vierteljahrsmarken) zur Verwendung kommen. Selbst dann, wenn bei dem betreffenden Arbeitgeber eine Beschäftigung am Sonntag nicht stattfindet oder wenn sie sogar während der Woche aufhört, ist die für die laufende Arbeitswoche fällige Marke mit dem nächsten Sonntag zu entwerten. In einem Dienstverhältnis hat seine Stellung am Dienstag, den 16. Juni, verlassen und war noch am Montag, den 15. Juni, beschäftigt; in diesem Fall hat der Arbeitgeber, dessen Dienst es verläßt, noch für die Woche vom 15. bis 20. Juni eine Marke zu liefern und sie mit Sonntag, den 21. Juni, zu entwerten. Dort, wo Zweiwochenmarken geliefert werden, gilt der letzte Sonntag des vierzehntägigen Arbeitszeitraums als Entwertungstag. Für Dreiwochenmarken (Vierteljahrsmarken) gilt das selbe. Wenn sonach eine solche Marke für den vierteljährlichen Zeitraum vom 1. April 1914 bis 30. Juni 1914 verwendet wird, so hat die Marke nicht den 30. Juni 1914, sondern den 5. Juli 1914 als Entwertungstag zu tragen. Eine Ausnahme bilden nur die Zusatzmarken, die auf Grund der freiwilligen Zusatzversicherung geliefert werden; hier soll als Entwertungstag der Tag angegeben sein, an welchem die Marken tatsächlich eingeliefert werden.

Zu beachten ist, daß mit diesen Ausführungen nicht gesagt sein soll, daß die Marken an einem Sonntag entwertet werden sollen, vielmehr soll darauf aufmerksam gemacht werden, daß sie mit einem Sonntag zu entwerten sind. Das ist vom Reichsversicherungsamt ausdrücklich festgelegt, indem es in seiner obenbezeichneten Mitteilung sagt, daß der Sonntag als Entwertungstag einzutragen ist, auch wenn die Markenverwendung über die Eintragung schon an einem früheren oder erst an einem späteren Tag stattfindet. Hiernach kann es allen Arbeitgebern und solchen Versicherern, die zur Markenverwendung selbst verpflichtet sind, empfohlen werden, die Marken so zu entwerten, wie hier angegeben worden ist. Eine andere Entwertung kann unter Umständen mit einer Geldstrafe bis zu 20 M. geahndet werden.

— Stadtverordneten-Versammlung. Die Stadtverordneten sind auf Freitag, den 19. Juni l. J., nachmittags 4 Uhr, in den Bürgeraal des Rathauses zur Sitzung eingeladen. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Bewilligung von 51 800 M. für Veränderung des Schillerbads und den Einbau einer Zentralheizungsanlage in der Volksschule an der Lehrstraße. Ver. Bau-A. 2. Desgleichen von 8000 M. zur Übernahme baulicher Veränderungen im Realschulhaus. Ver. Bau-A. 3. Desgleichen von 23 500 M. für den Umbau der städtischen Straßenbahnwagen, Erweiterung und Umbau der Werkstätte im Straßenbahnwagenwerkstatt 1/3. Ver. Bau-A. 4. Desgleichen von 3200 M. für Verbesserungs- und Instandsetzungsarbeiten im Rathaus. Ver. Bau-A. 5. Nachbewilligung von 4900 M. für den Einbau der Zentralheizung in der Schule an der Kassestraße. Ver. Bau-A. 6. Bauabspiegelschutz des Gärtners Andreas Ebb, betr. Errichtung eines Gärtnerswohnhauses im Distrikt „Sanktborn“. Ver. Bau-A. 7. Desgleichen des H. W. Sahn, betr. Umbau eines Werkstattegebäudes in ein Gärtnerswohnhaus im Distrikt „Sanktborn“. Ver. Bau-A. 8. Übertragung von Restkrediten aus dem Rechnungsjahr 1913 auf das Rechnungsjahr 1914. Ver. Fin.-A. 9. Entwurf einer Gewerbe- (Hilfs-) Steuerordnung für die Stadtgemeinde Wiesbaden. Ver. Fin.-A. 10. Ankauf einer Grundfläche zur Erweiterung der Viehhäuser Straße. Ver. Fin.-A. 11. Ankauf von Grundstücken in Hiesiger Gemarkung. Ver. Fin.-A. 12. Anstellung des Präparators Bürger bei dem Naturhistorischen Museum. Ver. Org.-A. 13. Feststellung der Jahresrechnungen der Zweigvereinigungen für das Rechnungsjahr 1912. Ver. Rechn.-Pr.-A. 14. Endgültige Genehmigung des Ortsstatuts über die Vermehrung der unbesetzten Stadtratsstellen. 15. Auswahl eines Armenpflegers für das 10. Quartier im 5. Armenbezirk. 16. Bewilligung des im Haushaltsplan für 1914 nicht vorgesehenen Teilbetrags des Wittwengeldes für die Witwe des kassenassistenten Karl Kaiser. 17. Eingabe der Kommission zur Erreichung völliger Sonntagsruhe um Einführung der völligen Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

— Die Leipziger Sänger („Neuer Leipziger Männergesangs-Verein“) trafen gestern vormittag, mit einem Sonderzug von Mainz kommend, in Wiesbaden ein. Mitglieder des „Wiesbadener Männergesangs-Vereins“ empfingen die Gäste — 280 Herren und Damen — und übernahmen die Führung bei der Besichtigung der Sehenswürdigkeiten. Gegen Mittag wurde die Kellerei der Weingroßhandlung von Friedrich S. Augustmann in der Moritzstraße besucht, deren Inhaber Mitglied des Leipziger Vereins ist, den er aus diesem Grunde zu einer Weinprobe und zur Besichtigung seiner Kellereien eingeladen hatte. Die Weinprobe, die, allem gutem Sängerbuch entsprechend, von Gesangsvorträgen und Ansprachen begleitet war, nahm einen sehr animierten Verlauf.

— Militärische Ausbildung bei Entearbeiten. Auch in diesem Jahre werden die im Kammerbezirk garnisonierten Regimenter nach Zulässigkeit des Dienstes wieder Mannschaften zur Ausbildung bei Entearbeiten zur Verfügung stellen. Die Landwirtschaftskammer hat die Vermittlung von Soldaten als Entearbeiter übernommen und wird die entsprechenden Anträge den jeweiligen in Betracht kommenden Regimentern überweisen. Den Landwirten, die beabsichtigen, um Bestellung von Entearbeitern bei der Landwirtschaftskammer einzufommen, wird empfohlen, ihrem Antrag die Bescheinigung ihrer Ortspolizeibehörde darüber beizufügen, daß andere landwirtschaftliche Arbeiter zur Ausbildung bei der Ernte in der betreffenden Gegend nicht zu erhalten waren, die Erklärung, daß sie sich verpflichten, alle durch die Bereitstellung der Reute entstehenden Kosten (in Betracht kommen: Freie Fahrt zum Bestimmungsort und zurück zur Garnison, freie Verpflegung und Unterkunft und ein möglicher Tagelohnsatz von durchschnittlich 1 M. 75 Pf. bis 2 M.) und etwa entstehende Haftpflichtschäden zu tragen. Diejenigen landwirtschaftlichen Arbeitgeber, die Mitglied bei der von der Hessen-Rheinischen landwirtschaftlichen Berufsvereinschaft eingerichteten Haftpflichtversicherungsanstalt sind, sind gleichzeitig gegen etwaige Haftpflichtschäden der Entearbeiter versichert. Gemäß dem Beschluß der Kommission der Landwirtschaftskammer für das Arbeiterwesen wird in Anbetracht der Unsicherheit der Soldatenvermittlung den Landwirten, welche Entearbeiter benötigen, empfohlen, sich vor Einreichung von einschlägigen Anträgen an die öffentlichen Arbeitsnachweise des Bezirks wegen Beschaffung von landwirtschaftlichen Arbeitern zu wenden.

— Gold- und Silberwaren und Taschengüter sind durch § 56 der Reichsgewerbeordnung vom Hausierhandel ausgeschlossen. Die Übertretung dieses Paragraphen wird mit Geldstrafe bis zu 100 M. und im Unvermögensfall mit Haft bis zu 4 Wochen bestraft. Sehr oft führen sich die Händler als Gäste in Restaurationen, Cafés usw. ein und suchen hier Bekanntschaften. Zuweilen sind es auch Angestellte des Lokals, die betrieblige Gegenstände anpreisen. Es handelt sich meistens um minderwertige Waren, die unter allen möglichen Vorwänden zu enormen Preisen an den Mann gebracht werden. Vorsicht ist daher am Platze.

— Hotel-Verpachtung. Das angelegene Hotel und Restaurant „Grüner Wald“ wurde an den Restaurateur Robert Fritzer (früheren Pächter des Hotels „Wiesbadener Hof“) verpachtet. Die Übernahme wird am 1. Juli d. J. erfolgen.

— Warnung vor Sekten. In Nr. 256 des „Wiesbadener Tagblatts“ vom 4. d. M. wurde vor Hausierern einer Sekte gewarnt, die vorgeben, für die protestantische Mission zu arbeiten, obwohl ihre Sache mit der Mission und mit der protestantischen Kirche nichts zu tun habe. Hierzu schreibt man uns: „Ob dem Klagefall eine falsche Vorspiegelung zugrunde liegt oder nur — was oft genug vorkommt — die Empfehlung, es handle sich um eine solche, ist mir unbekannt und schwer zu entscheiden. Ich finde es indes irreführend, nur eine Mission und eine Kirche als „protestantisch“ gelten zu lassen. Bekanntlich gibt es eine ganze Anzahl Missionen, Kirchen, Kirchenrichtungen und Gemeinschaften, denen das Prädikat „protestantisch“ nach ihren Grundsätzen nicht abgesprochen ist. Keine davon dürfte sich selbst als „Sekte“ und ihre Sendlinge als „Hausierer“ bezeichnen. Diese Namen vom Standpunkt der einen Partei auf andere anzuwenden, ist daher unangemessen.“

— Vom Hirschschlag betroffen wurde gestern nachmittags gegen 4 Uhr in der Wilhelmstraße eine Frau aus Rastbach. Sie war mit ihrem an einem Schüllerinnenausflug beteiligten Kinde hierhergekommen und hatte die Stadt, Reichelsbühl und Neroberg besucht und befand sich auf dem Rückweg zur Eisenbahn, um heimzukehren. Alle Bemühungen, sie zum Bewußtsein zurückzubringen, schienen erfolglos. Schließlich nahm sich ihrer ein hiesiger Arzt, der gerade vorbeikam, an, und veranlaßte ihre Überführung nach dem städtischen Krankenhaus durch die Sanitätskommission. Das Töchterchen begleitete seine Mutter dorthin.

— Kleine Notizen. Der Schriftführer des Vaterländischen Frauenvereins ist Oberst a. D. Robatschewski (nicht Robatschewski, wie es in dem Bericht über die Dienstbotenrechnung im letzten Monatsbericht heißt).

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

* Kunsttheater. Morgen Donnerstag findet die interessante Premiere der Sittenkomödie „Die Moral der Frau Duflos“ von Gabriele Duflos durch das Wiener Hoftheater-Ensemble statt. Die 7 weiblichen Hauptrollen werden von den Damen Gräma, Sildebrandt, Löwen, Seidorf, Klingenberg, Schittenhelm und Karsla dargestellt, während in den beiden männlichen Rollen die Herren Blach und Reimer auftreten.

* Konzert. Dem heutigen Orgelkonzert in der Marktkirche, welches, wie immer, um 8 Uhr bei freiem Eintritt gegen Entnahme eines Programms stattfindet, werden der Konzert- und Oratorien-Tenor Wolf-Brandt von hier und Konzertmeister Schiering vom städtischen Musikorchester ihre künstlerische Mitwirkung leisten. Herr Wolf-Brandt wird die Solopartie „Mit Wuch“ und „Dobert anken“ sowie zwei Lieder von Edward Diemer und J. A. Schuls vortragen, während Konzertmeister Schiering die berühmte „Caconne“ von Bach und „Thema mit Veränderungen“ von Beethoven für Violine und Orgel spielen wird.

Aus dem Vereinsleben.

Vorberichte, Vereinsversammlungen.

* Die Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Wiesbaden, hält heute abend 8½ Uhr im Klubsaal der „Roge Plats“, Friedrichstraße 35, ihre Generalversammlung. Ausgeführt wird über den Friedenskongress in Basel-Basel-Bericht erstattet. Gäste sind willkommen.

* Mittwochsabend, 8½ Uhr, findet in der Wochenversammlung des „Neips-Vereins“ ein Frageabend statt. Zur Beantwortung gelangen alle Fragen, die mündlich oder schriftlich gestellt werden. Nichtmitglieder haben freien Zutritt. Das Vereinslokal befindet sich in der „Wartburg“, Schulbacher Straße 51.

* Die diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung des „Kaufmannischen Vereins“ findet am 24. Juni, abends 8 Uhr, im Probesaal der „Wartburg“ statt. In der Versammlung wird über das erste Geschäftsjahr nach Vereinigung der früheren drei kaufmännischen Vereine eingehend Bericht erstattet usw. Außer der Tagesordnung für den

der verschiedenen Klagen und Gegenklagen war zunächst die Baroness Pauline v. Dalmig, weil diese in einem Gespräch die Gräfin Rehbinder schwer beleidigt haben sollte, zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. In der Privatklage des Grafen Rehbinder gegen Sanitätsrat Dalmig vor dem Charlottenburger Schöffengericht ergab letzterer die Verurteilung seines Gegners zu einer Geldstrafe von 300 M., während er selbst auf die erhobene Widerklage hin freigesprochen wurde. In der Verhandlung vor der Strafkammer war der Vorsitzende von Anfang an bemüht, einen Vergleich zu schaffen, der schließlich auf folgender Grundlage zustande kam: 1. Der Angeklagte erklärt: Das Ungünstige, das ich über den Privatkläger und seine Ehefrau irgendwo gesagt habe, habe ich aus Informationen geschöpft, deren Richtigkeit nachprüfen ich keine Gelegenheit hatte und für deren Richtigkeit ich daher nicht einstehen kann. 2. Der Privatkläger erklärt: Nach der vorstehenden Erklärung des Angeklagten, deren Richtigkeit ich nicht bestreiten will, nehme ich die von mir dem Angeklagten gegenüber geäußerten beleidigenden Bemerkungen zurück. In der Berufungsverhandlung gegen die Baroness Pauline v. Dalmig wegen des Schöffengerichts-urteils, das eine Gefängnisstrafe von einem Monat aussprach, wurde überraschenderweise festgestellt, daß die Antragsfrist nicht gewahrt sei. Das Verfahren mußte daher eingestellt werden.

wh. Verurteilte Bankiers. Karlsruhe, 15. Juni. Die Strafkammer 1 des hiesigen Landgerichts verurteilte heute die beiden Inhaber der am 8. August v. J. in Konkurs geratenen Bankfirma Wörner u. Wehrle wegen fortgesetzter gemeinschaftlicher Untreue, Unterschlagungen, Betrugs und Vergehens gegen das Depotgesetz (ca. 80 000 M. Gesamtschaden) zu je 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis, wozu 10 Monate als durch die Untersuchungshaft verbüßt erachtet wurden.

Sport und Luftfahrt.

Pferderennen.

* Hannover, 16. Juni. Preis von Burgwedel. 3800 M. 1. E. v. Davids Münster (Schubert), 2. Sidelip, 3. Premier. 102:10; 70, 13, 12:10. — Wiesburger Jagderennen. 2000 M. 1. Lt. v. Werthof's Solid Silver (Werthof), 2. Pinner, 3. Gallat. 50:10; 14, 14, 13:10. — Wahrenwalder Handicap. 7200 M. 1. Friedheims Askania (Schalbe), 2. Felsenburg, 3. Verdröcher.

* Engelen, 16. Juni. Prix de la Saintonge. 8000 Franken. 1. M. Descazeaux Visent 2 (G. Mitchell), 2. Don Cesar, 3. Guffel. 24:10; 83, 35, 23:10. — Prix de l'Adour. 4000 Franken. 1. A. Lociers Sauteur (O'Connor), 2. Ormuz, 3. Nicols. 30:10; 29, 28:10.

* Das Wiesbadener Juli-Meeting wird genau 50 000 M. aus, von denen 34 300 M. auf neun Hindernissenrennen und 15 700 M. auf fünf Flachrennen entfallen. Von den Hindernissenrennen ist der Preis der Stadt Wiesbaden das bedeutendste.

hw. Die Frühjahrs-Gauvorturnerkunde des Turngaues „Süd-Nassau“ fand Sonntagvormittag in der Turnhalle und auf dem Turnplatz der Schillerreiter Turngemeinde statt. Es waren insgesamt 102 Vorturner erschienen. Nachdem die Vereinstrübungen für das diesjährige Gauvorturnfest genügend durchgeführt waren, wurden die allgemeinen Stübungen mit Musikbegleitung eingeleitet. Nach dem gemeinschaftlichen Mittagessen fand eine Sitzung des Gauvorturnrates und des Turnausschusses statt, in welcher wichtige, das diesjährige Gauvorturnfest betreffende Fragen in Gemeinschaft mit den Festausschüssen beraten wurden.

* 29. Mainzer Regatta. Am Samstag, den 20., und Sonntag, den 21. d. M., findet die große internationale Regatta des Mainzer Rudervereins auf der bekannten Strecke Weisenauer Regattabahn statt. Die Regatta wird von hervorragenden Ausgesessenen, 24 Vereine aus Bingen, Bonn, Koblenz, Köln, Düsseldorf, Frankfurt (3), Wiesbaden, Griesheim, Hatten, Mainz (2), Mannheim (3), Offenbach, Oppenheim, Schweinfurt, Ulm, Wiesbaden, Worms (2) und Jülich werden sich ein Stellweiden geben, um im ersten Renne die Ruber miteinander zu streuen. Durch das Erscheinen der berühmten Europameistermannschaft, der Ruderer Grashopper, ist die Internationalität der Regatta gewahrt und da sie in den Hauptrennen mit der deutschen Meistermannschaft des Mainzer Rudervereins, die auf den bisherigen Regatten in Frankfurt und Berlin alle ihre Gegner abgefertigt hat, zusammentritt, so sind hochinteressante, spannende Rennen zu erwarten.

* -s- Rann-Tennis. Das diesjährige Rann-Tennis-Turnier für aktive, inaktive und Reserveoffiziere im Bereiche des 18. Armee-Korps findet in den Tagen vom 14. bis 16. Juli in Bad Nauheim statt.

Neues aus aller Welt.

Selbstmord eines Bankdefraudanten. Köln, 16. Juni. Nach Unterklage von etwa 16 000 M. Wertpapiere hat sich heute vormittag der Buchhalter Deifel in seiner Wohnung erschossen.

Das Großfeuer der Hannoverschen Waggonfabrik. Hannover, 16. Juni. Das Großfeuer, das heute nacht in der Hannoverschen Waggonfabrik, A.-G., wütete, hat nach Mitteilung der Direktion der Gesellschaft nur die Schlosserei und die Wagenmontage zum Opfer gefallen. Eine Reihe von Gabel- und Gabelmaschinen ist verbrannt. Die Höhe des Schadens läßt sich noch nicht übersehen. Der Betrieb ist nicht gestört; Reparaturen werden nur bei einigen Waggonen in der Abfertigung entstehen. Arbeiterentlassungen werden nicht stattfinden. Die Ursache des Brandes konnte noch nicht festgestellt werden.

Widerriechliche auf der Bagra. Leipzig, 16. Juni. Zahlreiche Widerriechliche, die auf der Buchgewerbestellung in Leipzig erfolgen, haben die Ausstellungsgewinnung zu folgenden Bekanntmachungen veranlaßt: Es ist leider häufig vorgekommen, daß in den Ausstellungshallen wertvolle Objekte, die auf Tischen ausliegen oder in Regalen standen, von gewissenlosen Besuchern mitgenommen worden sind. Viele Aussteller sind auf diese Weise nicht unerheblich geschädigt worden. Unter den gestohlenen Werten sind auch solche, die literarische, künstlerische oder künstlerische Gebiete betreffen, so daß also bei denen, die die Werke mitgenommen haben, ein gewisses Interesse an künstlerischen und wissenschaftlichen Dingen und somit auch eine gewisse Bildung vorausgesetzt ist. Um so beschämender ist es, daß sich gerade solche Leute nicht scheuen, das Vertrauen des Verlegers zu missbrauchen und, um sich in den Besitz eines Buches, das für eine, zwei oder drei Mark in jedem Buchladen käuflich zu haben ist, zum gemeinen Diebstahl greifen. Die Aussteller in den einzelnen Ständen sind angewiesen, von nun an besonders scharf aufzupassen und jeden, der beim Mitnehmen eines Buches gefaßt wird, unmissverständlich zur Anzeige zu bringen.

Ein Anabe von einem Adler entführt? Wien, 16. Juni. Seit vierzehn Tagen wird in Kischol in Südtirol der vierjährige Sohn des Bauern Andreas vermißt. Daß der Anabe ins Wasser gefallen oder abgestürzt ist, wird nicht für wahrscheinlich gehalten. Dagegen nimmt man in Kischol an, daß der Anabe von einem Adler oder Rammereiger entführt und in sein Nest an unzugänglichen Felswänden getragen worden ist. Man hat seit einiger Zeit wiederholt Adler und Rammereiger

in diesem Gebiete in der Luft kreisen gesehen, und am Tage des Verschwindens des Knaben bemerkte man einen dieser riesigen Raubvögel auf einer Fichte, die in der Nähe der Stelle steht, wo der Vater das Kind zurückgelassen hat. Ein Boten- und hat immer wieder gerade diesen Baum verbellt.

Verhaftung eines Holzgroßhändlers wegen Versicherungsschwindels und Brandstiftung. Lemberg, 16. Juni. Großer Aufsehen erregt hier die Verhaftung des angesehenen und als vielfachen Millionär geltenden Holzgroßhändlers und Besitzers mehrerer Dampfzählmühlen namens Weidberg aus Zielona, einer kleinen Gemeinde in Galizien, unter dem Verdachte, eine seiner Sägemühlen durch Brandstiftung vernichtet zu haben, um die hohe Versicherungssumme zu erhalten. Gerüchte über unangenehme Vermögensverhältnisse des Holzindustriellen hatten die Versicherungsgesellschaft veranlaßt, eine genaue Untersuchung über die Entstehungsbursche des Brandes einzuleiten. Die Verdachtsmomente gegen Weidberg verstärkten sich in dem Maße, daß die Polizei zu seiner Verhaftung wegen Versicherungsbetruges und Brandstiftung schritt.

Ein diebstahler Panflehing auf der Nacht verhaftet. Genf, 16. Juni. Im heiligen Bahnhof ist der Panflehing Eugen Braun, der einem Bankhause in Arab durch Kältschlingen eine bedeutende Summe unterschlagen hatte, verhaftet worden.

Eine Millionenunterschlagung. Paris, 16. Juni. In der Bank de Brazil wurde eine Unterschlagung vorgenommen, die durch eine von dem brasilianischen Staat Alagoas gegen ihren ehemaligen Bevollmächtigten de Rondona erlassene Strafanzeige veranlaßt worden ist. Rondona war vor acht Jahren von der Regierung von Alagoas beauftragt worden, mehrere Anleihen im Gesamtbetrag von 12 Millionen aufzunehmen. Hatte jedoch von diesen Geldern trotz wiederholter Mahnungen nur 3 Millionen abgeliefert. Schließlich sah sich die Regierung von Alagoas gezwungen, gegen ihn durch den brasilianischen Gesandten Strafanzeige zu erheben. Die Untersuchung ergab, daß de Rondona, der bisher der Verhaftung noch nicht entsprochen hat, auch bei der Ausgabe der Anleihen manche Unregelmäßigkeiten begangen hat.

Das Unwetter in Paris. Paris, 16. Juni. Bei dem gestrigen Unwetter ist ein Reihungsstiel in der Nähe des Kaufhauses Printemps in die Tiefe gesunken. Ein Mann und ein Anabe wurden mitgerissen und später von Passanten freigemacht.

Ein neuer Erdstöß auf Sizilien. Catania, 16. Juni. In Aderno wurde ein überaus harter wellenförmiger Erdstöß wahrgenommen. Es ist unbekannt, ob noch andere Orte betroffen wurden.

Abgeordnetenhaus.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblattes“.

§ Berlin, 16. Juni.

Vizepräsident Dr. Forst eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten mit folgenden Worten: Unser verehrter Herr Präsident hat gegen Schluß des Samstagsitzung nur mit dem Ausgesot aller seiner Kräfte die Geschäfte leiten können. Auf dem Weg vom Sitzungssaal in seine Wohnung ist er ernstlich erkrankt. Etwas früher ist gestern nachmittag eine Besserung eingetreten. Ich bin überzeugt, daß alle Mitglieder dieses Hauses an der Erkrankung des Präsidenten herzlich Anteil nehmen und gleich mir die Hoffnung und den Wunsch hegen, daß er bei unserem Wiederzusammentritt im Herbst gesund und frisch an unserer Spitze stehen möge. (Bravo!)

Alterspräsident v. Strombeck (Zentr.): Ich kann mich dem nur anschließen, was der Herr Vizepräsident eben gesagt hat. Wir haben alle mit lebhaftem Bedauern die Nachricht von der Erkrankung des Präsidenten entgegengenommen. Ich schlage vor, daß wir die beiden Vizepräsidenten ersuchen, daß sie unser aufrechtes Bedauern über die Erkrankung des Präsidenten und unsere herzlichsten Wünsche für seine baldige Wiederherstellung übermitteln. (Lebhafte Zustimmung.)

Vizepräsident Dr. Forst: Ich stelle fest, daß das Haus mit diesem Vorschlag einverstanden ist.

Das Andenken des verstorbenen Abgeordneten Vell (Vpl., Frankfurt a. d. O.) wird in der üblichen Weise gefeiert.

Auf der Tagesordnung steht der mündliche Bericht der Geschäftsordnungskommission über den Antrag der Abgeordneten Braun (Sog.) und Genossen, betreffend die

Einstellung eines Disziplinarverfahrens gegen den Abgeordneten Dr. Liebknecht.

Berichterstatter Ransow (Vpl.) weist darauf hin, daß sich der Abg. Dr. Liebknecht auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Magdeburg mehrere Beleidigungen gegen den Kaiser von Russland habe zuschulden kommen lassen, die Anlaß zu einem Disziplinarverfahren gegeben haben. Ich habe den Auftrag, namens der Kommission zu beantragen, den Antrag Braun abzulehnen.

Abg. Dittfurth (konf.): Da der Abg. Dr. Liebknecht an der Ausübung seiner parlamentarischen Pflicht durch den Fortgang des Verfahrens nicht gehindert wird, so treten wir unter Ablehnung des Antrags Braun für den Antrag der Kommission ein.

Abg. Gerschl (Zentr.): Wir werden unsere Entscheidung ohne Rücksicht auf die Parteistellung des Abg. Dr. Liebknecht ganz objektiv treffen. Infolge der langen Pause bis zum November können wir nicht einsehen, daß Abg. Dr. Liebknecht in seiner politischen Tätigkeit gehindert würde. Wir werden dem Antrag der Geschäftsordnungskommission zustimmen.

Abg. Schiffer (natl.): Wir können nicht anerkennen, daß sich über die Behandlung derartiger Anträge eine feste Praxis des Hauses herausgebildet hat.

Ein parlamentarisches Interesse an der Einstellung des Verfahrens liegt vor.

Wir werden daher den Antrag der Sozialdemokraten ablehnen.

Abg. Gengstberger (freikonz.): Ich schließe mich den Ausführungen des Beredners an; auch wir stimmen dem Antrag der Kommission zu. (Zustimmung.)

Abg. Dänisch (Sog.): Für die Behandlung unseres Antrags sind nicht persönliche Interessen, auch nicht der Wunsch des Abg. Liebknecht maßgebend gewesen. Der Abg. Liebknecht denkt gar nicht daran, den Schutz irgend eines Parlaments in Anspruch zu nehmen, am allerwenigsten denkt er daran, den Schutz dieses Parlaments in Anspruch zu nehmen. (Anruhe rechts.) Abg. Liebknecht hält es unter seiner Würde, bei diesem Parlament Schutz zu suchen. (Anruhe und Psal-Rufe rechts.) — Vizepräsident Dr. Forst ruft den Redner zur Ordnung. Es liegt ein Hohn, eine Ironie darin, daß Sie so oft die Wahrung der Interessen des Parlaments den Sozialdemokraten überlassen. Das ist im Begriff, sich zu einer Gabelung hinreihen zu lassen, die von politischem Haß diktiert ist und ein schmähliches und erbärmliches Verhalten des Hauses genannt werden könnte.

Vizepräsident Dr. Forst ruft den Redner zum zweitenmal zur Ordnung. (Die Abgg. Braun und Adolf Hoffmann rufen: Unverständlich! und werden ebenfalls zur Ordnung gerufen.)

Abg. Dänisch (fortfahrend): Ein Schrei aus vielen Millionen Runden wird im Hause ertönen: Nieder mit diesem Schandparlament! Nieder mit der Dreiklassenwahl! Doch das allgemeine Wahlrecht!

Vizepräsident Dr. Forst ruft den Redner zum drittenmal zur Ordnung. (Lebhafte Beifall rechts; Lärm bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Wir stimmen dem Kommissionsantrag zu, um Verwahrung einzulegen gegen die Worte, die wir eben gehört haben. Wir lehnen es auf das Entschiedenste ab, daß wir einen Haß gegen die Person des Abg. Dr. Liebknecht hegen. Wir urteilen ohne Ansehen der Person. (Abg. Adolf Hoffmann ruft: Wer das glaubt! — Vizepräsident Dr. Forst ruft den Abg. Adolf Hoffmann zur Ordnung.) Bei den schweren Verdächtigungen, die von den Sozialdemokraten gegen das Haus erhoben worden sind, kann man es uns nicht verdenken, wenn wir es ablehnen, diejenigen Kollegial zu behandeln, die vor persönlichen Ehrkränkungen nicht zurückschrecken. Wir lehnen es überhaupt ab, uns in eine Polemik mit diesen Herren einzulassen. (Lebhafte Beifall.)

Die Besprechung wird geschlossen.

Zur Geschäftsordnung bemerkt der Abg. Adolf Hoffmann (Sog.): Sie (zur Mehrheit) wollen durch ihren Beschluß dem Abg. Dr. Liebknecht die Anwaltschaft nehmen, damit er in der Sache nicht in die Akten sehen kann. (Widerspruch rechts.)

Abg. Waldstein (Vpl.): Wir mißbilligen auf das Schärfste die Art und Weise, wie die Sozialdemokraten die Angelegenheit behandeln, indem sie zu persönlichen Angriffen vorgehen. Wir glauben aber nicht, daß ein Grund vorhanden ist, der es rechtfertigt, von einer langjährigen Praxis in diesem Falle abzugehen.

Nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. Dänisch (Sog.), Waldstein (Vpl.), Dittfurth (konf.) und Hoffmann (Sog.) wird der Antrag Braun gegen die Stimmen der Freikonzern und Sozialdemokraten abgelehnt. (Psall-Rufe bei den Sozialdemokraten; Lachen rechts.)

Der Antrag der Kommission wird angenommen.

Nächste Sitzung: Heute nachmittag 4 Uhr: Entgegennahme der königlichen Verordnung, betreffend Vertagung des Landtags.

Vizepräsident Dr. Forst teilt mit, daß die erste Sitzung nach der Vertagung am 10. oder 11. November stattfinden werde.

Abg. Dittfurth (konf.) beantragt, auf die Tagesordnung dieser Sitzung den Antrag auf Abänderung der Geschäftsordnung zu setzen.

Abg. Adolf Hoffmann (Sog.) beantragt, den Wahlrechtsantrag auf die Tagesordnung zu setzen.

Vizepräsident Dr. Forst: Ich will die beiden Anträge zur Kenntnis des Präsidenten bringen.

Schluß 12¼ Uhr.

Schlusssitzung.

Das Abgeordnetenhaus hielt heute nachmittag 4 Uhr seine Schlusssitzung ab. Der Minister des Innern v. Loebell verlas ebenso wie im Herrenhaus die königliche Vertagungsorder. Die Sozialdemokraten waren bei der Vertagung nicht anwesend. Vizepräsident Dr. Forst wünschte den Abgeordneten gute Erholung und sprach die Hoffnung aus, daß man sich im Herbst alle gesund mit dem Präsidenten an der Spitze wiedersehen werde.

Herrenhaus.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblattes“.

§ Berlin, 16. Juni.

Graf Wedel-Plessdorf eröffnet um 2 Uhr 15 Min. die Sitzung.

Über den Gesetzentwurf, betreffend

Einzichung von staatlichen Schiffahrtsabgaben durch Gemeinden und Private,

berichtet namens der Kommission Herr v. Buch-Garmzow. Die Kommission empfiehlt die Annahme der Vorlage in der von dem anderen Hause beschlossenen Fassung. Das Haus beschließt demgemäß ohne Debatte.

Es folgt die Debatte über

Die Besoldungsvorlage.

Finanzminister Dr. Lenge: Als im Jahre 1900 die Besoldungsordnung verabschiedet wurde, war man der Ansicht, daß die Gehaltsverhältnisse für lange Zeit als geregelt angesehen werden sollten. Inzwischen ist in mancher Hinsicht eine Verschiebung der wirtschaftlichen Verhältnisse eingetreten, so daß eine Aufbesserung einzelner Beamtenkategorien gerechtfertigt erscheint. Wir vertreten immer den Standpunkt, daß die preussischen und die Reichsbeamten in parallel laufenden Stellungen auch gleiches Gehalt beziehen. Der Vorwurf, daß wir uns nur von den Parlamenten zu unserem Vorgehen drängen lassen, ist ungerichtet. Die Staatsregierung ließ sich die Initiative nicht aus der Hand nehmen. Sie ist allein imstande, die Verhältnisse zu übersehen. Zu unserer Freude nahm das Abgeordnetenhaus die Vorlage an. Die Regierung würde die Vorlage zurückziehen, wenn Änderungen vorgenommen werden sollten. Die Frage der Rinderzulagen ist noch nicht reif, und ich bitte um einstimmige Annahme.

v. Buch-Garmzow: In den Parlamenten hat sich eine Art Schutzhüllen herausgebildet, die sich durch fortwährendes Vorbringen von Beamtenwünschen bei den Wählern Liebknecht machen wollen. Ich warne dringend davor, daß die Regierung dem Reich alles nachmacht. Wir sind ein selbständiger Staat und können unsere Entscheidungen selbständig treffen. Wir müssen unseren Beamten stets vorhalten, daß sie königliche Beamten sind und daß sie der Autorität des Staats, nicht der Autorität des Parlaments unterstehen.

Hierauf wird die Vorlage einstimmig unbedeutend angenommen.

Darauf wird der Gesetzentwurf, betreffend die Weiterbeschäftigung von Hilfsrichtern bei dem Oberverwaltungsgericht,

in der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen. — Ebenso wurde debattiert der Gesetzentwurf zur Abänderung des § 100 des Justizangelegenheitsgesetzes angenommen. Der Staatschuldenkommission wird Entlastung erteilt und eine Reihe kleinerer Vorlagen durch Kenntnisnahme erledigt.

Darauf verlas der Minister des Innern v. Loebell eine königliche Verordnung, wonach beide Häuser des Landtags bis zum 10. November vertagt werden. — Der Tag der nächsten Sitzung ist unbestimmt. — Schluß 4¼ Uhr.

Die Ereignisse in Albanien.

Der Kampf um Durazzo.

wb. Durazzo, 16. Juni. (Durch Funkgespräch von dem österreichisch-ungarischen Kreuzer „Szigetvár“.) Der gestrige Kampf begann, wie ergänzend gemeldet wird, damit, daß starke Abteilungen der Aufständischen die Vorposten bei der zehn Kilometer nördlich gelegenen Porta Romana und bei der 3 Kilometer entfernten Brücke überbrückten und bis nahe an die Stadt vorbrangen, wo ihnen Gendarmen, Milizien und Mafiosen entgegenkamen. Hier begann der Geschützkampf um 4.40 Uhr, in dessen Verlauf durch ein gut gewähltes wirksames Geschützfeuer die Regierungstruppen die Aufständischen gegen die Hügelkette zurückdrängten. Der Kampf ritt die ganze Feuerlinie ab. Die Verluste beider Parteien sind groß, besonders die der Aufständischen durch das Geschützfeuer zugefügt.

Ergänzender Bericht über die Kämpfe.

wb. Durazzo, 16. Juni. Ergänzend wird noch über die gestrigen Kämpfe gemeldet: Der erste Angriff erfolgte auf der ganzen Linie längs der Hügelkette, Oberst Thompson ließ sofort die Verschanzungen besetzen und das Geschützfeuer eröffnen. Um 5 Uhr morgens überschritten die Aufständischen die Brücke über die Laguna und griffen die Stadt gleichzeitig von den Hügeln her an, welche sie offenbar schon des Nachts besetzt hatten. Um 5.30 Uhr begab sich der Fürst in Begleitung des Hofmarschalls v. Trojko, Oberst-Beim und Bibakows zu Pferde nach der Kaserne, in welcher gerade die letzten Mafiosen sich zum Kampfe rüsteten, und dann zur Geschützstellung am Rande der Stadt, wo er die letzte Verteidigungslinie vorbereitete. Als Oberst Thompson um 6 Uhr gefallen war, übernahm Major Ruffina das Kommando der Stadt. Um 8 Uhr wurde ein italienisches Torpedoboot zur Erkundung des Feindes abgesandt. Es fuhr bis Kapapall. Der Kommandant des Torpedoboots berichtete, daß die Aufständischen in großer Zahl die Höhen zunächst der Stadt besetzt hielten. Der Angriff sowohl von der Seite des Meeres wie auch von der Seite des Gebirges wurde nun lebhafter. Die Kugeln flogen bis zu den Landungsstellen. Um 8.30 Uhr wichen die Aufständischen vor dem gut geleiteten Geschützfeuer zurück. Italienische und österreichisch-ungarische Matrosen schafften die Verwundenen zurück, zwei italienische Verbandplätze wurden bei dem fünftägigen Konak errichtet. Um 10 Uhr gingen zwei italienische Torpedoboots nach San Giovanni, um die dort befindlichen Mafiosen zur Verstärkung heranzuziehen. Die Aufständischen erneuerten den ganzen Tag über ihre Angriffe, sowohl vom Gebirge her, als auch von den Hüpfen. Bei Einbruch der Nacht zogen das Feuer nachzulassen. Auf den Verschanzungen waren Scheinwerfer aufgestellt, um die Abwehr von Nachangriffen zu erleichtern. Auf den Hügeln längs der Küste sah man Gruppen von Aufständischen, die nochmals ein schwaches Gewehrgefecht führten, anscheinend, um die Verteidiger nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Man erwartete für die Nacht oder heute einen neuen Angriff von stärkeren Kräften. Die Zahl der eingebrachten Verwundenen beträgt etwa 100, die der Toten 20.

Handelsteil.

Die Lage des deutschen Arbeitsmarktes.

Von April auf Mai tritt fast in jedem Jahre eine leichte Verschlechterung der Arbeitsmarktlage ein. An sich würde also die Tatsache, daß auch im laufenden Jahre der Monat Mai eine geringe Erhöhung des Andrangsniveaus brachte, nicht weiter bedenklich erscheinen. Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage am deutschen Arbeitsmarkte hat sich jedoch neuerdings auch gegenüber dem Vorjahre verschlechtert, während die ersten vier Monate des laufenden Jahres eine fortgesetzte Besserung gebracht hatten. Nach den Berichten einer größeren Anzahl von öffentlichen Arbeitsnachweisen kamen durchschnittlich auf je 100 offene Stellen Arbeitsuchende:

	Jan.	Febr.	März	April	Mai
1913	142.1	130.9	128.9	127.0	127.2
1914	172.0	152.6	137.2	126.5	133.3

Differenz gegen das Vorjahr . . . + 30.9 + 21.7 + 18.3 - 0.5 + 6.1

Diese Verschlechterung gegenüber dem Vorjahre ist ein sehr bedenkliches Symptom. Es ist leider anzunehmen, daß die Steigerung des Andrangs nicht auf die inländischen Konjunkturverhältnisse sondern auf die erneut zunehmende Einwanderung fremder Arbeiter zurückzuführen ist. Nach einwandfreien Berichten war der Zuzug in den Monaten März bis Mai d. J. ungewöhnlich groß, so daß ein erheblicher Teil der fremden Arbeiter gar nicht untergebracht werden konnte und deshalb wieder abreisen mußte. Im Monat Mai der Jahre 1907 bis 1914 kamen auf je 100 offene Stellen durchschnittlich Bewerber:

	Männl.	Weibl.	Gesamtdurchschnitt
Mai	115.8	76.0	103.7
1907	138.2	95.2	116.5
1908	177.7	89.4	143.7
1909	163.2	87.6	133.3
1910	131.9	82.4	114.4
1911	139.8	89.1	120.7
1912	145.6	94.1	127.2
1913	157.0	93.4	133.3

Recht bezeichnend ist die Tatsache, daß bei den Männlichen eine Steigerung, bei den Weiblichen aber eine Senkung der Andrangsziffer eingetreten ist. Hierin kommt die gegenwärtig auch in der Industrie ziemlich allgemein zu beobachtende Bevorzugung der billigen Arbeitskräfte, recht deutlich zum Ausdruck. Die Aussichten des deutschen Arbeitsmarktes können trotz der Verschlechterung im vergangenen Monat nicht gerade als ungünstig bezeichnet werden. Der gewerbliche Beschäftigungsgrad zeigt jedenfalls keine unbefriedigende Entwicklung. Es fragt sich nur, ob die fortgesetzte Einschleppung fremder Arbeiter nicht jeden Erholungsprozeß wieder im Keime erstickt.

Berliner Nachbörse.

§ Berlin, 16. Juni. Die Nachbörse war geschäftlos, Industriewerte des Kassamarktes vorwiegend schwach. Vögländische Maschinen 14 Proz. niedriger auf ungünstige Dividendenberichte.

Kreditaktien	Hand.-Gesell.	Commerzbank	Darmst.-Bank	Deutsche Bank	Disk.-Komm.-Bank	Dresdner Bank	Nationalbank	Schaffhausen	Peit.-Hörsch.	Löh.-Rüchener	Schwarzbühl.	Lombard.	Anatol.	Balkant.
107 1/2	114	114	114	114	114	114	114	114	114	114	114	114	114	114

Die Leiche des Obersten Thompson wurde nach dem Palast des Fürsten gebracht.

Die Aufständischen auf der ganzen Linie geschlagen.
wb. Wien, 16. Juni. Nach einem gestern Abend in Durazzo aufgegebenen Telegramm wurden die Aufständischen auf der ganzen Linie geschlagen und erlitten ungeheure Verluste. Der österreichische Admiral landete zum Schutze der deutschen Gesandtschaft und des Hauses der Internationalen Kontrollkommission Matrosen.

Überführung des Obersten Thompson nach Holland.
wb. Haag, 16. Juni. Die holländische Regierung wird den in Durazzo gefallenen Obersten Thompson nach Holland überführen lassen.

Ehrung Thompsons in der holländischen Kammer.
wb. Haag, 16. Juni. In der Kammer ehrte Staatsminister v. Savornin-Lohman im Namen des Präsidenten das Andenken des Obersten Thompson, der als Held gestorben sei und dessen Tod ein großer Verlust nicht nur für Holland bedeute. Der Ministerpräsident schloß sich diesen Worten an und sagte, daß der Tod des Obersten Thompson zugleich einen Verlust und einen Gewinn bedeute; einen Gewinn insofern, als der niederländische Name dadurch in der ganzen Welt geehrt sei.

Die internationale Flottenkonzentration.
* Durazzo, 16. Juni. Die von den Mächten beschlossene Flottenkonzentration ist bereits im Gange. England und Frankreich haben schon die Schiffe bekannt gegeben, die nach Durazzo entsandt worden sind. Diese befinden sich bereits an Ort und Stelle befinden. Von deutscher Seite ist der kleine Kreuzer „Breslau“ entsandt worden, der an der Küste des Ionischen Meeres kreuzt. Die „Breslau“ hat etwa 300 Mann Besatzung.

Die Sorge um die Zukunft Albanens.
* Rom, 16. Juni. Die Großmächte sind übereingekommen, die Sorge um die Organisation Albanens für den Fall, daß der Fürst gezwungen würde, das Land zu verlassen, der internationalen Kontrollkommission zu übertragen. Der „Popolo Romano“ erklärt, wenn der Fürst sich infolge der jetzigen Ereignisse einschiffen sollte, so würde dies auf Rimmeneinandergehen geschehen.

Letzte Drahtberichte.

Die Trauerfeier für den Großherzog von Mecklenburg-Strelitz.

wb. Neustrelitz, 16. Juni. Der Kaiser und der Großherzog fuhren vom Bahnhof im offenen vierpännigen Wagen zum Schloß. Der Kaiser begrüßte zunächst die 92 Jahre alte Mutter des verstorbenen Großherzogs, die Großherzogin Auguste Karoline, die an der Trauerfeier nicht teilnahm, und begab sich dann zu Fuß mit dem Großherzog zur Schloßkirche, wo sich schon vorher die anderen Angehörigen der großherzoglichen Familie versammelt hatten. Die Trauerfeier nahm einen feierlichen Verlauf. Der Kaiser legte am Ende einen Kranz nieder. Nach der Feier fuhr der

Frankfurter Nachbörse.

— Frankfurt a. M., 16. Juni. Kurse von 1 1/2 bis 2 1/2 Uhr. Kreditaktien 189 1/2, Dresdner Bank —, Petersb. Ind. Handelsbank 179 1/2, Staatsbahn 149 1/2, Lombarden 13 1/2, Baltimore und Ohio —, Deutsch-Luxemburger —, Phoenix 235 1/2 a 235 —, Naphtha 343 — a 341 1/2.

Banken und Geldmarkt.

w. Die neue Schutzgebietsanleihe. Berlin, 16. Juni. Die Zeichnung auf die 65 Millionen 4 Proz. deutsche Schutzgebietsanleihe von 1914 wurde geschlossen, da die Zeichnungen besonders auf die Sperrstücke sehr stark eingegangen sind.

Berg- und Hüttenwesen.

w. Die Niederlausitzer Kohlenwerke verteilen nach 2 021 333 M. Abschreibungen (gegen 1 835 535 M. i. Vj.) bei weiteren erheblichen Rückstellungen und ungefähr dem gleichen Gewinnvortrag wieder 12 Proz. Dividende. Zur Tilgung der Kosten für Neubauten wird das Kapital um 4 Mill. Mark erhöht.

Industrie und Handel.

w. Der deutsche Außenhandel. Berlin, 16. Juni. Nach dem Maihefte 1914 der monatlichen Nachweise über den auswärtigen Handel Deutschlands haben betragen im Mai 1914 die Einfuhr 6 057 090 Tonnen (gegen 5 933 330 im Mai 1913), die Ausfuhr 6 089 804 (gegen 5 770 559), im Jahre 1914 die Einfuhr 27 442 251 Tonnen (gegen 27 983 097), die Ausfuhr 30 338 576 Tonnen (gegen 30 303 132). Die Werte erreichten (in Millionen Mark) im Mai 1914 in der Einfuhr 903.0 an Waren sowie 16.2 an Gold und Silber (gegen 873.7 und 29.6 im Mai 1913), in der Ausfuhr 890.7 an Waren sowie 10.3 an Gold und Silber (gegen 820.7 und 5.1 im Mai 1913), im Jahre 1914 in der Einfuhr 4593.1 an Waren sowie 107.7 an Gold und Silber (gegen 4507.2 und 134.2 im Mai 1913), in der Ausfuhr 4249.2 an Waren sowie 41.8 an Gold und Silber (gegen 4136.4 und 46.5 im Mai 1913).

* Kalkstickstoff. Im Interesse einer glatten Abwicklung der Geschäfte gibt die Verkaufsvereinigung für Stickstoffdünger, Berlin, bekannt, daß sie auch für das Geschäftsjahr 1914/15 für frühere Abnahmen von Wagonladungen von 5000 Kilogramm an aufwärts folgende Sondervergütungen gewährt: Für Abrufe im Juni vom 15. ab 25 M., Juli 20 M., November 35 M., Dezember 30 M., Januar 25 M., alles die 10 000 Kilogramm. Der jeweilige Abruf muß bis zum 20. der betreffenden Monate eingehen. Bei dieser Gelegenheit sei wiederholt darauf hingewiesen, daß der Bezug der hochprozentigen A-Ware (17.22 Proz.) sich namentlich nach der neuerdings erfolgten Herabsetzung der Preise als am vorteilhaftesten für eine rationelle Stickstoffdüngung empfiehlt.

w. Der Zusammenschluß in der Emailier-Industrie. Leipzig, 15. Juni. In der heutigen Hauptversammlung für die Begründung des Verbandes deutscher Emailierwerke, in der 60 Firmen mit ca. 85 Proz. der deutschen Gesamtproduktion vertreten waren, wurde der Verbandsvertrag unter dem Vorbehalt unterzeichnet, daß die restlichen Firmen von Bedeutung ihren Zutritt nachträglich erklären. Die Kommissionen für die Aufstellung der neuen deutschen Normalpreislste werden Mitte Juli in Hannover zusammentreten. Die neuen Preise sollen alsbald nach dem Beitritt der übrigen Werke in Kraft treten. Lieferungen über den 1. Juli 1914 hinaus dürfen nicht übernommen werden. Der Verband, der erstmalig fast die gesamte deutsche Erzeugung in sämtlichen Gruppen umfassen wird, soll auf 2 Jahre bis 1. Juli 1916 fest abgeschlossen werden.

* Die Maschinenfabrik Kappel, A.-G. in Chemnitz, hat einen großen Auftrag auf Tüllmaschinen, und zwar auf etwa 70 bis 80 Stück erhalten. Die Bestellung erfolgte von einer belgischen Firma.

Kaiser in Begleitung des Großherzogs zum Bahnhof, wo die Abreise um 3 Uhr erfolgte. Die Ankunft in Wildpark ist um 4.15 Uhr vorgezogen.

Der Fall Schlieffen.

wb. Berlin, 16. Juni. Die ungarische Zeitung „Magyar Nemzet“ ließ sich von ihrem Mitarbeiter aus Belgrad abfällige Aufzeichnungen des dortigen deutschen Gesandten von Griesinger über den Konflikt Schlieffen berichten. Die „Magyar Nemzet“ ist ermächtigt, festzustellen, daß die dem Gesandten in den Mund gelegten Aufzeichnungen auf freier Erfindung beruhen.

480 000 Rubel zu Nachforschungen nach russischen Polarforschern.

wb. Petersburg, 16. Juni. Die Reichsduma bewilligte zu Nachforschungen nach den verschollenen Polarforschern Sjedow, Brunselow und Rusanow 480 000 Rubel.

22 = Reklamen. = 22

Bestbewährte gesunde und magen-darmkranke Kinder-Nahrung für: schwächliche, in der Entwicklung zurückgebliebene Kinder.

Derloble.

Verlangen Sie sofort im eigenen Interesse Preislisten und Abbildungen. (Postkarte genügt.) Telefon Nr. 397.

August Schwab jr., Darmstadt, Marienplatz 9. Spez.: Kompl. Einrichtungen von 1000—10,000 Mk.

Persp. Ansichten der einzelnen Zimmer. Lieferung nach allen Ländern. — Tüchtige Vertreter an allen Plätzen Deutschlands gesucht. F 63

Fays

Fays

Fays

Ächte Sodener Mineral-Pastillen sind seit fast 3 Jahrzehnten bewährt bei Husten, Heiserkeit, Katarrh der Luftwege etc.

Ächte Sodener Mineral-Pastillen — und nur diese! — werden aus den bekannten, von alters her zur Kur vorordneten Gemehde-Heilquellen No. 3 u. 18 des Bades Soden a. Taunus gewonnen.

Ächte Sodener Mineral-Pastillen müssen Sie verlangen, wenn Sie die wirksamen Salze der genannten Heilquellen haben wollen.

Übersatz zum Preise von 25 Pfg. pro Schachtel zu haben.

* Die Gründungstätigkeit in Russland. Aus Petersburg wird geschrieben: Nach den statistischen Mitteilungen des Conseils der Montanindustriellen Südrusslands wurden in den ersten drei Monaten 1914 in Russland 99 (79) Unternehmen mit 139 998 050 Rubel (108 578 750) Grundkapital ins Leben gerufen. Das Ausland ist hierbei nur mit 4 (8) Unternehmen mit 3 848 050 Rubel (17 678 750) Grundkapital beteiligt.

Marktberichte.

— Aus dem Bericht der Preisnotierungsstelle der Landwirtschaftskammer für den Regierungsbezirk Wiesbaden, Mannheim, 15. Juni. Preise für 100 kg. Weizen 21.50 bis 22 M., Roggen 18.25 bis 18.50 M., Gerste 16.75 bis 18.25 M., Hafer 18.25 bis 19 M., La Plata 16.25 M. — Mainz, 12. Juni. Preise für 100 kg. Weizen 21.50 bis 22.40 M., Roggen 17.50 bis 18.50 M., Hafer 19.75 M.

O. Hon- und Strohmärkte zu Frankfurt a. M. vom 16. Juni. Man notierte: Heu per 50 kg 3 bis 3.60 M. Geschäft: flott. Die Zufuhren waren aus den Kreisen Friedberg, Hanau und Dieburg.

Schiffs-Nachrichten

über Bewegung und Ankunft der Dampfer vom 12. bis 16. Juni 1914.

Dampfer	Herkunft bzw. Reiseziel	Ankunft bzw. Weiterfahrt
Deutsche Ostafrika-Linie. F 317		
Bureau: Amtl. Reisebureau L. Rittenmayer, Kaiser Friedrich-Platz 1.		
Muansa	auf der Heimreise	Juni 12 in Antwerpen.
Hudidi	» » Heimreise	» 12. von Lissabon.
Gertrud Weermann	» » Ausreise	» 12. von Marseille.
Stoomvaart Maatschappij Nederland Amsterdam. 31		
Passage- und Reisebureau Born & Schottenfels, Hotel Nassau.		
Lombok	auf der Heimreise	Juni 12 von Port Said.
Billiton	» » Ausreise	» 12. v. Southampton
Prinsess Juliana	» » Ausreise	» 12. von Lissabon.
Rembrandt	» » Heimreise	» 12. von Lissabon.
Hansa	» » Ausreise	» 12. von Lissabon.
Kambangan	» » Ausreise	» 12. von Padang.
Roeptat	» » Ausreise	» 12. in Batavia.
Groenland	» » Ausreise	» 12. in Batavia.
Vondel	» » Ausreise	» 12. in Batavia.
Prins der Niederl.	» » Ausreise	» 12. in Batavia.
Oesterreichischer Lloyd.		
Passage- und Reisebureau Born & Schottenfels, Hotel Nassau.		
Praga	nach Korfu	Juni 15. von Athen.
Baron Gautsch	von Spalato	» 14. in Ragusa.
Wien	» » Brindisi	» 15. in Alexandria.
Gablonz	nach Bombay	» 15. von Aden.
Africa	nach Bombay	» 15. von Hongkong.
Baron Bruck	von Medua	» 16. in Durazzo.

Köln-Düsseldorfer Rheindampfschiffahrt.

Abfahrten von Bielefeld: Morgens 6.20, 7.40 (Vorküsten-Schiff: Montags, Mittwochs und Freitags). 8.30, 9.20 (Salon-Express: »Barossa« und »Bismarck«). »Augusta Victoria«, 9.20 (Salon-Express: »Barossa« und »Bismarck«). 10.20, 11.20 (Salon-Express: »Bismarck« und Kaiser Wilhelm II.). 12.20 (nur Sonn- und Feiertage) bis Koblenz, 3.20 (nur Sonn- u. Feiertage) bis Asmannshausen, 4.20 bis Andernach, abends 6.20 bis Bingen und zurück. Gepäckwagen von Wiesbaden nach Bielefeld morgens 7.30. Billette und Ankünfte in Wiesbaden bei dem Agent W. Bielefeld, Langgasse 20. Telefon 2346. F 318

Die Morgen-Ausgabe umfasst 14 Seiten sowie die Beilageblätter „Der Roman“ und „Mit-Raffa“.

Chefredakteur: H. Jägerhorst (verr.). J. B. Dr. phil. G. Schellenberg.

Verantwortlich für den politischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den redaktionellen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den künstlerischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den technischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den administrativen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den wirtschaftlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den sozialen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den literarischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den sportlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den wissenschaftlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den gesundheitlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den rechtlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den politischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den redaktionellen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den künstlerischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den technischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den administrativen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den wirtschaftlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den sozialen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den literarischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den sportlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den wissenschaftlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den gesundheitlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den rechtlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den politischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den redaktionellen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den künstlerischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den technischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den administrativen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den wirtschaftlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den sozialen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den literarischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den sportlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den wissenschaftlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den gesundheitlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den rechtlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den politischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den redaktionellen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den künstlerischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den technischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den administrativen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den wirtschaftlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den sozialen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den literarischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den sportlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den wissenschaftlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den gesundheitlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den rechtlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den politischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den redaktionellen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den künstlerischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den technischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den administrativen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den wirtschaftlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den sozialen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den literarischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den sportlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den wissenschaftlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den gesundheitlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den rechtlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den politischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den redaktionellen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den künstlerischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den technischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den administrativen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den wirtschaftlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den sozialen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den literarischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den sportlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den wissenschaftlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den gesundheitlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den rechtlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den politischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den redaktionellen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den künstlerischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den technischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den administrativen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den wirtschaftlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den sozialen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den literarischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den sportlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den wissenschaftlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den gesundheitlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den rechtlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den politischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den redaktionellen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den künstlerischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den technischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den administrativen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den wirtschaftlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den sozialen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den literarischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den sportlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den wissenschaftlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den gesundheitlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den rechtlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den politischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den redaktionellen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den künstlerischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den technischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den administrativen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den wirtschaftlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den sozialen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den literarischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den sportlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den wissenschaftlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den gesundheitlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den rechtlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den politischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den redaktionellen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den künstlerischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den technischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den administrativen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den wirtschaftlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den sozialen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den literarischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den sportlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den wissenschaftlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den gesundheitlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den rechtlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den politischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den redaktionellen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den künstlerischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den technischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den administrativen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den wirtschaftlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den sozialen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den literarischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den sportlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den wissenschaftlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den gesundheitlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den rechtlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den politischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den redaktionellen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den künstlerischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den technischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den administrativen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den wirtschaftlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den sozialen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den literarischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den sportlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den wissenschaftlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den gesundheitlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den rechtlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den politischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den redaktionellen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den künstlerischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den technischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den administrativen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den wirtschaftlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den sozialen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den literarischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den sportlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den wissenschaftlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den gesundheitlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den rechtlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den politischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den redaktionellen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den künstlerischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den technischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den administrativen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den wirtschaftlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den sozialen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den literarischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den sportlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den wissenschaftlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den gesundheitlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den rechtlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den politischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den redaktionellen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den künstlerischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den technischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den administrativen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den wirtschaftlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den sozialen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den literarischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den sportlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den wissenschaftlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den gesundheitlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den rechtlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den politischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den redaktionellen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den künstlerischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den technischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den administrativen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den wirtschaftlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den sozialen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den literarischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den sportlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den wissenschaftlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den gesundheitlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den rechtlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den politischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den redaktionellen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den künstlerischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den technischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den administrativen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den wirtschaftlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den sozialen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den literarischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den sportlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den wissenschaftlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den gesundheitlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den rechtlichen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den politischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den redaktionellen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den künstlerischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den technischen Teil: J. B. Dr. phil. G. Schellenberg; für den

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Fernruf:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntagen.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Pf. monatlich, 2. — Vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, oder Bringerstein. 2. — Vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, auswärts durch die Reichspostverwaltung. — Bezugs-Beziehungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Deutsche Postverwaltung 19, sowie die Anzeigenstellen in allen Teilen der Stadt; in Vertrieb: der hiesige Anzeigen-Verleger und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Verleger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Pf. für lokale Anzeigen im „Reichsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“ im einblättrigen Format; 20 Pf. für Anzeigen im Format der Tagesblätter, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pf. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Pf. für lokale Anzeigen; 2 Pf. für auswärtige Anzeigen. — Gang, halber, viertel und halber Seiten, durchgehend, nach Anzeigen-Verrechnung. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechender Rabatt.

Anzeigen-Nachnahme: Für die Rhein- und Mosel-Region bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 8 Uhr nachmittags.

Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Gänsestr. 66, Fernspr.: Amt Umland 450 u. 451.

Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgedruckten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Mittwoch, 17. Juni 1914.

Abend-Ausgabe.

Nr. 276. • 62. Jahrgang.

Der vertagte Landtag.

○ Berlin, 16. Juni.

Für die unnötig lange und ganz gewiß beklagenswerte Dauer der Etatsberatungen im Reichstag haben die Konservativen stets ein tadelndes Redebefürfnis auf Seiten der Linken als Hauptursache aller Übel behauptet, und wenn man diese Beschwerden hört, sollte man meinen, daß die Geschäfte sofort besser und schneller geführt werden würden, wenn die Rechte stärker an Zahl und mit ausschlaggebender Bedeutung ausgerüstet wäre. Die heitere Probe auf das Exempel konnte man in dem jetzt beendigten Abschnitt der Landtagsession machen. Hier herrschen die Konservativen beinahe ohne Einschränkung, aber die Etatsberatungen zogen sich trotzdem mit übermäßiger Länge hin, und im Abgeordnetenhaus ergab sich so dieselbe Notlage wie im Reichstag; es blieb keine Zeit übrig für andere wichtige Aufgaben. Eine der unfruchtbarsten Tagungen, die unsere parlamentarische Geschichte je zu verzeichnen gehabt hat, hat heute ihren Abschluß gefunden. Man kommt in Verlegenheit, wenn man sagen soll, was der Landtag in den vielen Monaten seines Zusammenseins geleistet hat. Ein Ausgrabungsgesetz ist angenommen worden, eine Rentenbanknovelle hat man fertiggestellt, auch das mühsame und lästige Werk der Besoldungsnovelle ist unter Dach und Fach gebracht worden, für die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse hat man in anständiger und verständiger Weise gesorgt, und insofern ist gewiß allerlei geschehen, aber es ist wenig gegenüber dem, was unterblieben ist. Niemand hat ja eine besondere Sehnsucht danach, daß das Fideikommissgesetz möglichst schnell zustandekommen möge, immerhin muß dem Landtag vorgehalten werden, daß diese Aufgabe sehr wohl in der verfügbaren Zeit hätte geleistet werden können. Daß es nicht der Fall war, kommt allerdings nicht auf die Rechnung des Abgeordnetenhauses, sondern auf die des Herrenhauses, in dessen Händen es sich am Ende um den ganzen Geist, in welchem die Geschäfte in Preußen geführt werden, und da verteilt sich denn die Schuld auf die beiden Häuser des Landtags gleichmäßig, die Regierung nicht zu vergessen, die es offenbar nicht versteht, mehr Dampf in die Maschine zu leiten, wie sie es bei ihrer innigen Gemeinschaft mit den Konservativen doch könnte und müßte. Der langsame Fortschritt der Beratungen über das wichtige Grundteilungsgesetz nun gar fällt ausschließlich dem Abgeordnetenhaus zur Last, also der maßgebenden Rechte. Daß die Wahlrechtsreform in diesem Landtag keine Fortschritte machen kann, das ist so selbstverständlich, daß man sich bei der Tatsache kaum aufhalten braucht. Nicht einmal die bescheidenste Änderung des veralteten Wahlgesetzes steht in Aussicht, nicht einmal die Ersetzung der öffentlichen durch die geheime Stimmabgabe, obwohl sich Staatsregierung und Rechte eigentlich lassen sollten, daß diese Änderung keineswegs dem Radikalismus zugute käme. Denn die

Klagen sind alt und nicht grundlos, daß der sozialdemokratische Terrorismus gerade die öffentliche Stimmabgabe mit Erfolg zum starken Druck auf zahlreiche Wähler der dritten Klasse zu benutzen vermag. Aber niemand kann sagen, wann und wie das Grundübel der preussischen Zustände, die unbenutzte, weit über die tatsächlichen Bedingungen hinausgehende Vorherrschaft der Rechten, die ihre Stellung nahezu ausschließlich einem unnatürlich ungerechten Wahlgesetz verdankt, gebrochen werden kann. Geschichtlich und nicht bloß parteipolitisch angesehen, ist es ein großes Glück für die Konservativen, daß wir im Reiche eine auf demokratischer Grundlage beruhende Volkstretung haben. Würde der Reichstag nicht als Ventil dienen und mühten die Aufgaben, die ihm zugewiesen sind, etwa immer noch von dem preussischen Landtage in seiner jetzigen Zusammensetzung gelöst werden, so würde der Kessel längst gesprengt worden sein.

Das Debut Vivianis.

Das Programm.

Paris, 16. Juni. Der Ministerrat hielt heute vormittag im Elisee eine Sitzung ab, in der die Fassung der ministeriellen Erklärung genehmigt wurde. In der Erklärung sagt die Regierung, daß sie ihre Autorität nur auf eine ausschließlich republikanische Mehrheit stützen wolle und weigert sich, direkt oder indirekt die Unterstützung der reaktionären Parteien anzunehmen. Sie versichert, daß ihr nächstes Werk die Anleihe sei, die noch vor dem Budget genehmigt werden müsse. Dann aber werde sie von dem Senat über die Vorlage, die von der Kammer bereits angenommen worden sei und eine progressive Steuer auf das Gesamteinkommen fordere, abstimmen lassen und den Senat gleichzeitig bitten, diese Vorlage in das Finanzgesetz von 1914 einzufügen. Die Regierung beabsichtigt, in das Budget für 1915 eine progressive Steuer auf das Kapital aufzunehmen. Die Regierung sagt in der Erklärung weiter, sie werde es als ihre höchste Pflicht betrachten, in der von der Republik seit so vielen Jahren verfolgten äußeren Politik zu beharren. Die Regierung wird binnen kurzem eine Reihe von Gesetzesvorlagen einbringen, deren wichtigste die Vorlage über die militärische Vorbereitung der Jugend und über die Reorganisation der Reserven ist. Erst nach der Annahme und Anwendung dieser Vorlagen und nachdem ihre Anwendung ihre Wirksamkeit gezeigt hat, wird die Regierung, indem sie gleichzeitig die Ergebnisse der Erfahrung und die Notwendigkeit der nationalen Verteidigung berücksichtigt, eine teilweise Erleichterung der militärischen Lasten vorschlagen können. Bis dahin wird sich die Regierung unter der Kontrolle des Parlaments auf eine genaue und loyale Anwendung des Gesetzes beschränken. Die Erklärung des Kabinetts bestätigt die Notwendigkeit der Wahlreform in Übereinstimmung mit der republikanischen Partei und beiden Kammern. Die Regierung wird gleichzeitig die Verteidigung des Landes zu sichern. Sie will eine Republik, die ebenso weit von der Verfolgung ihrer Gegner entfernt sei wie von der Schwäche, aus der die Feinde Nutzen ziehen könnten.

Die Verlesung im Senat.

Paris, 16. Juni. Im Senat fand für die Verlesung der Ministererklärung durch den Justizminister und Staatsratspräsidenten Vieuville Martin eine kurze Sitzung statt. Die Stelle, in der der Wille der Regierung ausgedrückt wird, ausschließlich mit der republikanischen Mehrheit zu regieren, wurde von der äußersten Linken durch Zurufe unterbrochen. Die Stelle über das Dreijahresgesetz wurde unter diesem Schweigen angehört.

Die Aufnahme in der Kammer.

Paris, 16. Juni. Ministerpräsident Viviani verlas die Ministererklärung. Er wurde von der Linken sofort mit Beifall begrüßt. Bei der Stelle über die auswärtige Politik erhob sich mehr Beifall aus dem Zentrum als von der Linken. Bei dem Abgleich über das Dreijahresgesetz rief der Sozialist Baillant unter dem Beifall der äußersten Linken: „Nieder mit den drei Jahren“, was vom Zentrum mit Lärm beantwortet wurde. Darauf erhob sich eine Protestnote von den Bänken der Sozialisten. Der Sozialist Guesde rief: „Hört auf das, was Ribot sagt!“, wogu die äußerste Linke lachte. Der Abgleich über die soziale Anwendung des Dreijahresgesetzes wurde im Zentrum und von einem großen Teile der Linken mit Beifall begrüßt, während die Sozialisten mit schmähen den Zurufen antworteten. Man rief: „Agnacneur!“, worauf dieser schwieg. Der Schluß der Ministererklärung wurde auf allen Bänken mit Ausnahme der Sozialisten und einigen Abgeordneten der Rechten mit Beifall aufgenommen.

Der geeinigte Radikale Thierx-Cazes ergriff darauf das Wort zu einer Interpellation. Er forderte die Rückkehr zum Zweijahresgesetz, das das einzig demokratische sei. (Beifall auf der äußersten Linken und Protestrufe von anderen Bänken.) Jaurès sagte, die Regierung müsse ihre Ansichten über die Wahlreform genau ausdrücken. Diese Reform werde auf billige Weise nur durch das Verhältnismäßigkeitsystem gelöst werden können. (Beifall im Zentrum und der Rechten.) Jaurès brachte ein Register heftiger Anklagen gegen das Dreijahresgesetz vor, das die nationale Verteidigung beeinträchtige. (Rufe von der Rechten: Es leben die drei Jahre! Darauf Protestrufe von der äußersten Linken.) Die äußerste Linke sollte fast allein den lobhaften Kritiken Jaurès Beifall, der mehrmals warten mußte, bis der Lärm sich legte. Jaurès lobte lebhaft das System des Volkes in Waffen und forderte, daß man es vorbereite. (Beifall auf der äußersten Linken und einigen Bänken der Rechten.) Viviani habe wohl in drei Tagen seine Formel ändern können, aber nicht seine Meinung. Dieser Formel setze er diejenige des Kongresses von Bonn entgegen.

Ministerpräsident Viviani antwortete alsdann auf die Interpellationen. Von der Linken sehr lebhaft begrüßt, sagte er, er nehme, ebenso wie Ribot es getan habe, die Macht nur an, um die gegenseitigen Schwierigkeiten, besonders die finanziellen, zu überwinden. Dann sprach er sich über die von der Regierung beschlossenen finanziellen Maßnahmen aus. Im Budget für 1915 werde er von den Verpflichtungen verlangen, die militärischen Lasten zu tragen, die ihnen zukämen. (Beifall auf der Linken.) Er erinnerte daran, daß das Militärgesetz angenommen worden sei, um auf die mächtige Anstrengung des Nachbarlandes zu antworten und um dieser eine mächtige Anstrengung Frank-

Feuilleton.

Königliche Schauspiele.

Der Richard-Strauß-Jubel im Hoftheater wurde mit der Aufführung des „Rosenkavaliers“ fortgesetzt und gestern mit „Ariadne auf Naxos“ beschlossen. Die Einseitigkeit des Stils wie in „Salome“ hat Strauss in diesen beiden späteren Werken nicht wieder erreicht: schon die Textvorlagen standen dem hindernd im Wege. Die Fülle von geistreichen Einfällen und tonmalerei bedeutsamen Einzelheiten und den größeren melodischen Reiz der beiden Werke wird man nicht verkennen. Einer glänzenden Wiedergabe hatte sich der „Rosenkavalier“ zu erfreuen: Frau Böhm von Erdert (aus Berlin) ist hier durch ihre lebensvolle Darbietung als „Nocturne“ längst gut bekannt. Hr. Fried als eine überaus reichhaltige „Feldmarschallin“ und Herr Bohne als „Lerchenau“ standen auf gewohnter Höhe. Ihnen wußte sich Herr Wuzel (von Kassel) mit Glück und Geschick als „König“ anzuschließen. Herr Schubert hatte jetzt die Partie des „Sängers“ und Herr Scherer die Rolle des „Intendanten Balzacchi“ übernommen und anerkanntswert durchgeführt.

In dem der „Ariadne“ vorangehenden Lustspiel „Der Bürger als Edelmann“ setzte Frau Heydeder ihr Engagementsspiel fort: sie gab die „Madame Nicoline“. Aber in ihrem Lachen und Lächeln lag längst nicht so viel Lust, wie in dem unserer einheimischen Nicoline-Doppelbauer: es wirkte nicht anziehend; das Publikum zeigte sich immun. Die allgemeine schauspielerische Gewandtheit der Frau Heydeder ist schon neulich erkannt und bewährte sich so ziemlich auch gestern. Als Prüffeld für ein Engagement ist aber auch diese kleine Episodenrolle wohl kaum geeignet. In der Aufführung der Oper „Ariadne auf Naxos“ gastierte — an Stelle der erkrankten Hr. Englerth — Frau Lauer (von Karlsruhe), deren schöne Erscheinung und angenehme Stimmittel

der Partie der „Ariadne“ nicht wenig zugute kamen. Mühmische Unterstützung boten wieder Herr Schubert als „Bachus“ und Frau Friedfeld in der halbbrüderlichen Kolorturpartie der „Peribolite“. Für die kleineren Rollen der Oper waren bekannte tüchtige Kräfte zur Hand, denen sich Hr. Wale (von Kassel) als lieblich singende „Kajabe“ und Herr Schramm (von Frankfurt) als derbheuliger „Peribolite“ mit anerkanntswürdiger Routine angeschlossen. Beide Strauss-Opern waren zahlreich besucht und die Beifallsbezeugungen für alle Beteiligten sehr ehrenvoll.

An Richard Strauss heutzutage noch teilnahmslos vorüberzugehen — unmöglich! Man wird zu ihm Stellung nehmen müssen: so oder so. Und schon das bezeugt seine Bedeutung. Gerade zur rechten Zeit — zur 50jährigen Geburtsstagsfeier — erschien soeben (im Verlag von Schuster u. Köhler, Berlin) eine umfassende Strauss-Biographie von Max Steiniger. Es ist die knappe Bearbeitung einer schon früher gedruckten, sehr reichhaltig angelegten Strauss-Biographie. Die Hauptquellen der Direktionsstätigkeit Strauss — München, Weimern, Weimar, nochmals München und Berlin — boten die naturgemäße Handhabe für die Einteilung des Stoffes: anknüpfend an diese Periodisiertheit hat Steiniger die schöpferische Tätigkeit des gefeierten Künstlers eingehend und liebevoll besprochen. Vom „Rosenkavalier“ meint der Biograph, der ebenfalls gegen das Libretto manches einzuwenden hat: „daß Strauss neben der ganzen Fülle anderer Obliegenheiten die Ausarbeitung dieser mit minutiöser Feinheit angelegten Partitur im Zeitraum von 17 Monaten vollenden konnte, ist bisher wohl das Stimmenswerte in seiner Komponistenlaufbahn!“ Bei der Einstudierung der „Ariadne auf Naxos“ hat Strauss die Sängerinnen, ihre Vorstellung nicht zu sehr zu detaillieren: zur Zeit Moders habe man das in der Oper nicht gekannt, und — so fügte er voll launiger Ironie hinzu — der Umfang des Spiels in der Oper ist eine neuartige „Erfindung“. Daß Strauss mit Bezug auf manche seiner Gesangsstellen geäußert hat, „die treffe ich selber nicht“, ist

ja wohl bekannt. Weniger bekannt ist sein Ausruf künftiger Vergewissung gegenüber dem oft noch allzu konservativen musikalischen Geschmack des Publikums und der Kritik: in einem Brief an seinen ersten Förderer und Protektor Hans v. Bülow schrieb er: „Wenn ich nur erst einmal den verfluchten Wohlklang austreten könnte!“ Nun, unser Wiesbadener Strauss-Jubel hat bewiesen, daß der Komponist diese Sehnsucht hin und wieder schon recht ausgiebig gestillt hat. Doch vergessen wir darüber nicht all das Interessante, Neue und Originelle, das wir der Begabung des fähigen Fortschrittmannes Rich. Strauss verdanken. Bülow's Wort, das er nach Strauss' schwerer Erkrankung (1891) schrieb, soll in Ehren bleiben: „Gottlob, daß Strauss gerettet ist; der hat eine große Zukunft noch; der verdient zu leben!“

Somit soll zur Strauss-Feier die anregende und mit feinsten musikalischen Plotschöpfungen gesättigte „Biographie“ gern willkommen heißen sein. O. D.

Residenz-Theater.

Dienstag, den 16. Juni: Dreimaliges französisches Emile-Verhaeren-Gesellschaftsspiel von Carlo Lili mit seinem Künstler-Ensemble: „Le cloître.“ Drame en 4 actes de E. Verhaeren.

Emile Verhaeren fängt langsam an, in Deutschland bekannt zu werden. Seine Gedichte kamen in deutscher Übersetzung heraus und fanden allgemeinen Anklang, und sein Name wird in deutschen Wäutern jetzt fast so oft genannt, jedenfalls mit der gleichen Anerkennung und Achtung, wie der Name des Dichters nicht ein größeres Publikum anlockt. Ruhig doch jeder wissen, daß er einen interessanten Abend erleben dürfte, daß ihm Wertvolles geboten würde. Aber statt der erwarteten Menge eine flackernde Leere. Der Dichter bringt vier Aufschüsse mit dem Leben der Mönche, eigentlich eher die Seelenqualen eines einzelnen

reichs entgegenzusehen. (Beifall.) Aber kein Gesetz sei unantastbar. Der Ministerpräsident legte Gewicht darauf, mitzuteilen, daß, falls er im Oktober 1915 die Macht noch in Händen habe, er den Jahrgang nicht entlassen werde. (Lebhafte wiederholter Beifall im Zentrum und auf verschiedenen Banken der Linken.)

Viviani wandte sich dann an die äußerste Linke mit der Frage, ob die Demokratie ihr nur das eine Mandat gebe, in der ganzen Gesetzgebung nur die Militärfrage zu betreiben. (Rufe: Gewiß, gewiß!) Viviani ging dann das Steuerprogramm und das soziale Programm durch, welches die Mitwirkung der Linken erfordert. Die republikanische Mehrheit dürfe sich nicht zersplittern lassen. Die Regierung rechne auf ihre Unterstützung. (Lebhafte Beifall auf der Linken und auf verschiedenen Banken des Zentrums.)

Ein Vertrauensvotum.

wb. Paris, 16. Juni. Nach der Debatte wurde die folgende, von Breton, Treignier und Genossen im Namen der Radikalen, der republikanischen Sozialisten und der übrigen linksrepublikanischen Gruppen eingebrachte Tagesordnung mit 370 gegen 137 Stimmen angenommen: „Die Kammer spricht der Regierung das Vertrauen aus in der Überzeugung, daß diese eine auf der Einheit der Republikaner beruhende Politik der Reformen betreibt und sich auf eine ausschließlich republikanische Mehrheit stützen wird.“ (Lebhafte Beifall auf den Banken der Republikaner.)

Das Exposé über die Finanzlage.

wb. Paris, 16. Juni. Der Finanzminister gab im heutigen Ministerrat ein Exposé über die Finanzlage. Der Anleihegeheimrat fordert die Ermächtigung zur Emission einer 3 1/2 prozentigen Rente bis zu einem Betrage von 805 Millionen Franken, von denen 800 Millionen für das Heer und die Marine und 5 Millionen Franken für Ausgaben bestimmt sind. Da das Heeres- und Marineprogramm 1 500 000 000 Franken erfordert, wird eine weitere Milliarde vom öffentlichen Kredit gefordert. Der Geheimrat spricht weiter von einem Zeitpunkt noch von Bedingungen dieser Anleihe, doch wird angenommen, daß sie 1915 erfolgt. — Nach der Vertrauensstimmung für das Kabinett brachte der Finanzminister Rouleux den Anleihegeheimrat in der Kammer ein. Diese beschloß, zur Prüfung desselben eine Kommission zu ernennen. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Das genaue Abstimmungsergebnis.

wb. Paris, 17. Juni. Nach dem amtlichen Bericht umfaßt die Mehrheit der Kammer 362 Stimmen, welche dem Ministerium Viviani ihr Vertrauen aussprach. 142 geneigte Radikale, 14 sozialistische Radikale, 20 republikanische Sozialisten, 64 Mitglieder der radikalen Linken, 56 links-republikanische, 34 Mitglieder der demokratischen Linken, 4 unabhängige sozialistische Republikaner, 3 geneigte Republikaner und 25 Wils. Gegen das Ministerium stammten folgende 101 Mitglieder der Gruppe der geneigten Sozialisten, 1 revolutionärer Sozialist, 18 geneigte Radikale, 1 gemäßigt-republikanischer, 14 Konfessionelle und 4 Wils. Der Abstimmung enthielten sich 93 Abgeordnete, der Mehrzahl nach gemäßigte Republikaner und Konfessionelle.

Frankreichs Preßstimmen.

wb. Paris, 17. Juni. Die gemäßigt-republikanischen und konservativen Blätter äußern zwar schärfere Befriedigung darüber, daß nunmehr die Durchführung des Dreijahresgesetzes gesichert ist, machen jedoch aus ihren Bedenken bezüglich des sonstigen Programms des neuen Ministeriums kein Hehl. Der „Figaro“ schreibt: Viviani war einen Augenblick lang der Dolmetsch aller Patrioten und das soll ihm hoch angerechnet werden. Aber betrachte seinen übrigen Plänen sind alle Befürchtungen gerechtfertigt. — Wie gestern in der Kammer richtete Bourgeois heute in der „Humanität“ scharfe Angriffe gegen die Regierung, indem er u. a. schreibt: Es war ein böser Tag für das Ministerium, das sich zugleich rückwärts und zweideutig gezeigt hat. Was die Stellung des Ministeriums unantastbar macht, ist der Umstand, daß es sich anscheinend auf die republikanische Mehrheit und die Kräfte der Linken stützen will und dabei durch irgend welche dem Elise gegenüber eingegangene Versprechungen gezwungen ist, für das Dreijahresgesetz eine Formel anzunehmen, die von der Mehrheit der Republikaner bekämpft wird. — Der „Matin“ stellt mit Bedauern fest, daß sich der Blois gestern gelöst hat, spricht jedoch die Hoffnung aus, daß er sich wieder von neuem befestigt und daß die Regierung das Nötige dazu beitragen werde.

Röches. Das übrige ist nur Beifall. Dom Valbafar, Herzog und Graf, ist vor zehn Jahren in die schwebenden Klostermauern geflohen, weil er an einem Abend in der Trunkenheit seinen Vater erschlug. Sein Vater wäre nicht, ließ sich nach stummem Kampfe morden, da kein Schatten des Verdachtes auf den Sohn, auf den Namen, die Ehre des Hauses fallen sollte. Ein anderer, ein Landbesitzer, wurde aufgegriffen und hingerichtet. Und an der doppelten Mutschuld trägt Dom Valbafar schwer. Seit zehn Jahren bereut er, seit zehn Jahren führt er ein Leben voll Wut und Kasteiungen, aber immer wieder zerfleischt er sich mit Anklagen und Selbstmordwürfen. Dem Prior berichtet er seine Schuld, die er in die Welt hinausgeschrien möchte. Der Prior sagt, daß sein düsteres Leben, daß diese zehn Jahre seine Schuld gelöst, daß Kom und er ihm vergeben hätten. Etwas anderes verlangt allerdings den Prior noch. Dom Valbafar zu verzeihen. Er liebt den Mörder, er ist ablig wie er und er bestimmte ihn zu seinem Nachfolger. Keinem anderen möchte er das Kloster übergeben. Dom Valbafars ewige Reue wird ihm daher unbenutzt. Die Welt soll nichts davon erfahren, wohl aber erlaubt er dem Mörder, den Mitbrüdern öffentlich zu beichten, um von ihnen gerichtet zu werden. Während der Beichte vor den übrigen Mönchen treten die Gegenfänge im Charakter der verschiedenen Brüder noch mehr hervor. Die Missetat des Vaters Thomas, sein Ehrgeiz, seine Intrigen, auf der anderen Seite aber auch die innige Liebe des jugendlichen Dom Marc zu Dom Valbafar, der für den Freund betet, für seine Schuld. Dom Valbafar wird vom Prior eine milde Strafe auferlegt: er soll unter anderem der Messe hinter dem Gitter bewohnen, von den übrigen getrennt. Da aber tritt er an das Gitter und schreit seine Schuld den Vätern entgegen. Nicht die Mönche wissen jetzt von seinem Mord, nein, auch das Volk. Und gerade das wollte der Prior vermeiden. Nun sind die Mönche des Klosters mit Blut besudelt, und dieser Schmutz kann nur entfernt werden durch die Entfernung des Sünders. Der Krummstab entgleitet den Händen des Priors, zornig wirft er Dom Valbafar hinaus. Vater Thomas aber hebt den Krumm-

England und das französische Dreijahresgesetz.

wb. London, 16. Juni. Der Liberale Bedgwood fragte im Unterhaus, ob die Regierung jemals offiziell oder inoffiziell, mündlich oder schriftlich der französischen Regierung bezug auf das französische Kabinett, einem Minister oder sonst einem französischen Regierungsbeamten gegenüber zu versichern gegeben habe, daß sie an dem Gesetz über die dreijährige Dienstzeit interessiert oder über die Annahme desselben erfreut gewesen sei oder daß sie beabsichtigt sei, es zu unterstützen, wenn das Gesetz aufgehoben würde. Sir Edward Grey antwortete: Die Anfrage ist in so weiten Ausdrücken gehalten, daß ich sie nur bezeichnen kann, soweit ich unterrichtet bin. Es ist ganz und gar nicht unsere Sache, Frankreich irgendeine Ansicht über das Dreijahresgesetz anzubieten oder auszudrücken.

Die Ereignisse in Albanien.

Die Kämpfe um Durazzo.

Die Lage in Durazzo.

wb. Wien, 16. Juni. Nach einem Radiotelegramm aus Durazzo herrscht infolge des Gewehr- und Geschützfeuers eine gellende den ganzen Tag bis zum Einbruch der Nacht andauernde große Erregung. Der Bevölkerung bedrückte sich eine Panik. Zahlreiche Familien flüchteten in die Konsulate. Einige Perubianer trat erst ein, als um 10 Uhr abends 1500 Maljoren aus Alessio eintrafen. In den Straßen streifen Patrouillen von Gendarmen und Freiwilligen umher. In mehreren Straßen wurden Barrikaden errichtet. Um 1/2 12 Uhr nachts begann abermals ein heftiges Gewehrfeuer. In den Kampf griff auch die Artillerie ein. Die Scheinwerfer der Kriegsschiffe beleuchteten die feindlichen Stellungen. Offiziere des österreichisch-ungarischen Kreuzers „Sagewar“ berichten, daß sie bei Kawaja einen Kampf beobachtet haben. Man nimmt an, daß dort die Truppen von Aziz-Bascha-Prioni in einem Kampf mit den Rebellen stehen.

Die Verluste bei Durazzo. Neue Erfolge der Regierungstruppen.

* Wien, 17. Juni. Die Verteidiger von Durazzo hatten gestern 5 Tote und 40 Verwundete. Die Verluste der Angreifer müssen namentlich infolge des Geschützfeuers sehr groß sein. Die Führer der Rebellen Sobhja und Kphela wurden verwundet und nach Durazzo gebracht. Gerichtsweise verurteilt, Kawaja sei von den Anhängern des Fürsten unter der Führung von Aziz-Bei eingenommen worden. Heute ist ein Vorrücken der Truppen aus Durazzo gegen die Hügel des Kastell beabsichtigt. 5 Dörfer, die sich im Gebiete von Kurbini im Aufstande befinden, haben sich Brant Bibdoda unterworfen. Von Skutari sind 500 Maljoren und 50 Katholiken nach Alessio abgegangen, um die dort versammelten regierungstreuen Truppen zu verstärken und den Angriff gegen die Aufständischen zu eröffnen.

Die Haltung des Fürstenpaares.

wb. Rom, 16. Juni. Das „Giornale d'Italia“ veröffentlicht eine Zuschrift aus Durazzo über die gestrigen Ereignisse, in der die tapfere und kühnblütige Haltung des Fürsten hervorgehoben wird. Dieser bewahre als guter deutscher Soldat immer seine gelassene Haltung und betrachte die Lage mit der größten Kaltblütigkeit. Die Fürstin Sofia pflegte die Verwundeten auf einem Verbandsplatze in der Nähe des Palastes. Die kleinen Prinzen und das gesamte Zivil- und Militärpersonal des Hofes seien immer im Palast, wo vollkommene Ruhe herrsche. Gegen Mittag habe der Fürst die Verteidigungslinie besichtigt. Er sei dort einige Zeit geblieben und habe sich lebhaft für alle Vorgänge des Kampfes interessiert.

Tirana zurückerobert.

A.K. Durazzo, 16. Juni. Ahmed-Bei-Mati besetzte nach einem Siege über die Aufständischen Tirana mit 1500 Mann. Ein Teil der Aufständischen, die entwaffnet wurden, erklärte sich für den Fürsten. Sie

strebten auf und hält ihn dem Prior entgegen — er wird der Nachfolger werden.

Diesen wirksamen Stoff hat der Dichter zu langvollen Versen gefügt. Die Schönheit der Sprache kommt bei dem Lesen des Buches noch weit mehr zur Geltung. Ein schöner, tiefer Gedanke reißt sich an den andern.

Die edle Dichtung hätte wohl die edelste Darstellung verdient, die es gibt: das rechte französische, die besten Schauspiel. Aber die Darsteller liehen viel zu wünschen übrig. Der Dom Valbafar des Herrn Carlo Litz konnte nicht erschnüffeln. Der Künstler verlebendigt diese Rolle nicht von innen heraus, er beherzigt sie nicht, wie er auch seine Bewegungen und die Sprache nicht völlig beherzigt. Immerhin hatte er manche guten Momente. Am besten gelang Herrn Lamarche die Verkörperung des intriganten Vaters Thomas. Die übrigen Mitglieder des Kabinetts ganz frisch vom Konservatorium zu kommen und bekannerten die schönen Verse schlecht und recht. Trotzdem sollte jeder, der Interesse für seine Literatur hat, es dankbar begrüßen, mit einem Werk des großen Dichters bekannt zu werden. B. v. N.

Kurttheater.

Mit dem ungewöhnlich feinen Schwan „Seine Kammerjäger“ von Vilhard und Hennequin (Deutsch von M. Schönauf) eröffnete gestern Abend das unter der Direktion der Regisseure Sporn Brecher und H. Sonnenthal vom k. k. Hoftheater Theater der Kaiserstadt an der schönen blauen Donau stehende „Wiener Residenz Ensemble“ ein auf mehrere Wochen berechnetes Gastspiel. Die Wiener führten sich gut ein; daß sie diesen Schwan gewissermaßen als Empfehlungsbrief benutzten, zeugt von gutem Geschmack und von einer durchaus richtigen Einschätzung des Publikums einer Provinzstadt, die nehmend Belustigung und Wohnort zahlreicher, fast aus aller Herren Ländern zugewandter gebildeter Leute ist. Wie haben es nicht selten erlebt, daß die aus den größeren Städten kommenden Theatergesellschaften das Wiesbadener Publikum zu niedrig einschätzten und ihm, oft mit ganz unzulänglichen Kräften, die

haben Ahmed-Bei-Mati, beim Fürsten um Amnestie für sie zu bitten.

Die Aufständischen bei Salona zurückgeschlagen.

A.K. Salona, 16. Juni. Die Regierungstruppen in Muzhija am Unterlauf des Semoniflusses, nördlich von Jieri, unternahmen in drei Gruppen gegen die nördlich des Flusses stehenden Aufständischen einen Angriff. Diese zogen sich auf das Kloster Ardenizo zurück, das eine ausgezeichnete strategische Position bildet. Die drei Gruppen der Regierungstruppen sollen nunmehr die Aufständischen dort konzentrisch angreifen. Unter den Regierungstruppen herrscht Mangel an Verpflegung und Sanitätsmaterial.

Der deutsche Geschäftsträger angekommen.

wb. Durazzo, 17. Juni. Der deutsche Geschäftsträger v. Duzius ist hier eingetroffen.

Der griechisch-türkische Konflikt.

Die türkische Antwortnote.

○ Pera, 17. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die Antwort auf die griechische Verbalnote ist, wie hier bekannt wird, auf einen Ton gestimmt, der zeigt, daß die Kreise am Goldenen Horn allmählich die Geduld zu verlieren beginnen. In der Antwortnote heißt es, die Türkei spreche Griechenland die Verdrängung ab, zur Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten. Andererseits halte sie die Türkei für vollst. berechtigt, von Griechenland Schadenersatz für die Mohammedaner-verfolgungen in Mazedonien zu verlangen. Infolge dieser Erklärung wird von hiesigen Kreisen befürchtet, daß Griechenland alsbald die diplomatischen Beziehungen abbrechen und die Feindseligkeiten eröffnen wird. — Nach Informationen aus Berliner ausländischer Stelle entsprechen diese Mitteilungen aber absolut nicht den Tatsachen. Würde die Antwort wirklich so ausgefallen sein, wie sie in einem Berliner Blatt angedeutet wird, so wäre sie groß und abweisend und würde den Griechen tatsächlich Grund zur Kriegserklärung geben. Im strengen Gegensatz dazu weiß man hier, daß die Türkei ihre Antwort im entgegenkommenden Sinne abfassen wird und keinesfalls eine glatte Ablehnung der griechischen Wünsche beabsichtigt.

Die Reise Talaat-Beis.

Konstantinopel, 16. Juni. Der Minister des Innern Talaat hat telegraphisch mitgeteilt, daß er sich heute früh nach Bursa begeben habe, um dort die Auswanderungsbewegung einzudämmen. Nachmittags habe er sich mit dem griechischen Metropolit nach Smyrna begeben. Die Bevölkerung sei bereits zur Auswanderung bereit auf der Bahnstation gewesen, habe sich aber, da Truppen zu ihrem Schutze unterwegs sind und 40 Erzbedienten verhaftet waren, von ihrem Vorhaben abbringen lassen. — Talaat-Bei hat den Gouverneur der Dardanellen und des Sandjak wegen Nachlässigkeit in der Frage der Auswanderung der Griechen sowie den Gouverneurstellvertreter von Alivali wegen eigenmächtigen Vorgehens seines Postens entlassen. — Die griechische Kammer hat wegen der Unsicherheit der gegenwärtigen Lage die Arbeiten für einige Zeit vertagt.

Erneute Griechenverfolgungen.

Athen, 17. Juni. Hier laufen zahlreiche Telegramme von den Gouverneuren von Mytilene, Chios und Samos ein, nach denen die Verfolgungen der Griechen erneut mit Heftigkeit eingesetzt haben. Diesmal sind den Telegrammen ringende Beschwerden der scharflichen Leiden beigegeben, denen die griechische Bevölkerung ständig ausgesetzt ist. Verschiedene Reizeleien sind vorgekommen und werden durch ausländische Zeugen bestätigt, so daß es schwer ist, an ihrer Richtigkeit zu zweifeln. Augenscheinlich ist die türkische Regierung nicht mehr Herr der Lage. Die Flüchtlinge drängen sich um den Zug Talaat-Beis und bitten um Schutz. Es bleibt ihm im Moment nichts anderes übrig, als sie zu suchen, in die Heimat zurückzuführen, da er zur Zeit nicht in der Lage ist, etwas für sie zu tun.

Serbien erklärt sich solidarisch mit Griechenland.

Konstantinopel, 16. Juni. Der serbische Geschäftsträger Georgewitsch unternahm heute einen mündlichen Schritt auf der Botschaft, der deshalb bezeichnend ist, weil er das Verhältnis zwischen Serbien und Griechenland in den Vorder-

abschließenden Schritten vorzögen, wobei sie natürlich eine glänzende Abfuhr erteilten. Da freut es einen denn, wieder einmal das Gegenteil feststellen zu können. Darf man hoffen, daß das Publikum die verständige Würdigung seines künstlerischen Kulturstandes entsprechend zu würdigen versteht?

Rum der Schwan. Der Abbot Lebrun hat als Geliebte die galante Frau des aus blinder Eifersucht durchgegangenen Herrn Legris, die sich in ihrer Verlassenheit den Namen Kelly Royer zugelegt hat. Lebrun hat auch ein Weibchen, das nicht im mindesten eifersüchtig und dabei ein bißchen zu stark hausmütterlich-konservativ veranlagt ist für einen Mann, der die Abwechslung liebt. Und der Abbot hat ferner in Fräulein Valentine Grilloles, einer blonden Freumbin seiner harmlosen kleinen Frau, eine neue Klammie entdeckt. Deshalb möchte er Kelly los sein. Wie er das macht, ist originell; der Erfolg seines Bemühens ist noch origineller. Die gekränkte Frau Royer-Legris verdingt sich als Kammermädchen bei der Frau ihres Ex-Geliebten und bringt das Meisterstück fertig. Herrn Lebrun, die Geliebte, abzugeben. Daß in derselben Zeit der Vater der Frau Lebrun, der bei dem Abbot einkehrt und daß dieser Vater kein anderer als Herr Legris ist, ist ein Zufall, der sich gar nicht über in die nette, gefällige Kombination einreicht und der Sache zu einem angenehmen und auch soweit ganz moralischen Schluß verhilft.

Die Darstellung, die im geschmackvollsten, sauberen Bühnenrahmen vor sich ging, ließ nichts zu wünschen übrig. Fräulein Seiborf war eine schneidige Kelly, während Fräulein Hildebrandt das tugend- und eheliche Abbotmädchen allerliebste darstellte. Fräulein Schittenhelm, eine hübsche Valentine, hatte weniger Gelegenheit, ihr Können zu zeigen. Herr Sonnenthal machte aus dem Abbot einen richtigen Hühner. Der Legris des Herrn Werner brachte von seiner Weltreise einen respektablen Tropenfolger mit, der im kräftigen Gegensatz zu der von Herrn Blach gut gespielten Einsalt des Lebemanns Papirette stand und daher besonders wirksam war. Stück und Darstellung fanden den wohlverdienten lebhaften Beifall.

grund stellt. Serbien spricht die Erwartung aus, daß die Lage zwischen den Griechen in Kleinasien sich möglichst bald zum Besseren wenden werde, weil sonst die dringende Gefahr eines Konfliktes zwischen Griechenland und der Türkei besteht. Die serbische Regierung betont, daß hierdurch die guten Beziehungen zwischen Serbien und der Türkei betroffen werden würden — mit anderen Worten: Serbien erklärt seine Solidarität mit Griechenland.

Belagerungszustand über Dardanellen und Smyrna.

Konstantinopel, 17. Juni. Die Regierung verordnete die Verhängung des Belagerungszustandes über die längs der Dardanellen befindlichen Ortschaften und über Smyrna.

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Der Kaiser ist um 4.55 Uhr gestern nachmittags im Sonderzug von Reuthefeld nach Wildpark zurückgekehrt und hat sich von der Fürstentation im Automobil nach dem Neuen Palais begeben.

Gestern nachmittags begaben sich die badischen großherzoglichen Herrschaften von Schloß Eberstein nach Schloß Baden, um dem König von Schweden zu seinem Geburtsfest zu beglückwünschen.

Im Besonderen des erkrankten Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Grafen v. Sömerin-Römhild, hielt auch gestern Abend die Besprechung an.

Das Befinden des Bischofs Benzler von Regensburg, der an einem schweren Magenleiden erkrankt ist, hat sich verschlimmert. Bischof Benzler hat das Regener Hospital verlassen und mußte sich nach Straßburg begeben, um dort Prof. Chret zu konsultieren.

* 32. Geburtsfest des jungen Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz. Der Großherzog Adolf Friedrich VI. von Mecklenburg-Strelitz vollendet heute sein 32. Lebensjahr. Der Großherzog, der bisher als Militärschüler à la suite der Armee stand, ist anlässlich der Übernahme der Regierung zum Obersten befördert worden.

* Keine Erhöhung der deutschen Getreidezölle? Der öfter zu offiziellen Kundgebungen benutzte „Tag“ schreibt: „Es sind Vorträge im Gange, die Reichsleitung zu bewegen, für eine Vermehrung der Minimalzölle des bestehenden Zolltarifs im Hinblick auf die bevorstehende Erneuerung der Handelsverträge einzutreten. Wie indessen bekannt, halten die maßgebenden Regierungsstellen die geltenden Minimalzölle auf Weizen, Roggen, Hafer und Gerste für ausreichend und sind nicht gewillt, eine Vermehrung solcher Minimalzölle zu empfehlen.“ Auch die hessische „Zeitung“ berichtet, es ließe sich nicht erwarten, daß in dem künftigen deutschen Zolltarif die Minimalzölle eine Vermehrung erfahren.

* Der nationalliberale Parteitag findet nicht, wie ursprünglich in Aussicht genommen, Ende September, sondern am 10. und 11. Oktober in Köln statt. Der Zentralvorstand wird am 9. Oktober in Köln zusammentreten.

* Der allgemeine deutsche Fürsorgeerziehungstag ist gestern in Halle a. S. eröffnet worden. Vertreten sind die Ministerien des Innern von Preußen, Bayern, Baden, Mecklenburg und Gotha, die Oberpräsidenten der Rheinprovinz, von Brandenburg, Sachsen und Posen, der Erzbischof von Köln und die Bischöfe von Freiburg, Baderborn, Osnabrück und Trier. Professor Förster (München) hielt den Hauptvortrag über das Thema „Autorität und Selbstregierung bei der Leitung der Jugendlichen“. Zum nächstjährigen Tagungsort wurde Stuttgart gewählt.

Parlamentarisches.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses für das Kommunalabgabengesetz legte gestern die Aussprache über die Besteuerung des Gewerbes fort. § 28 behandelt die Besteuerung der Gewerbe im besonderen. Die Nationalliberalen beantragten: Die Belastung einer Gewerbebesteuerung durch eine Sondergewerbesteuer dürfe, umgerechnet in Prozente der staatlichen Veranlagung, nicht mehr als dreimal so hoch sein als die einer anderen Klasse. Ausnahmen hiervon bedürfen der Genehmigung der Minister des Innern und der Finanzen. Über diesen Antrag entspann sich eine sehr ausgedehnte Debatte, in der besonders die Belastung der Großindustrie und des Bergbaus durch Kopfsteuern usw. erörtert wurde. Die Regierung erklärte sich grundsätzlich gegen den Antrag. Der Antrag wurde mit 14 gegen 14 Stimmen, also durch Stimmengleichheit, abgelehnt. Ein konservativer Antrag wollte den Absatz 3 des § 31, der die Filialbesteuerung behandelt, dahin abändern, daß nicht nur auswärtige Filialen, sondern auch Filialen der in der Gemeinde selbst befindlichen Betriebe anders zur Gewerbebesteuerung herangezogen werden sollen. Auch gegen diesen Antrag erklärte sich die Regierung. Welche Betriebsform für einen Kaufmann die geeignetste sei, könne nicht zur Grundlage einer Steuer gemacht werden. Auch von fortgeschrittlicher Seite fand der Antrag Gegner; es wurde besonders darauf hingewiesen, daß der Antrag eine verschärfte Besteuerung der Verkaufsstellen auch kleinerer Unternehmer zur Folge habe, so z. B. von Gärtnereibetrieben, die in der Stadt Verkaufsstellen besitzen, Kaffeebetriebe usw. Der Antrag wurde in der Schlussabstimmung angenommen und mit großer Mehrheit auch ein Zusatz des Zentrums, der verbindend soll, daß einzelne Betriebe durch Teilung eine verschiedene Abstufung der Steuern herbeiführen können. Ein fortschrittlicher Antrag wollte dem Bedenken Rechnung tragen, daß durch die Gewerbebesteuerung eine verschärfte oder ungerechte Heranziehung einzelner Betriebe erfolgen könne. Der Antrag sprach aus, daß bei Steuerordnungen nach § 31 die Zustimmung der Minister des Innern und der Finanzen erforderlich sei. Der Antrag sollte auch einer Beeinträchtigung der Konkurrenzfähigkeit von Betrieben einer Stadt gegenüber denen anderer Gemeinden entgegenwirken. Dieser Antrag wurde mit 17 Stimmen angenommen, wobei vorbehalten wurde, die Genehmigungsverhältnisse bei § 77 einheitlich zu regeln. Bei § 32 beantragten die Nationalliberalen einen Zusatz, wonach unter Tage umgebende Bergbaue oder auch unter Tage befindliche Betriebsanlagen keine Betriebsart begründen. Die Abstimmung ist in der morgigen Sitzung.

Die Wohnungsgesetz-Kommission des Abgeordnetenhauses setzte gestern vormittags ihre Beratungen fort und nahm den Artikel 3 § 3, der die Vorschriften über die Wohnungsordnung enthält, an. Abgelehnt wurde ein Antrag der Volkspartei auf Erlass von Polizeiverordnungen, betreffend Mindestforderungen an Wohn- und Unterkunftsräume für Arbeiter, die ihnen von dem Arbeitgeber als Dienstwohnung angewiesen werden; ebenso wird abgelehnt der weitere Antrag der Volkspartei, daß die Polizei für solche Wohnungen Räumungs-

kräften zur Vermeidung von Schäden festsetzen kann. Bei den Bestimmungen des Artikels 4 (Wohnungsausschuß) wird von den Nationalliberalen beantragt, die Vorschrift zu streichen, nach der die Dienstausweisung zur Ausführung der Wohnungsordnung der Zustimmung der Ortspolizeibehörde bedarf. Der Antrag wurde abgelehnt, da mit den Antragstellern nur die Volkspartei und die Sozialdemokraten stimmten. Hierauf wurde ein Antrag des Zentrums, betr. Schaffung eines Wohnungsamtes beim Handelsministerium beraten. Das Wohnungsamt soll die Durchführung des Wohnungsgesetzes einheitlich überwachen. Der Handelsminister hielt den Antrag für unnötig; die Durchführung liege bei den drei bisher mit der Sache befaßten Ministerien und werde nicht mit Nutzen einem einzelnen übertragen. Die Beratung über den Antrag kam noch nicht zu Ende; erhe ein Beschluß gefaßt wurde, vertagte die Kommission wegen des Beginns der Plenarsitzung ihre Verhandlungen auf den Nachmittag.

Das Fideikommissgesetz. In der Kommission zur Erledigung der ersten Lesung des Fideikommissgesetzes gab der Justizminister zugleich namens des Landwirtschaftsministers zur Frage der geschlichen Regelung einer entsprechenden Bindung des bürgerlichen Besitzes die Erklärung ab, die Staatsregierung sei bereit, eine dem Fideikommissgesetz entsprechende Festlegung des bürgerlichen Besitzes mit allen Kräften zu fördern. Im Rahmen dieses Gesetzes sei indessen die Lösung praktisch unausführbar; sie müsse vielmehr an die Ackerbesitzgebung angeknüpft werden. Es handle sich also darum, ein gebundenes Ackerrecht zu schaffen. Das Material dazu solle sofort mit allen Kräften beschafft werden. Wenn möglich solle die Vorbereitung dazu führen, eine Vorlage zustande zu bringen, die als ein neuer Abschnitt dem Gesetze noch eingefügt werden könne.

Ein freikonservativer Antrag, betreffend Maßnahmen gegen die sozialdemokratischen Wahlrechtsänderungen. Ein im Abgeordnetenhaus kurz vor Zerschlagung eingegangener Antrag Arentz wünscht, daß die Regierung gegenüber der sozialdemokratischen Absicht auf Erzwirkung des gleichen Wahlrechts für Preußen durch Vorbereitungen zum Wahlfreistritt alle zur Aufrechterhaltung der Autorität und der Sicherheit des Staates erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Heer und Flotte.

Der österreichische Thronfolger bei den Kaisermanövern. Aus Wien, 17. Juni, wird gemeldet: Der Erzherzog-Thronfolger begibt sich am 12. September in Begleitung des Chefs des Generalstabes, Frl. v. Conrad, des Stellvertreters des Chefs des Generalstabes, Generalmajor Höfer, sowie des Leiters der Militärkanzlei, Oberst v. Borbold, zu den deutschen Kaisermanövern, die vom 14. bis 18. September in Gießen, beginnend, stattfinden.

Großadmiral v. Tirpitz wird sich im Anschluß an die Kieler Woche nach St. Blasien zum Sommeraufenthalt begeben.

Deutsche Schutzgebiete.

Erfolgreiche Strafexpedition in Kamerun. Major Fabricius hat mit der 4. Kompanie der Kameruner Schutztruppe in der ersten Hälfte des April unter Mitwirkung der Polizeitruppe den aufständischen Eboastamm im Bezirk Sembe, der im Süden Neu-Kameruns liegt, unterworfen und die starke Bergfestung Ndia erobert. Stationsleiter Oskar Zimmermann hat dort nach der „Kamerunpost“ einen vorläufigen Vorkriegsplan der Schutztruppe eingerichtet. Die militärischen Maßnahmen haben keine Abwanderung von Eingeborenen zur Folge gehabt. Auch eine Beunruhigung der Nachbarnstämme trat nicht ein. Die Kompanie hat Anfang Mai den Bezirk verlassen.

Ausland.

Luxemburg.

Die Kammer-Stichwahlen. Luxemburg, 16. Juni. Heute fanden hier die 14 erforderlichen Stichwahlen zur Kammer statt, wobei 14 liberale und sozialistische Kandidaten gegen die Kandidaten der Rechten obsiegten. Die neue Kammer setzt sich zusammen aus: 23 Liberalen (bisher 22), 6 Sozialisten (bisher 5), 4 Unabhängigen (bisher 1) und 19 Mitgliedern der Rechten (bisher 19).

Schweiz.

Der schweizerische Schiffahrtstag. Bern, 16. Juni. Auf dem schweizerischen Schiffahrtstag wies Bundesrat Calonder auf die Bedeutung des Binnenschiffahrtsverkehrs für die Schweiz als Industriegebiet hin. Regierungsrat Dr. Roth-Berlin gab in Vertretung des Geh. Oberbaurats Schwyber einen Überblick über die technischen, finanziellen und volkswirtschaftlichen Bedingungen der Schiffahrt von Straßburg bis zum Bodensee. Er empfahl die Regulierung der Strecke Straßburg-Basel, die 20 Millionen, und die Kanalisierung der Strecke Basel-Bodensee, die 50 Millionen kosten werde. Es sei anzunehmen, daß die beteiligten Staaten drei Fünftel der Herstellungskosten beisteuern werden. Die Berechnungen hätten ergeben, daß bei mäßigen Abgaben die Aufwendungen leicht verzinst und amortisiert werden können, da jährlich etwa 3 Millionen eingebracht werden. Valner-Benf sprach über den Schiffahrtsweg zum Mittelmeer. Ingenieur Gelpke wies darauf hin, daß die Rheinschiffahrt bis Basel der schweizerischen Industrie bereits einen Nutzen von einer Million gebracht habe. — Bei der Beratung der Geschäftsberichte des schweizerischen Bundesrats erklärte das Bundesratsmitglied Calonder namens des Bundesrats, daß der Bundesrat die größte Aufmerksamkeit vorerst der Rheinschiffahrt zuwenden werde. Hier seien die Verhältnisse am meisten geklärt und infolge der Haltung Badens dränge die ganze Frage zu einer raschen Entscheidung. Das Ziel der schweizerischen Flußschiffahrtspolitik sei erstens freie Zufahrt vom Bodensee-Basel nach der Nordsee und alsdann freie Zufahrt vom Genfer See nach dem Mittelmeer.

Italien.

Eine neue päpstliche Enzyklika. Rom, 16. Juni. Wie der Vertreter der „Telegraphen-Union“ erzählt, verlautet in vatikanischen Kreisen, daß in der nächsten Zeit eine Enzyklika erscheinen wird, welche die katholische Weltanschauung und moderne soziale Fragen zum Grundgedanken haben wird.

In dem päpstlichen Rundschreiben wird der Standpunkt der Kurie in determinierten Ausführungen unter besonderer Berücksichtigung verschiedener beurteilender Standpunkte und der deutschen Verhältnisse prägnant dargestellt.

Rußland.

Rücktritt des österreichischen Vizekonsuls. Petersburg, 16. Juni. Die Meldung, daß der österreichisch-ungarische Vizekonsul Graf v. Sapari seine Stellung verlassen werde, bestätigt sich. Der Vizekonsul wird binnen kurzem hierher zurückkehren und gegen Ende des Sommers seine Entlassung nehmen.

Maßnahmen gegen den Alkoholgenuß in der Armee. Petersburg, 17. Juni. Der Kriegsminister hat Maßnahmen gegen den Alkoholgenuß in der Armee veröffentlicht.

4. Deutscher Städtetag.

S. u. H. Köln, 16. Juni.

Der zweite und letzte Tag der Beratungen des 4. Deutschen Städtetags galt dem zurzeit vielfach erörterten Thema:

„Die Verbindung von Städten und Privatkapital für wirtschaftliche Unternehmungen.“

Hierzu hatte der Vorstand des Deutschen Städtetags folgende Leitfäden aufgestellt, die der Versammlung vorlagen:

Eine Verbindung von Städten und Privatkapital für wirtschaftliche Unternehmungen wird für die deutschen Städteverwaltungen bei solchen Betrieben in Frage kommen, deren Leitung vorwiegend nach kaufmännischen oder industriellen Gesichtspunkten zu erfolgen hat. Besonders geeignet ist sie bei Unternehmungen, die den Umkreis einer Einzelgemeinde überschreiten, und in allen Fällen, in denen der Gemeinde bei eigenem Betrieb Schwierigkeiten entgegenstehen.

Auf jeden Fall erscheint es wünschenswert, daß die Kommunalverbände in den gemeinsamen Unternehmungen die Führung behalten. Die nähere Ausgestaltung der rechtlichen Beziehungen zwischen Städten und Privatkapital hängt von der Lage des Einzelfalles ab.

Der Deutsche Städtetag spricht sich aber dagegen aus, daß auf dem Wege der Reichs- oder Landesgesetzgebung bestimmte Rechtsformen oder -Normen für die Verbindung von Gemeinden und Privatkapital geschaffen werden.

Als erster Referent zu diesem Thema sprach Regierungsrat Dr. Leoni, Vizepräsident der Stadt Straßburg i. Elß. Er schilderte, wie der technische Fortschritt speziell auf dem Gebiet des Elektrizitätswesens das Bedürfnis nach neuen Wirtschaftsformen erzeugt habe. In einer Vereinigung zwischen öffentlichen Verbänden sei es zum erstenmal im Jahre 1908 bei Gründung des Verbandwerkes Arel gelungen. Gleichzeitig etwa habe Straßburg nach schwierigen Verhandlungen und eingehender Prüfung die Kommunalisierung des dortigen Elektrizitätswerks abgelehnt und sich mit der Beteiligung an dem Privatunternehmen begnügt, wobei es ihr gelungen sei, sich nicht nur weitgehende Vertragsrechte, sondern auch die Majorität des Aktienbesitzes zu sichern. Diese Vorgänge hätten vielfach Nachahmungen gefunden, so daß heute schon 71 Städte mit einem verantwortlichen Kapital von 100 Millionen an insgesamt 97 Unternehmungen dieser Art beteiligt seien. In nicht zu ferner Zeit werde es für die konsumierende Bevölkerung Deutschlands einen Unterschied von jährlich 100 Millionen Mark bedeuten, an dem Gesamtsumme Deutschlands die Durchschnittstarife der öffentlichen oder privaten Elektrizitätswerke zugrunde lege.

Der Korreferent Oberbürgermeister Bötte (Königsberg i. Pr.) schilderte die guten Erfahrungen, die man in Königsberg mit dem gemischt-wirtschaftlichen Betrieb gemacht habe.

In der Diskussion traten verschiedene Redner den Ausführungen der Referenten entgegen. Stadtverordneter Gehmann (Berlin) kann es nicht einsehen, weshalb die Städte nicht selbst mit ihren großen Mitteln Elektrizität, Gas- und andere Werke bauen sollten und betreiben, wobei der ganze Gewinn der Gesamtheit zugute käme. Auch die gesicherte Stimmenmehrheit im Aufsichtsrat werde den öffentlichen Interessen nicht das Übergewicht wahren. Nur die städtische Regie wird den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Konsumenten voll gerecht. — Oberbürgermeister Fietz (Berlin-Weidenberg) wies darauf hin, daß der preussische Staat die Eisenbahnen geradezu musterhaft verwaltet. Warum sollten die Gemeinden nicht auch können, was der Staat könne. — In seinem Schlusswort verwahrte sich Dr. Leoni gegen die Unterstellung, als ob etwa die Interessen einer privaten Gesellschaft (Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft) bis in diesen Saal reichen.

Die Leitfäden wurden schließlich angenommen, aber mit einer Einleitung, die besagt, nur so weit der rein kommunale Betrieb für industrielle Unternehmungen nicht anging, soll an Stelle der früheren Konzessionsverträge der gemischt-wirtschaftliche Betrieb in Frage kommen.

Der Vorstand wurde durch Applikation wiedergewählt, worauf der Vorsitzende die Tagung mit Dankworten an die Teilnehmer für geschlossen erklärte.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Das neue Wiesbadener Müllabfuhrprojekt.

Die Wiesbadener Müllabfuhr nach dem Hahnborn beabsichtigte gestern die vereinigten städtischen Ausschüsse für Finanzen und Reinigungswesen in Mainz. Die Regierung in Darmstadt, die die Verhandlungen mit Wiesbaden zum Abbruch gebracht sehen will, hat angefragt, ob die städtische Vertretung immer noch auf ihrem Proteststandpunkt verharre. Sie betont, daß eine Veräußerung der Müllplätze in Darmstadt und Mainz, an der der Mainzer Landtagsabgeordnete und mehrere Sachverständige teilgenommen haben, zu dem Ergebnis führten, daß die Einwände, die in hygienischer und ökonomischer Beziehung gegen die Verwertung des Hahnbornplatzes für Müllabfuhrungen gemacht worden sind, sich zum größten Teil als unbegründet erwiesen haben; daß durch entsprechende Verordnungen Bestimmungen für den Hahnborn und dessen Umgebung eine Befähigung des Publikums ummöglich gemacht werde. Es wurde ferner hervorgehoben, daß, wenn die Stadt Mainz Anspruch auf den Platz erhebe, Wiesbaden dann zurücktreten müsse. Zunächst hat die Stadt Mainz, wie in der vorgestrigen Sitzung ausgeführt wurde, eine Ablagerungsstätte für Müll, die für die Kommunen-

den 20 Jahre ausreicht. Aber abgesehen hiervon, wurden auch sachliche Bedenken erhoben. Namentlich wurde betont, ob nicht, trotz aller Vertragsbestimmungen, allerlei Belästigungen entstehen könnten. Aber selbst, wenn hierfür alle Garantie geleistet werde, könne man sich den Anschauungen der Regierung doch nicht anschließen, da bei dieser Angelegenheit auch das Volksempfinden in Betracht gezogen werden müsse. Mit Recht sei die Frage gestellt worden: „Würden denn die Wiesbadener zugeben, daß in ihrer Umgebung eine andere Stadt ihren Unrat ablade?“ Ferner sei nicht ausgeschlossen, daß innerhalb der sehr lange bemessenen Vertragsdauer (der Vertrag soll bis 1938 laufen) die Stadt Mainz sich soweit ausgedehnt habe, daß sich die Ablagerungsstätte dann in unmittelbarer Nähe von Wohnungen befindet. Aus allen diesen Gründen könne von der Regierung erwartet und verlangt werden, daß sie die berechtigten Interessen der Stadt Mainz achte und wahre, daß sie nicht wegen der in Aussicht stehenden Einnahme von 2000 M. jährlich das Empfinden der gesamten Mainzer Bevölkerung verleihe.

Der Finanzausschuss schloß sich diesen Ausführungen an, und die Mainzer Stadtverordneten, die sich demnächst mit der Angelegenheit zu befassen haben, dürften den gleichen Standpunkt einnehmen.

— **Bezirksauskunft.** In der Umfriedung des Hauses Kaiser-Friedrich-Ring 5 in Wiesbaden hat der Naturheilkundige Adolf Schröder ein großes Schild angebracht mit der Aufschrift: „Schröders Kuranstalt für das Naturheilverfahren“. Diese Aufschrift ist von der Polizeiverwaltung beanstandet worden, weil sie geeignet sei, die Meinung zu erwecken, daß es sich um eine staatlich konzessionierte Privatheilanstalt handle. Eine ihm gemachte Auflage verlangte die Entfernung des Wortes „Kur“ aus der Aufschrift. Wider diese polizeiliche Verfügung richtet sich eine von Schröder eingereichte Klage. Durch einen Vorbescheid des Bezirksauschusses ist sie abgewiesen worden, und auch auf Grund der heutigen mündlichen Verhandlung stellte sich der Bezirksauschuss auf den Standpunkt des Polizeipräsidenten. Die Klage wurde daher auch jetzt als unbegründet abgewiesen. — Frau Eugenie Wilson-Dötsch von Wiesbaden hat sich, bevor sie sich dauernd hier niedergelassen hat, schon vorübergehend hier aufgehalten. Sie ist, weil der Magistrat annahm, daß die dauernde Niederlassung bereits zu einem früheren Termin erfolgt sei, vom 1. Oktober bereits zur Einkommensteuer herangezogen worden, hält das jedoch für unbillig und klagt mit dem Antrag, den Magistrat nur für befugt zu erklären, sie vom 1. April ab zu besteuern. Der Bezirksauschuss nahm an, daß die Dame sich erst am 15. Februar dauernd hier niedergelassen habe, und erklärte sie vom 1. März an für einkommensteuerpflichtig. — Friedrich Kriege in Wiesbaden klagt wider den Magistrat wegen seiner Heranziehung zu den Kanalanschlußkosten auf Grund des Statuts vom 28. August 1908, weil schon früher für sein Anwesen Kanalanschlußkosten gezahlt seien. In Übereinstimmung mit dem Oberverwaltungsgericht aufgestellten Rechtsgrundsätzen wurde die Klage abgewiesen.

— **Die Eingemeindung Sonnenbergs.** In einigen Zeitungen ist die Nachricht verbreitet worden, daß die Eingemeindungsverhandlungen nicht so glatt vor sich gingen, weil Sonnenberg Bedingungen gestellt hätte, welche „den Bogen zu sehr überspannen“. Von zuständiger Stelle erfahren wir hierzu folgendes: Der Magistrat in Wiesbaden hat den Gemeindevorstand in Sonnenberg ersucht, Vorschläge zur Eingemeindungstrage zu machen. Diese Vorschläge hat der Gemeindevorstand von Sonnenberg pflichtgemäß zusammengestellt und dem Magistrat in Wiesbaden übermittelt. Eine Erklärung des Magistrats Wiesbaden ist in Sonnenberg noch nicht eingegangen. Demzufolge ist die Mitteilung von Schwierigkeiten, die auf der Seite Sonnenbergs gemacht werden, durchaus unzutreffend.

— **Sängerkommers.** Der „Neue Leipziger Männergesangsverein“, der aus Anlaß einer Rheinreise auch Wiesbaden besuchte und gestern Abend im Kurhaus ein Konzert gab, das wegen des plötzlich eintretenden Gewitterregens im Saal stattfinden mußte, wohnte nach dem Konzert einem vom „Wiesbadener Männergesangsverein“ ihm zu Ehren veranstalteten Sängerkommers in der „Barthburg“ bei. Die „Wiesbadener Sängervereinigung“ war ebenfalls zum Besuch aufgefordert worden, so daß sich zahlreiche Freunde der edlen Tonkunst zu der erst kurz vor 11 Uhr beginnenden geselligen Veranstaltung des gastgebenden Vereins im großen Saal des Sängerkommers eingefunden hatten. Mit herzlichen Worten begrüßte hier Dr. v. Jbell, der erste Vorsitzende des „M.G.V.“, die Leipziger Gäste; im Anschluß an seine Worte sangen die Teilnehmer den Willkommensgruß der deutschen Sänger. Namens der „Wiesbadener Sängervereinigung“ begrüßte Stadtverordneter Pink die Gäste, seine Ansprache mit einem Hoch auf die Leipziger Sänger schließend. Der Vorsitzende des „Neuen Leipziger Männergesangsvereins“ dankte für die Gastfreundschaft und die herzliche Aufnahme, die dem Verein in Wiesbaden zuteil geworden sei. Er sprach die Hoffnung aus, daß die angeknüpften Beziehungen dauernd bleiben mögen und überreiche als sichtbaren Ausdruck der Freundschaft ein großes Bild, das Rathaus in Leipzig darstellend. Zur Unterhaltung der Teilnehmer kamen Solovorträge einzelner Mitglieder zur Ausführung; auch das Singspiel des „M.G.V.“ sang einige Lieder. Der Kommers nahm einen recht harmonischen Verlauf. Gegen 1 Uhr verabschiedeten sich die Gäste, um nach ihrem Quartier in Mainz zurückzufahren. Dort findet heute vormittag eine Besichtigung der Sektellerei von Kupferberg und nachmittags ein Ausflug zum Niederrhein statt. Von dort aus begeben sich die Leipziger Sänger wieder in ihre Heimat zurück. —

— **Arbeitsjubiläum.** Auf eine 25jährige ununterbrochene Tätigkeit im Hause Rosenthal u. David (Englisches Magazin), Wilhelmstraße 44 hier, kann heute der Hausdiener der Firma Emil Schmidt zurückblicken. Der festliche Tag wurde in angemessener Weise durch Ansprache und Ehrengabe usw. festlich begangen.

— **Die Sonnenwendfeier auf dem Feldberg** wird am Abend des kommenden Samstag durch Redefolge von den drei Feldbergvereinen aus eingeleitet. Direktor Horn (Frankfurt) hält die Feuerrede und entzündet das Feuer. Feuersprüche, turnerische Verfassungen und allgemeine Lieder beschließen den ersten Teil des Festes, dem als zweiter Teil in den Feldbergvereinen Festbesuche folgen. Veranstalter der Feier ist die Ortsgruppe Frankfurt des Alldeutschen Verbandes.

— **Ein Buchmacher** wurde vorgestern hier abgefaßt, als er Werten vermitteln wollte. Eine größere Summe Geldes wurde bei ihm beklagmähmt.

— **Nach einer Hotelverpachtung.** Das Hotel- und Badehaus „Europäischer Hof“, Langgasse 32/34, das bekanntlich durch direkten Stiegenzugang mit dem städtischen

Kaiser-Friedrich-Bad verbunden ist, geht am 1. Juli an die Herren John Spedner (Wiesbaden) und Jean Döcher (Frankfurt a. M.) über. Das Hotel ist vollständig neu renoviert und mit jedem Komfort der Neuzeit ausgestattet.

— **Ein Kellerbrand** entstand gestern nachmittag in dem Hause Friedrichstraße 53. Die Feuerwehr wurde des Brandes bald Herr. Der Schaden ist gering.

— **Kurhaus.** Infolge ungenügender Beteiligung muß die für morgen Donnerstag vorgesehene Rheinfahrt der Kurverwaltung ausfallen. — Das nächste große Gartenfest mit Ballonfahrt der Aeronautein Rühchen Kausus und abendlichem Feuerwerk findet am Sonntag dieser Woche im Kurgarten statt.

— **Tagblatt-Sammlungen.** Dem Tagblatt-Verlag gingen zu: Für Sommerfeste armer Kinder: von Frau M. M., Götzenstraße, 4 M., von Rechnungsrat M. 5 M., von W. 2. 4 M.

Musik- und Vortragsabende.

— **Kurhaus.** Unter einem fürstlichen Donnerwetter wurde gestern das großartigste „Vokal- und Instrumentalkonzert“ in den großen Saal verlegt. Für den zur Mitwirkung berufenen „Neuen Leipziger Männergesangsverein“ war es nur zum Vorteil: die Chordarbietungen gewannen dadurch an Eindringlichkeit. Der Verein trat in einer Zahl von fast 200 Sängern auf, welche der klar und ruhig dirigierende Chorleiter Herr Max Ludwig mit fester Hand zusammenhielt. In den zum Vortrag gebrachten Chören erreichte durchgängig die Kraft und Frische, aber auch die wohlklingende Weichheit des Stimmklanges und eine unfehlbare musikalische Sicherheit in der gesamten tonalen und technischen Ausgestaltung. Die dominierten Schattierungen erschienen äußerst geschmackvoll gefordert und ergaben sich natürlich und ohne viel Hinkeln oder Geziertheit. Gleich der erste Beethoven'sche „Hofgesang“ und darnach ein achtmittiges „Graduale“ von Ed. Grell waren durch die langliche Macht von imposanter Wirkung. Die Schwierigkeiten im Segarschen Chor „Totenbott“ wurden mit gleichsam selbstverständlicher Leichtigkeit überwunden. Sehr schöne Wirkungen ergab die Leipziger Verein mit einem interessanten „Selbstgespräch“ von Karl Kämpf, und in höchst stilvoller Weise schlug der Chor „Deutschland, sei wach“ von J. Scheffer ein. Zum Schluß gab es noch einige deutsche Volkslieder, die in gewohnter Art anstehen. Dem Verein wurde seitens des hochgeehrten Dirigenten Herr Ludwig der größte Beifall zu teil: der verdienstvolle Dirigent Herr Ludwig mußte wiederholten Herbeirufen Folge leisten. Das Kurorchester unter Leitung des Konzertmeisters Herrn Ad. Schiering feierte einige Klammern seines Repertoires zum Konzertprogramm bei und erntete ebenfalls lebhafteste Zustimmung. —

Provinz Hessen-Nassau.

Regierungsbezirk Wiesbaden.

— **Verband der Weinhandler des Rhein- und Maingaut.** F. C. Rüdesheim a. Rh., 16. Juni. Der Verband der Weinhandler des Rhein- und Maingaut hielt heute in Rüdesheim seine Generalversammlung ab. Nach dem Geschäftsbericht des Jahres 1913 dem Verband keine Veranlassung zur Zufriedenheit. Die Ernte des Jahres 1913 war außerordentlich gering in Quantität und Qualität, die 1911er, die jetzt wenigstens in den Mittelweinen, auf der Höhe ihrer Entwicklung angelangt sind, beherrschen noch immer den Weinmarkt. Die Preise der 1911er sind außerordentlich hoch, und nur eine ganz besonders reiche Ernte könnte den Weinmarkt mehr beleben. Da aber die Weinrenten im allgemeinen nicht so zeit und selbständig sind, daß der Handel dem Geschmack des Publikums gerecht werden kann, sollte hier die Gefährdung eingreifen und gestalten, diejenigen Ernten, die keine reifen Weine gebracht haben, ausreichend zu verbessern.

Sport und Luftfahrt.

Pferderennen.

— **Hannover, 16. Juni.** Bahnenwälder Sandilap. 7200 M. 1. Friedbergs Astoria (Gade), 2. Ronolag, 3. Verbecher. 16:10; 13; 27:10. — Preis der Stadt Hannover. 25000 M. 1. D. Weltens Wini (Gibian), 2. Bracing Air, 3. Kotelek. 130:10; 40; 10; 21:10. — Preis vom Hämmerhof. 5000 M. 1. Gelf. Wadib' Weidelmünde (Warne), 2. Mattenfänger von Sameln, 3. Saint Gabriel. 24:10; 15; 14:10. — Ecolog-Sandilap. 6000 M. 1. St. Kantenborffs Blad Swan (Lorlo), 2. Baltimore, 3. Antag. 28:10; 23; 23; 35:10. — Grunewald-Jagdrennen. 3000 M. 1. Nittm. v. Rosenbergs Boigt (Ref.), 2. Hausfrau, 3. Roman. 23:10; 11; 11:10. — Dölleb-Jagdrennen. 2000 M. 1. Graf El. Westbalens Emir (St. von Scholtis), 2. Umbine, 3. Rirwana. 48:10; 18; 10; 26:10. — **Engbien, 16. Juni.** Prix du Luerch. 3000 Fr. 1. B. Klatmanns Reerimonde (E. Ferrer), 2. Syha, 3. Vabiru. 151:10; 32; 30; 17:10. — Prix de l'Angoumois. 4000 Fr. 1. Perler's Lucie Dumbia (R. B. Paffus), 2. Le Charmeur, 3. Ondée 2. 97:10; 30; 53; 44:10. — Prix du Debut. 20000 Franken. 1. Ch. Richards Bourne (Deab), 2. Refo, 3. Galista. 174:10; 30; 53; 18:10. — Prix de la Rive. 4000 M. 1. Ch. Profettes Salika (R. Williams), 2. Sirtus 2, 3. Kolah. 173:10; 32; 21; 30:10.

— **Radspport.** Der Radfahrverein „Frisch auf“ Eberheim beteiligte sich an dem Sportfest zu Amöneburg und errang im Kurzfahren, Abteilung 1, mit 28 Fahrern den ersten Preis und im Kunstfahren ebenfalls den ersten Preis.

— **Segelregatta.** Kiel, 16. Juni. Bei der zweiten Regatta auf der Kieler Förde um den Belgienpreis wurde die Yacht „Ise 4“ (Hamburger Seglerverein) Erster, „Dajazzo“ (Rübecker Yachtclub) Zweiter, „Aurbug“ (Königlich Dänischer Yachtclub) Dritter und „Margarete“ (Kieler Seglervereinigung) Vierter.

— **Der französische Marathonlauf.** Der jetzt als Vorprüfung für das gleiche Rennen bei der Berliner Olympiade 1916 in Paris stattfand, sah 30 Teilnehmer am Start. Bemerkenswert ist, daß die beiden Ersten Regier sind, was auf ganz besondere Schnelligkeit und Ausdauer der Nordafrikaner schließen läßt. Der erst 18jährige, aber seit 3 Jahren als Läufer erfolgreiche Mouloud Nigier siegte in 2 Stunden 42 Min. vor seinem Landsmann Djebella, der 4½ Minuten mehr für die 42 Kilometer lange Strecke gebraucht. Dritter wurde der Franzose Dupont nach 2:50:50 vor Sanchez-Oran in 2:58:00.

— **Law-Tennis.** Bei dem internationalen Lawn-Tennis-Turnier in Lyon feierte der Deutsche H. Kleinschroth im Herren-einzelkampf, in dem er in der Schlussrunde den Franzosen Gault mit 6-2 6-2, 6-2 besiegen konnte. Mit Vidal zusammen besaßen auch der Deutsche im Herren-doppelspiel über die Franzosen Gault-Boulin mit 7-5, 2-6, 3-6, 7-5, 6-2 den ersten Platz.

— **Internationaler Olympia-Kongress in Paris.** Am Dienstag wurde der Kongress unter abwechselndem Vorsitz von Baron de Courbetin und Geheimrat Dr. Dornier fortgesetzt. Bemerkenswert ist, daß die deutschen Wünsche bisher großes Engagement gefunden und immer eine Majorität erzielt. Vor allem fand der Antrag Deutschlands Annahme, die Nationalitätenfrage betreffend, nach welchem entgegen dem bisherigen Gebrauch nur politische Nationen als Einheit bei den olympischen Spielen vertreten sein können. Nach diesem Beschluß können also weder die

Fischchen noch die Finnländer als gesonderte Gruppen an den olympischen Spielen teilnehmen. Der Antrag erregte zwar heftige Debatten, fand aber schließlich eine Mehrheit zur großen Freude der österreichischen Delegierten. Einstimmig angenommen wurde auch der Antrag Deutschlands, daß nur Staatsangehörige als Naturalisierte einer Nation für diese Nation können. Wer jedoch einmal an einer Olympiade teilgenommen hat, darf später nur noch für dieses Land starten. In der Amateurfürage zog Deutschland seine Definition zugunsten Englands zurück, nach der in allen Sports die jeweiligen Amateurgesetze der internationalen Verbände Gültigkeit haben sollen. Wo solche fehlen, sollen bis zum 30. Juni 1915 besondere Vereinbarungen erfolgen. Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Am Nachmittag wurden die 350 Delegierten aller Länder vom Bürgermeister im Rathaus empfangen und abends das Baron de Courbetin im Automobilklub den Vertretern ein Festessen.

— **Eine Nachtfahrt des neuen Marineluftschiffs.** Hamburg, 16. Juni. Das Marineluftschiff „L. III“ führte in der vergangenen Nacht eine längere Übungsfahrt aus, die von 12 Uhr nachts bis 9 Uhr morgens dauerte. Die Fahrt führte über Travemünde nach der Ostsee bis zum Oester Feuer-Schiff, und dann über Kiel zurück nach Hamburg. An der Fahrt nahm Vizeadmiral Schmidt, Inspektor der Marineartillerie, mit seinem Stab teil.

Unwetter-Nachrichten.

Die gestrigen Wolkenbrüche.

hd. Mainz, 17. Juni. Gestern sind in der Westgemarkung von Mainz im Vorort Gonsenheim schwere Wolkenbrüche niedergegangen. Das Wasser steht in einigen Straßen 1 Meter hoch. In Gonsenheim stehen 40 Häuser unter Wasser. Einige mußten wegen Einsturgsgefahr geräumt werden. Bei der Vorort- und Staatsbahn ereigneten sich drei Dammrutsche. Beide Strecken sind unterbrochen.

Großes Unwetter in Kurheffen.

wb. Kassel, 17. Juni. In einem großen Teil Kurheffens und den angrenzenden Gebieten richteten gestern wolkenbruchartige Gewitterregen schweren Schaden an. In vielen Orten wurden Feld- und Gartenfrüchte durch schwere Hagelschläge vernichtet oder durch die Flut der über die Ufer getretenen Wasserläufe mit fortgerissen. In der Nähe von Kassel wurden die Bohnenfelder geräumt. In der Homberger Gegend lag der Hagel 5 Zentimeter hoch. Der Hagel schädigte in mehreren Ortschaften Anwesen ein. In Naumbach schlug der Hagel in das Stationsgebäude ein und tötete ein Kind des Vorstehers. Ein zweites Kind wurde verletzt. In Wilsdorf erschlug der Hagel zwei italienische Arbeiter. In Solz bei Bebra wurde ein 20jähriger junger Mann durch den Hagel getötet.

ss. Schwetzingen, 16. Juni. Heute vormittag fuhr bei einem Gewitter ein Blitzstrahl in eine Schaar spielender Kinder aus dem benachbarten Dorf Kallstedt. Die 13jährige Tochter des Gutsbesitzers Behnke aus Kallstedt wurde sofort getötet. — Gestern Abend wurde in der Nähe von Gerstungen an der Werra der 40jährige Arbeiter Winter auf dem Feld von einem Blitzstrahl getötet. Seine Frau und sein Kind, die sich bei ihm befanden, wurden zwar betäubt, befinden sich jedoch auf dem Wege der Besserung.

hn. Wilsdorf, 16. Juni. Vorgestern mittag ging ein Gewitter über unser Dorf nieder, wobei der Hagel in die Befahrung des Lehrers A. D. Rüder einschlug, glücklicherweise ohne zu zünden. Der Mann wurde bis zum Kopf abgeschlagen und das ganze Haus von oben bis unten total zerstört. Menschen wurden glücklicherweise nicht verletzt.

wb. Pforzheim, 17. Juni. Gestern Abend um 8 Uhr ging bei Mülhausen an der Wurm ein Wolkenbruch nieder, der die Wurm zu einem reißenden Strom machte, so daß sie alles Vorland überflutete. Die Holzbrücke bei Steinegg wurde bereits zerstört, während die Mühlen im Mürtal bedroht sind. Die Wurm, die Wogolb und die Enz führten große Mengen von Treibholz. Die gesamte Pforzheimer Feuerwehr ist alarmiert worden. Es regnet weiter.

wb. Schwetzingen, 17. Juni. Bei dem gestrigen Gewitter wurde auf einer Baustelle der Eisenbahnbetriebswerkstätte der 38 Jahre alte Polier Haller aus Bernheim durch einen Blitzschlag getötet.

— **Ein Wolkenbruch in Stuttgart.** Stuttgart, 17. Juni. Der heftige Wolkenbruch, der in der Stadt und in der Umgebung großen Schaden anrichtete, die Vororte im Südosten wurden durchwegs überflutet, und fast überall drang das Wasser nicht nur in die Keller, sondern auch in die niedrig gelegenen Wohnungen, besonders in Siedelungen, wo eine Eisenbahnbrücke weggerissen und das Straßenbahngeleise zerstört wurde. Die Ernte wurde vernichtet. Auch Kammstätt wurde hart mitgenommen. In Groß-Enzhausen aufnahmen sind nahezu 400 Weidauer auf der Feuerwache eingekerkert, wobei es sich durchweg um Wasserflüchtlinge handelte. Die Orte auf den Hildern haben ebenfalls schweren Schaden gelitten. Die Hildernbahn war an einzelnen Stellen bis zu einem halben Meter überschwemmt. Verluste an Menschenleben sind jedoch nirgends zu verzeichnen.

— **Die Pariser Wasserfatale.** Paris, 17. Juni. Infolge der letzten Unwetter bildete sich ein 5 Quadratmeter großes Loch von zwei Metern Tiefe auf dem Place de la Vierge über den Arbeiten zur Untergrundbahn. Zwei andere Einstürze wurden an der Weckreuzung der Guckelshofstraße und an der Place de la Rame festgestellt. Die technischen Beamten versichern, daß keinerlei Gefahr bestehe.

— **Mischling in ein französisches Militärlager.** Arcis-sur-Aube, 17. Juni. Während eines schweren Gewitters, das gestern über die Gegend niederging, hat der Hagel an mehreren Orten geschadet. Im militärischen Lager von Mailly hatten vier Soldaten vor dem Gewitter in einem Kiste Schutz gesucht, als ein starker Donnerschlag erfolgte. Als man berbeilete, fand man vier Soldaten betäubt am Boden liegen. Einer von ihnen war tot, die anderen drei waren so schwer verletzt, daß man sie ins Militärhospital bringen mußte. An ihrem Aufkommen wird gezweifelt.

Neues aus aller Welt.

— **Schwere Betriebsunfälle.** Köln, 16. Juni. Bei der Explosion eines Kessels in der Fabrik der Firma Horn, G. m. b. H., wurde der Arbeiter Walter getötet, ein anderer schwer verletzt. — **Sagen (Weßfalen), 16. Juni.** Der Bauunternehmer Rathke wurde heute beim Betreten eines Raumes von einem herabfallenden Balken am Kopf getroffen und war nach wenigen Minuten tot. — **Düsseldorf, 16. Juni.** In der hiesigen Maschinenfabrik an der Rathenstraße wurden durch Umstürzen zweier Panzerplatten zwei Arbeiter tödlich verletzt.

— **Zum Zusammenbruch der Elbinger Vereinsbank.** Elbing, 16. Juni. Direktor Hein von der in Konkurs geratenen Elbinger Vereinsbank wurde, der „Elbinger Zeitung“ zufolge, verhaftet. Während der Aufsichtsrat der ebenfalls in Konkurs geratenen Schenkens Schiffswerft der Bank einen äußerst Kredit von nur 20000 M. ausbezahlt hatte, ist es auf Hein

zurückzuführen, daß die Firma nach und nach einen Kredit bis zu 750 000 M. erhielt, worauf der Zusammenbruch erfolgte. **Schwerer Unfall durch Unachtsamkeit.** Lüttich, 17. Juni. Infolge Beispiels eines Baggers entstand in der letzten Etage einer Spinnerei Feuer. Durch den Anbruch der Flammen erlitten, führten sich die Arbeiterinnen auf das Dach eines benachbarten Gebäudes. Dabei fiel eine von ihnen auf ein Glasdach und wurde sofort getötet. Eine andere Frau fiel auf eine Plattform und erschütterte sich den Kopf. Weitere 30 Frauen wurden familiär mehr oder weniger schwer verletzt.

200 eingeschlossenen Vergleite gerettet. London, 17. Juni. 200 Vergleite wurden gestern durch einen Einsturz in den Kohlengruben von Northham 20 Stunden lang eingeschlossen. Die Rettungsmannschaften arbeiteten mit fieberhafter Anstrengung ununterbrochen, bis es gelang, einen Durchbruch zu schaffen und die eingeschlossenen zu befreien.

Polenische Fabrikexplosion. Petersburg, 17. Juni. In einer Zellulosefabrik in Krasnoj in der Nähe des Ladogasees Gefährliches fand gestern eine furchtbare Explosion statt, die das ganze Gebäude in ein Flammenmeer hüllte. Unter den Arbeitern brach eine Panik aus. Wieber konnten aus den ersten 168 gelöschten Trümmern vier Tote hervorgezogen werden. 16 Personen haben tödliche Brandwunden erhalten. Insgesamt sollen 50 Arbeiter den Tod bei der Katastrophe gefunden haben.

Letzte Drahtberichte.

Die religiöse Ordensvorlage in Hessen.

Wb. Darmstadt, 17. Juni. Die Zweite hessische Kammer trat heute vormittag in die Beratung der Regierungsvorlage, betreffend die Revision der Gesetze über die religiösen Orden und ordensähnlichen Kongregationen, ein. Zur Begründung der Vorlage ergriff der Minister des Innern v. Somboldt zu Bach das Wort, um den falschen Schlüssen und übertriebenen Befürchtungen entgegenzutreten, die sich in evangelischen Kreisen an die Einbringung der Vorlage geknüpft hatten. Namentlich trat er der Befürchtung entgegen, daß durch die Bestimmung, wonach Niederlassungen von religiösen Orden usw., deren Mitglieder sich ausschließlich der Seelsorge widmen, gestiftet werden, die Rückkehr der Jesuiten ermöglicht werde. Die Rückkehr der Jesuiten sei und bleibe nach dem bestehenden Gesetz ausgeschlossen und werde auch durch diese Vorlage nicht ermöglicht. Sodann trat der Minister dem Vorwurf entgegen, daß die Regierung sich durch diese Vorlage staatlicher Hoheitsrechte begeben. Die vorhandenen Bestimmungen reichten vollständig aus, um etwaigen Übergriffen der Orden entgegenzutreten. Von diesen Bestimmungen habe die Regierung übrigens nicht nötig gehabt, Gebrauch zu machen, da es im Interesse der Orden selbst liege, alles zu vermeiden, was in weiteren Kreisen Anstoß erzeuge. Daß Proteste aus evangelischen Kreisen kommen würden, habe man vorausgesehen; überrascht habe nur die große Zahl der Proteste. Da es sich aber um eine konfessionelle Frage handelt, in der eine Einigung nicht zu erzielen sei, so sei es um mehr Aufgabe der Regierung, alle religiösen Streitigkeiten und Spaltungen zu vermeiden und den Frieden zu wahren. Die Regierung habe geglaubt, mit dieser Vorlage berechtigten Klagen aus katholischen Kreisen abzuwehren, wobei sie die einstimmige Zustimmung der Kammer erhalten habe. Wenn einerseits aber die Konfessionen als unzulänglich bezeichnet werden und der Regierung andererseits vorgeworfen wird, daß sie sich staatlicher Hoheitsrechte begeben, so werde ihr das Bestreben, den konfessionellen Frieden zu wahren, erschwert. Die Regierung glaube, daß trotz des ausgebrochenen Sturmes es noch möglich sein werde, den konfessionellen Frieden zu erhalten, wenn man mit Sachlichkeit und ohne Voreingenommenheit und mit Sinterhaltung aller Parteinteressen an die Beratung der Vorlage herangehe, und von der Überzeugung ausgehe, daß sie dem Wohl des Landes und der Erhaltung des religiösen Friedens diene.

Das Disziplinarverfahren gegen Kreisdirektor Wahl eingeleitet.

S. Straßburg, 17. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Das gegen den früheren Kreisdirektor von Zabern Wahl eingeleitete Disziplinarverfahren ist eingeleitet worden. Wahl hatte das Disziplinarverfahren gegen sich selbst beantragt. Er war seinerzeit, als die Zabernaffäre einen so großen Umfang annahm, nach Thann verbannt worden.

Die Eröffnung des Hohenzollerkanals.

Wb. Rieberstein, 17. Juni. Die Eröffnung des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin begann um 11 Uhr mit einer Feier bei dem großen Seebewert. Minister von Breitenbach hielt eine Rede, die mit einem Hoch auf den Kaiser schloß. Darauf erklärte der Kaiser, der mit dem Prinzen August Wilhelm erschienen war, mit Worten des Dankes an alle, die an dem Werke mitgeholfen haben, den Großschiffahrtsweg, der bekanntlich den Namen „Hohenzollerkanal“ führen soll, für eröffnet.

Zur Lage in Albanien.

Berlin, 17. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Zu der Situation in Albanien erklärt man an Berliner unterrichteter Stelle, man sei erfreut über die Wendung, die die Dinge genommen hätten, und begrüße es, daß der Fürst offenbar Herr der Situation geblieben sei. Zu irgend einem Eingreifen der Großmächte oder einer Änderung ihrer bisherigen Haltung liege kein Anlaß vor. Wenn heute in Berliner Zeitungen die Vermutung ausgesprochen wird, die Kriegsschiffe der Großmächte würden eventuell alsbald in die Ereignisse eingreifen, so ist das zweifellos ein Mißverständnis. Die Entsendung der Kriegsschiffe erfolgte, wie immer wieder betont werden muß, nur zu dem Zweck einer moralischen Demonstration der Mächte zugunsten des von ihnen eingesetzten Fürsten, und nur im Notfall sollten die Kriegsschiffe dazu dienen, dem Fürsten und seiner Familie eine Zufluchtstätte zu bieten.

Der Zeichner Billy kein Deutscher, sondern Franzose.

Paris, 17. Juni. Nach einer Meldung aus Toul hat die Untersuchung ergeben, daß der Zeichner Billy französischer Staatsangehöriger ist und sich der Militärpflicht entzogen hat. Billy, der bereits freigesprochen worden war, aber von neuem verhaftet wurde, wird als Militärflüchtling vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

verwalter mit, daß außer den gezahlten 50 Proz. noch 25 bis 30 Proz. zu erwarten sind. Die Abwicklung werde sich aber mehrere Jahre hinziehen, da jetzt ein Verkauf der Grundstücke zu angemessenen Preisen nicht möglich ist.

Berg- und Hüttenwesen.

* Die Erneuerungsverhandlungen des Walzdrahtverbandes. In der gestrigen Mitgliederversammlung des Walzdrahtverbandes wurde die Abrechnungsfrage, die noch einen Differenzpunkt zwischen den einzelnen Gruppen des Verbandes bildet, behandelt. Obgleich man auf dem Wege einer Verständigung ist, wurde eine vollständige Lösung der Frage noch nicht gefunden. Die Verhandlungen werden zunächst in Kommissionen fortgesetzt und in etwa 14 Tagen soll eine neue Vollversammlung stattfinden.

Industrie und Handel.

* Zum Fall Ohles Erben. Die Erklärung des Aufsichtsrates, daß der Verlust noch um 200 000 M. höher zu veranschlagen sei, sowie eine neuerliche Mitteilung des Direktors, die dem Aufsichtsrat einen nicht unbeträchtlichen Teil der Schuld beimißt, hatten an der Berliner Börse ein neuerliches tiefes Mißtrauen zur Folge. Die Aktien, die am Montag noch 94 Proz. notierten, waren im freien Verkehr mit 85 bis 80 Proz. angeboten; der offizielle Kurs stellte sich auf 84 Proz. Nachdem jetzt der Verlust ca. 1 1/2 Mill. M. beträgt, ist nicht mehr daran zu zweifeln, daß eine größere Unterbilanz vorhanden sein wird, und das Unternehmen einer Reorganisation durch Zuführung neuer Mittel, sei es durch Kapitalerhöhung oder durch Zuzahlung auf die Aktien, unterzogen werden muß. Der Verlust der Gesellschaft wird sich wahrscheinlich noch weiter vergrößern, da der Zinnspreis an der gestrigen Londoner Metallbörse einen neuen Preissturz erfuhr. — Breslau, 17. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der kaufmännische Direktor der Chemischen Fabrik Ohles Erben, A.-G., Loeffler, hat Aufnahme in einer Nervenheilanstalt gefunden.

* Konkurs einer Phonolithgewerkschaft. Über das Vermögen der polnischen Gewerkschaft „Graf Gleichen“ in Köln, Repräsentant Dr. Ludwig Voß in Frankfurt a. M., ist der Konkurs eröffnet worden. Das Unternehmen ist hervorgegangen aus den Kempenicher Phonolithwerken. Es förderte Phonolith, das als Ersatzmittel für Kali angepriesene Erzeugnis. Die Betriebsanlagen befinden sich bei Kempenich im Brohlthal. Bei der Gründung der Gewerkschaft war eine Dürener Gruppe hauptbeteiligt.

Verkehrswesen.

w. Die Hamburg-Amerika-Linie eröffnet Anfang Oktober den ostasiatischen Dienst mit Passagierdampfern mit dem Dampfer „Fürst Bismarck“. Der Dampfer ist 1906 gebaut, hat eine Größe von etwa 8500 Bruttoregistertonnen und eine Geschwindigkeit von etwa 15 Meilen und ist mit einer erstklassigen Kajüteeinrichtung versehen.

w. Orientbahn-Gesellschaft. Wien, 16. Juni. Die im Vorjahr in den Besitz der Orientbahn-Gesellschaft übergangene Salonik-Monastir-Eisenbahn-Gesellschaft verteilt aus einem Reingewinn von 444 888 Fr. wiederum 6 Proz. Dividende auf die Vorzugsaktien und 2 1/2 Proz. auf die Stammaktien. Dem ordentlichen Reservefonds wurden 7577 Fr. überwiesen und 4734 Fr. auf neue Rechnung vorgetragen. Die ausstehenden Mitglieder des Verwaltungsrats Dr. Wilhelm Ritter von Adler, Bankdirektor Dr. Karl Helfferich, Direktor J. Müller, Hofrat Semund von Thaly und Vizepräsident A. v. Ullmann wurden wieder sowie Exzellenz Freiherr v. Call und Prof. Dr. Julius Landsberger wurden neugewählt.

Wetterberichte.

Deutsche Seewarte Hamburg.

17. Juni. 8 Uhr vormittags.

1 = sehr leicht, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = sehr stark, 8 = Sturm, 9 = Orkan, 10 = heftiger Sturm.

Beobachtungs-Station.	Barom.	Wind-Richtung u. Stärke.	Wetter.	Therm. in Grad Celsius.	Beobachtungs-Station.	Barom.	Wind-Richtung u. Stärke.	Wetter.	Therm. in Grad Celsius.
Borkum...	761,9	NNW 3	bedeckt	+13	Sollby...	764,5		wolkig	+13
Hamburg...	762,5	SW 3	Regen	+13	Aberdeen...	764,1		heiter	+16
Swinemünde...	762,2	NNO 2	bedeckt	+13	Paris...				
Wien...	757,9	NO 2	halbed.	+11	Wien...	764,4	NNW 1	bedeckt	+13
Aachen...	765,0	NW 2	bedeckt	+10	Christiansund...	762,2	NO 1	wolkig	+11
Hannover...	762,0	W 3		+12	Skagen...	760,4	O 4	bedeckt	+15
Köln...	760,8	SW 2		+12	Kopenhagen...	760,0	OSO 2		+11
Greifswald...	760,2	NW 3	halbed.	+12	Stockholm...	711,9	NNO 2		+11
Breslau...	758,2	NW 2	wolkig	+12	Apparada...	762,0	SW 2	halbed.	+12
Metz...	763,4	NW 2	bedeckt	+14	Petersburg...	760,5	NNO 1		+12
Frankfurt...	762,7	NO 1	Dunst	+15	Warschau...	757,3	OSO 1	wolkig	+20
Karlsruhe...	763,7	SW 2	bedeckt	+16	Wien...	763,8	W 4	wolkig	+18
München...	762,6	W 4		+12	Wien...	764,1	NO 1	halbed.	+16
Zugspitze...	531,6	NNW 6	Nebel	+1	Florenz...	762,6	SW 1	bedeckt	+15
Valencia...					Seydlitz...	729,0		wolkig	+12

Beobachtungen in Wiesbaden

von der Wetterstation des Physikal. Vereins für Nassau.

16. Juni	7 Uhr morgens.	3 Uhr nachm.	9 Uhr abends.	Mittel.
Barometer auf 0° und Normalschwere	749,5	748,8	749,7	749,7
Barometer auf dem Meerespiegel	750,6	751,7	750,8	751,7
Thermometer (Celsius)	16,4	21,2	11,9	17,4
Dunstspannung (mm)	11,7	10,3	12,6	11,5
Relative Feuchtigkeit (%)	84	71	93	82,7
Wind-Richtung und -Stärke	W 1	W 1	N 2	—
Niederschlagshöhe (mm)	—	0,0	15,7	—
Höchste Temperatur (Celsius)	21,5			
Niedrigste Temperatur		12,7		

Wettervoraussage für Donnerstag, 18. Juni 1914.

von der Meteorologischen Abteilung des Physikal. Vereins für Nassau.

Wolkig, zeitweise heiter, trocken, warm, schwache nordwestliche Winde.

Wasserstand des Rheins

am 17. Juni:	am gestrigen Vormittag
Biebrich. Pegel: 2,99 m	gegen 2,90 m
Caub. „ 2,70 m	„ 2,61 m
Malsz. „ 2,38 m	„ 2,27 m

Reklamen.

Schwerhörige

und die Herren Aerzte bitten wir, unseren Sachverständigen zu besuchen, der am Donnerstag, den 18. Juni 1914, von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags in

Wiesbaden, Sendigs Eden-Hotel

unsere von ärztlichen Autoritäten empfohlenen Hörapparate kostenlos und unverbindlich vorführt.

Wir machen besonders auf unsere speziell für Theater, Konzerte, Versammlungen etc. neu konstruierten Instrumente aufmerksam.

Deutsche Otophone Company G. m. b. H.

Frankfurt a. M., Bockenheimer Anlage 50.

Stadtvertreter werden gesucht. F65

Verschiedenes.

Vom Kartoffelhandel. Düsseldorf, 16. Juni. Hier hat kürzlich in der städtischen Tonhalle der vom Deutschen Kartoffelgroßhändler-Verband (Sitz Düsseldorf) veranstaltete erste Sachverständigenkursus stattgefunden. Derselbe wurde mit einem Referat von Karl Häbich (Ulm) über die Sortenlehre der Kartoffeln eingeleitet. Die Vorträge über Kartoffelkrankheiten sowie Sastenanerkennung hatte Geh. Reg.-Rat Dr. Appel (Berlin) übernommen. Jos. Wimmers (Düsseldorf) gab eine systematische Anleitung für fachgemäße Untersuchung von Kartoffelsendungen, während Verbandssyndikus Dr. Schade (Düsseldorf) die rechtlichen und organisatorischen Grundlagen des Sachverständigenwesens in der Kartoffelbranche behandelte. Durch den Sachverständigenkursus, bei dem aus allen Teilen des Reiches und dem Ausland Vertreter zugegen waren, hat sich die Notwendigkeit einer Wiederholung derartigen Veranstaltungen herausgestellt, weshalb für den Herbst ein zweiter Kursus in Berlin in Aussicht genommen ist.

Wiener Schab- und Ledermesse.

Die Beteiligung von Seiten der interessierten Branchen an der vom 22. bis 29. August d. J. stattfindenden Messe ist heute schon eine so große, daß ein Zubau zu den vorhandenen Räumen erfolgen muß, obwohl die Stadtgemeinde auch schon die Zedlitzhalle kostenlos für den gedachten Zweck zur Verfügung gestellt hat. Bisher haben 60 Lederfabrikanten des In- und Auslandes, 75 Schuhfabrikanten aus Österreich und Ungarn, 40 Firmen der Schuhmachereubehörbranche und nahezu alle größeren Fabriken der Ledergeratanerbranche insgesamt 220 Firmen, ihre Beteiligung an der Messe angemeldet; auch für die Maschinenabteilung sind, und zwar fast durchwegs aus dem Auslande, schon zahlreiche Anmeldungen eingelaufen. Während der Messe werden 12 Tagungen der Schuh- und Lederbranche, dann der Reichsschuhmachertag, der internationale Lederindustriellen-Kongreß, der internationale Lederindustrie-Chemikerkongreß und ein Kongreß des internationalen Werkmeisterbundes stattfinden.

Marktberichte.

O. Fruchtmarkt zu Frankfurt a. M. vom 17. Juni. Weizen, hiesiger und kurhessischer, 23 bis 22,25 M., Roggen, hiesiger, 18 bis 18,50 M., Gerste, Wetterauer, 17 bis 18 M., Franken, Pfälzer, Ried 17,50 bis 18 M., Hafer, hiesiger, 18,50 bis 19 M., Mais 15,50 bis 15,75 M. Alles per 100 Kilo.

O. Kartoffelmarkt zu Frankfurt a. M. vom 17. Juni. Kartoffeln in Wagenladung 6,50 bis 7 M., am Detail 7,50 bis 8 M. Alles per 100 Kilo.

Groß-Gerau, 16. Juni. Die herrschende ungünstige Witterung und die anhaltend hohen Auftriebe bedingen bei dem letzten Ferkelmarkt die Zurückhaltung in der Nachfrage. Hierdurch konnten die aufgetriebenen 1039 Tiere, trotz des rapiden Preisrückganges, nicht alle Absatz finden. Bedeutsamer Preisrückgang, nicht alle Absatz finden. Bedeutsamer Preisrückgang, nicht alle Absatz finden.

Die Abhaltung des nächsten Marktes findet am Montag, den 22. d. M. statt.

Die Abend-Ausgabe umfaßt 10 Seiten.

Verantwortl. W. Dörschbach (verr.). J. B. Dr. phil. H. Schellenberg.

Verantwortl. für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg.

Verantwortl. für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg.

Verantwortl. für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg.

Verantwortl. für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg.

Verantwortl. für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg.

Verantwortl. für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg.

Verantwortl. für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg.

Verantwortl. für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg.

Verantwortl. für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg.

Verantwortl. für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg.

Verantwortl. für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg.

Verantwortl. für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg.

Verantwortl. für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg.

Verantwortl. für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg.

Verantwortl. für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg.

Verantwortl. für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg.

Verantwortl. für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg.

Verantwortl. für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg.

Verantwortl. für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg.

Verantwortl. für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg.

Verantwortl. für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg.

Verantwortl. für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg.

Verantwortl. für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg.

Verantwortl. für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg; für den bairischen Teil: J. B. Dr. phil. H. Schellenberg.

Handelsteil.

Berliner Börse.

S. Berlin, 17. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Bei Beginn des heutigen Verkehrs hatte es den Anschein, als ob eine freundlichere Haltung zum Durchbruch gelangen würde. Man zeigte sich durch die Nachrichten von Albanien und aus der Türkei in politischer Hinsicht beruhigt und zudem bei der Festigkeit der Wiener Vorbörsen gute Anregung. Auch wollte man wissen, daß in einer gestern abgehaltenen Aufsichtsratsitzung der Phönix-Gesellschaft günstige Mitteilungen über die Röhrensyndizierungsfrage und über die Ergebnisse des letzten Quartals gemacht worden seien. Die Spekulation nahm daraufhin am Montanmarkt Deckungen zur Folge hatten. Bevorzugt waren Phönix mit einer Steigerung von 1 1/2 Proz. Oberschlesische Eisenindustrie litt anfangs unter Realisationen, erholten sich aber später. Im übrigen waren russische Werte gut gehalten. Von Bahnen sind Orient im Anschluß an Wien höher. Schiffahrtsaktien vernachlässigt. Auf den sonstigen Umsatzegebieten herrschte wieder eine hochgradige Geschäftsstille. Die Kurse blieben aber im allgemeinen gut behauptet. Auch der Montanmarkt hätte später wieder viel von seiner anfänglichen Besserung ein, ohne daß sich jedoch ein erheblicher Nachteil für den Kursstand ergab. Tägliches Geld 2 1/2 Proz. und darunter Privatliskont 2 1/2 bzw. 3 1/2 Proz. (gestern 2 1/2 bis 3 Proz.).

Frankfurter Börse.

Frankfurt a. M., 17. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Auch heute stand die Durazzo-Angelegenheit im Mittelpunkt der Diskussion an der Börse. Obwohl sich die Lage etwas gebessert hat, befürchtet man dennoch, daß das albanische Problem von neuem aufgerollt werden wird. Das Geschäft stagnierte in London, Paris und Wien vollkommen. Im Anschluß an das schwache New York war die Eröffnung der Börse reserviert. Das Geschäft war auf den meisten Gebieten gering; auf einigen Gebieten herrschte vollständige Bewegungslosigkeit. Der Markt der Montanpapiere litt besonders unter dem vorherrschenden Mangel an Unternehmungslust. Heimische Bankaktien sind nur wenig verändert. Transportwerte schwächer. Elektrowerte vernachlässigt. In Fonds sind die Umsätze bescheiden. Etwas roger ländlich. Im Anschluß an festes Wien wurden Mexikaner gehandelt. Im Anschluß an festes Wien wurde die Tendenz. Auf spekulative Käufe waren Phönix-Bergbau lebhaft 2 3/4. Die Börse schloß bei gut behaupteter Tendenz. Privatliskont 2 1/2 bis 3 Proz. (gestern 2 1/2 bis 3 Proz.).

Banken und Geldmarkt.

* Kurssturz der Aktien der Vögländischen Maschinenfabrik. Die Aktien der Gesellschaft, die schon in den letzten Tagen stark unter Abgaben zu leiden gehabt hatten, erlitten an der gestrigen Berliner Börse einen erneuten Kurssturz von 14 Proz. Bekanntlich hatte man unter dem stark verschlechterten Absatz in Stickmaschinen schon seit längerer Zeit mit einer Reduktion der Dividende auf ca. 20 Proz. gerechnet. Gestern gingen nun die Schätzungen an der Berliner Börse noch weiter herab, und dies war die Ursache des Kurssturzes.

* Im Konkurs der Göttinger Bank, A.-G., wo die vorverrechneten Forderungen 4,6 Mill. M. betragen, teilt der Konkurs-

